

G 2/66 EX



MAGAZIN

zeitschrift für zivilschutz, katastrophenschutz und selbstschutz

8'76 August



Großes Preisnachlassgeben!

Erdbebenkatastrophe in Norditalien

Hilfe in drei Phasen

Vorläufige Bilanz der deutschen humanitären Hilfe

Hilfe in drei Phasen

Am Donnerstag, dem 6. Mai 1976 gegen 21.00 Uhr, begann in der Region Friaul in Oberitalien eine Erdbebenkatastrophe, die im Dreieck Udine, Tolmezzo und Spilimbergo rund 50 % der Ortschaften zerstörte und in deren Verlauf bis zum 21. Mai 925 Todesopfer zu beklagen sind. Von 2409 Verletzten befinden sich noch über 2000 in Kliniken. Sechs Feldlazarette wurden eingerichtet, 1100 Ärzte leisten Hilfe. Die Zahl der Obdachlosen beläuft sich noch auf 70 000 (von etwa 100 000). Bisher wurden 10 500 Zelte für insgesamt 150 000 Personen eingerichtet. Nach den noch provisorischen Ermittlungen sind im Erdbebengebiet 10 500 Wohnungen zerstört und weitere 12 500 schwer beschädigt worden. Die Zahl der zerstörten Arbeitsplätze wird auf 6000 geschätzt. Die Situation der Obdachlosen bzw. der provisorisch in Zelten und sonstigen Notunterkünften Untergebrachten sowie der etwa 10 000 eingesetzten Helfer wurde wenige Tage nach den Erdstößen durch wolkenbruchartige Regenfälle erheblich erschwert. Die Nachbeben verschlimmerten zudem die Einsatzgefahren.

Unmittelbare deutsche Hilfe

Die Bundesregierung stellte 3 Mio. DM für erste Hilfsmaßnahmen zur Versorgung der unmittelbar betroffenen Bevölkerung zur Verfügung. Aus diesen Mitteln half sie durch Entsendung

● eines THW-Konvois mit 8 Lkw und 2 Anhängern, der eine komplette Zeltausstattung einschließlich Feldbetten, Decken, Waschgelegenheiten und Großzelten als Aufenthaltsräume für 750 Personen transportierte. Er wurde von 26 THW-Angehörigen begleitet, die vom 9. bis 14. Mai 1976 den Aufbau der Zelte durchführten. Wert dieser Hilfe: 513 500 DM;

● einer Bundeswehr-Transall am 10. Mai mit Zelten, Luftmatratzen und Decken für 1 500 Personen. Wert: 152 490 DM;

● von zwei Bundeswehr-Transall am 15. Mai mit Zelten für 6000 Personen. Wert: 300 000 DM.

Ferner leistete die Bundesregierung am 11. Mai Transporthilfe mit 13 Transall-Flügen, um die von der niederländischen Regierung bereitgestellten 154 Zelte und 1 900 Feldbetten, zusammen 160 mt, von Ahlhorn nach Rivolta zu transportieren. Kosten dieser Lufttransporte: insgesamt 300 000 DM.

Die zweite Hilfsphase

In einer zweiten Hilfsphase leistete die Bundesregierung Hilfe bei Aufräumungs- und Instandsetzungsarbeiten durch Entsendung eines Pionierbataillons der Bundeswehr (600 Soldaten und 150 Fahrzeuge) vom 13. bis 31. Mai. Bundesminister Leber informierte sich am 15. Mai in Gemona und Osoppo von der Wirksamkeit dieses Einsatzes und sprach mit den zuständigen italienischen Kollegen über weitere deutsche Hilfsmaßnahmen. Der Pionierverband räumte die wichtigsten Verkehrsverbindungen, half beim Abbruch zerstörter Häuser, beim Räumen eines Krankenhauses, beim Bergen von Kunstschätzen und Hausrat und beim Bau einer Feldstraße. Die Zusammenarbeit zwischen den italienischen zivilen Behörden und den militärischen Dienststellen einerseits mit der THW-Einsatzgruppe und den Pionieren andererseits verlief reibungslos; die italienischen Medien und die Bevölkerung reagierten durchweg positiv. Wert der Hilfe des Bundeswehr-Einsatzes: rund 1,7 Mio. DM.

Die dritte Phase

Für eine dritte Hilfsphase, der Hilfe beim Wiederaufbau, liegen bisher konkrete bilaterale Hilfsersuchen noch nicht vor. Multilateral hat die EG ihre Hilfsbereitschaft dokumentiert. Dabei sind folgende Schadensgruppen besonders in Betracht gezogen worden,

um mit EG-Hilfe bedacht zu werden; die produktionsbezogene Infrastruktur zur Ver- und Entsorgung, insbesondere für Wasser; bewegliche und unbewegliche Anlagevermögen in Landwirtschaft und Gewerbe und der Betrieb von Umschulungs- und Lehrwerkstätten sowie eine allgemeine Zollaussetzung bis Jahresende 1976 für wirtschaftsnahe Investitionsgüter, so z. B. für Maschinen und Geräte zur Beseitigung von Müll und Schutt.

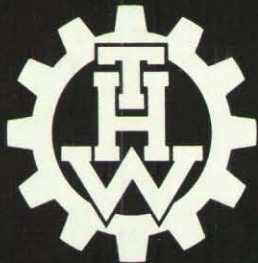
Die deutschen Hilfsorganisationen

Bei den deutschen Hilfsorganisationen ist ein unerwartet hoher Eingang an Spenden zu verzeichnen. Neben materiellen und finanziellen Hilfsleistungen an ihre jeweiligen Partnerorganisationen (bisher: Das Diakonische Werk unterstützte das Caritas-Programm; der Deutsche Caritasverband belieferte die betroffenen Diözesen; das Deutsche Rote Kreuz entsandte einen Hilfszug aus Bayern und stellte der Rotkreuz-Liga 7000 Feldbetten und 5000 Decken zur Verfügung) haben die kirchlichen karitativen Verbände je einen medizinischen Hilfskonvoi (DDW mit Ärzten der Johanniter-Unfall-Hilfe vom 13. bis 23. Mai; DCV mit Ärzten des Malteser-Hilfsdienstes vom 17. bis 31. Mai) entsandt. Darüber hinaus sind folgende Hilfsleistungen beabsichtigt: Das DRK hält sich für alle Anforderungen der Rotkreuz-Liga bereit; DDW will Fertighäuser liefern; DCV will helfen durch ein Hilfsprogramm für alte Leute, durch Lieferung von Baumaterialien für den Bau von Wohnhäusern und durch Errichtung von Gemeindezentren als Kristallisationspunkte gemeindlichen Lebens.

3,5 Milliarden DM erforderlich

Die italienische Regierung hat die gesamten Schäden auf rund 3,5 Milliarden DM geschätzt und rund 2 Milliarden DM für den Wiederaufbau zur Verfügung gestellt – es bleibt noch viel zu tun übrig.

ZS MAGAZIN 8'76



Aus dem Inhalt

Seite 5:

„Die Sicherung des Bestandes hat Vorrang vor weiterem Aufbau“ – Staatssekretär Baum zum Katastrophenschutz.

Seite 10:

„Fortschritt stellt neue Anforderungen“ – Anpassung und Modernisierung von Brandschutzmaßnahmen in der Industrie.

Seite 16:

„Mobile Befehlsstelle“ – Stadt Stuttgart baut Omnibus zum Katastropheneinsatzleitwagen um.

Seite 18:

„Durch Beton und Mauerwerk“ – Spezial-Kernbohrverfahren verbessert die Bergung aus versperrten Räumen.

Seite 20:

„Selbst in Peking bebte die Erde“ – Gewaltige Naturkatastrophe in Nordost-China.

Seite 24:

„Einsatz unter Ernstfallbedingungen“ – Helfer des KatS-ABC-Dienstes beseitigen Gefahren.

Seite 28

„Nordrhein-Westfalen regelt den Katastrophenschutz neu“ – Zum Entwurf des Katastrophenschutzgesetzes des Landes NRW.

Seite 30:

„Landes-Katastrophenschutzgesetz – Probleme, Bedenken, Anregungen“ – Stellungnahme des Landkreistages NRW.

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz 5 Köln 41, Eupener Straße 74
Telefon: (02 21) 49 50 71

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „ZS-MAGAZIN“ erscheint monatlich

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder
Alfred Kirchner
Horst Pieper

Anschrift der Redaktion:

5 Köln 41, Eupener Straße 74
Postfach: 450 247, Ruf (02 21) 49 50 71

Grafik und Layout:

Wolfgang Wilczek
im Mönch-Verlag Bonn

Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (0 56 61) 8 86–8 88, Telex: 09–9960

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40, jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 5,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalender- vierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.



UMSCHAU

„Der Rote Hahn“ 1980 in Hannover

Auf dem Messegelände in Hannover findet vom 4. bis 12. Oktober 1980 die internationale Ausstellung „Inter-schutz – Der Rote Hahn“ statt. Die Fachausstellung, die in einem Turnus von acht bis zehn Jahren durchgeführt wird, ist weltweit der wichtigste Treffpunkt der Fachleute für Brand- und Katastrophenschutz. Gleichzeitig mit der Ausstellung werden in Hannover die Jahresfachtagungen der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes und eine Tagung des Internationalen Komitees für vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz veranstaltet. Parallel dazu stehen der Deutsche Feuerwehrtag 1980 auf dem Programm, der Landes-Feuerwehrtag Niedersachsen und die Feiern zum Jubiläum der Berufsfeuerwehr der Landeshauptstadt Hannover, die 1980 auf 100 Jahre erfolgreichen Dienst zurückblicken kann.

DRK-Generalsekretär Dr. Schlögel trat in den Ruhestand

Nach über 18jähriger Tätigkeit als Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes ist Ende Juli Dr. Anton Schlögel vom Präsidenten des DRK, Walter Bargatzky, verabschiedet worden. Dr. Schlögel trat nach Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand. Als sein Nachfolger wurde Dr. Jürgen Schilling in dieses Amt eingeführt. Dr. Anton Schlögel baute nach dem Zweiten Weltkrieg, in dem er schwer verwundet wurde, das Bayerische Rote Kreuz als Bezirksverbandsvorsitzender von Ober- und Mittelfranken auf, war 1950 Mitglied der Gründungsversammlung des DRK und

gehörte seit diesem Zeitpunkt dem Rechtsausschuß an. Am 21. Januar 1958 wurde er dann von einer außerordentlichen Bundesversammlung des DRK zum Generalsekretär gewählt. Dr. Anton Schlögel hat sich besonders als Fachmann des humanitären Völkerrechts einen Namen gemacht. Sein Nachfolger Dr. Jürgen Schilling hatte vor zwei Jahren die Funktion des stellvertretenden Generalsekretärs übernommen, bis er von der 26. Ordentlichen Bundesversammlung des DRK am 25. Juni 1976 zum Generalsekretär berufen wurde. DRK-Präsident Walter Bargatzky wurde – übrigens zum dritten Male – von der Bundesversammlung einstimmig in seinem Amte bestätigt.

THW-Ehrenzeichen für Erich Hampe

Wie bereits in unserer Juli-Ausgabe berichtet, wurde General a. D. Erich Hampe (Mitte) vom Bundesminister des Innern, Prof. Dr. Werner Maihofer, mit dem THW-Ehrenzeichen in Gold ausgezeichnet. Dr. Paul Wilhelm



Kolb (rechts), Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, überreichte dem Nestor des Technischen Hilfswerks diese hohe Auszeichnung in seinem Heim in Hangelar bei Bonn. Auch Regierungsdirektor Heinrich Seraphim, Leiter des Organisationsreferats des THW, gratulierte dem ehemaligen Präsidenten der Bundesanstalt für zivilen Luftschutz.

Erheblich mehr Verkehrsunfälle

Die Zahl der Verkehrsunfälle steigt wieder erheblich an. Im Mai dieses Jahres sind, wie vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden mitgeteilt wird, 33 782 Verkehrsunfälle registriert worden, bei denen Personen verletzt wurden. Dies waren 11 Prozent mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Fast ebenso stark

erhöhte sich die Zahl der Verletzten; sie stieg um 8,6 Prozent auf 45 200. Zum erstenmal lag auch die Zahl der tödlich verunglückten Personen wieder höher. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres haben die Behörden insgesamt 134 725 Verkehrsunfälle mit Personenschaden registriert; dabei sind 5 458 Personen getötet und 179 523 verletzt worden.

10 Jahre Akademie für zivile Verteidigung

Die Akademie für zivile Verteidigung in Bonn-Bad Godesberg konnte am 29. Juli 1976 auf ihr 10jähriges Bestehen zurückblicken.

Vom Bundesminister des Innern mit Erlaß vom 29. Juli 1966 errichtet, hat die Akademie vor allem die Aufgabe, das auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung an verantwortlicher Stelle tätige Personal des Bundes, der Länder, der Städte und Kreise sowie anderer öffentlich-rechtlicher Aufgabenträger über die Zusammenhänge der zivilen Verteidigung zu unterrichten. Neben diesem Personal aller Fachverwaltungen werden zu den Lehrgängen der Akademie auch Angehörige der Bundeswehr und der verbündeten Streitkräfte sowie leitende Kräfte aus der Wirtschaft eingeladen.

Die Akademie schleust jährlich etwa 900 Beamte, Angestellte und Offiziere sowie leitende Kräfte der Wirtschaft durch ihre Lehrgänge. Im ersten Halbjahr 1976 waren allein 582 Lehrgangsteilnehmer zu verzeichnen. Insgesamt haben bisher in Bad Godesberg fast 6 600 leitende Kräfte an Lehrgangsveranstaltungen teilgenommen.

Die Lehrbereiche der Akademie umfassen die zivile Verteidigung im nationalen und im NATO-Bereich sowie ihre Stellung im Rahmen der Gesamtverteidigung. Lehrschwerpunkte im nationalen Bereich sind die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen im Spannungs- und Verteidigungsfall und die Versorgung der Bevölkerung und der Streitkräfte mit lebens- und verteidigungswichtigem Bedarf.

Das Lehrgangsprogramm umfaßt Grundlagen- und Aufbaulehrgänge sowie Speziallehrgänge für fachgebundene Hörergruppen (z. B. Ernährungswirtschaft, Gesundheitswesen), außerdem Lehrplanspiele mit der Simulation von Verteidigungssituationen, Ergänzungsvorträge und Diskussionen über die Herstellung der Ver-

teidigungsbereitschaft in verschiedenen Behördenbereichen (z. B. Bezirksregierung, Kreisverwaltung, Großstadtverwaltung), außerdem Fachlehrgänge für Fachbearbeiter. Diese Lehrgangstypen werden zum Teil von der Akademie auch in Zusammenarbeit mit den verschiedensten Stellen in allen Teilen des Bundesgebietes als Außenveranstaltungen mit hoher Teilnehmerfrequenz durchgeführt. Darüber hinaus beteiligt sich die Akademie an Lehrgangs- und Übungsveranstaltungen auf dem Gebiet der zivil-militärischen Zusammenarbeit im NATO-Bereich.

Rettungshubschrauber 14 000 Stunden im Einsatz

Die Flotte der Rettungshubschrauber des Katastrophenschutzes, deren technische und fliegerische Betreuung dem Bundesgrenzschutz obliegt, besteht zur Zeit aus 16 Maschinen. Davon sind 11 an den „Christoph“-Standorten ständig im Einsatz, und 4 stehen als „Springer“ zur Überbrückung der wartungsbedingten Ausfälle zur Verfügung. Für diesen Zweck mußte der Bundesgrenzschutz bereits weitere eigene Hubschrauber mit heranziehen. Alle als Rettungshubschrauber verwendeten Helikopter haben nach Mitteilung der Bundesgrenzschutz-Fliegergruppe Hangelar rund 14 000 Flugstunden absolviert. Davon entfallen auf die Grenzschutz-Ersatzmaschinen etwa 2 700 Stunden. Derzeit befinden sich 3 Rettungshubschrauber in der Grundüberholung, für die wegen der notwendigen elektronischen und funktechnischen Umrüstungsarbeiten Standzeiten bis zu 7 Monaten anfallen. Die Ersatzdispositionen werden in der zweiten Jahreshälfte 1976 noch größere Dimensionen erreichen, da weitere 6 Maschinen die bei 1 200 Flugstunden vorgeschriebene Grundüberholung erreichen. Die von der Bundeswehr jetzt zugesagte Amtshilfe wird dafür eine wesentliche Erleichterung schaffen.

Jahrestagung „Arbeitssicherheit 1976“

Die Jahrestagung 1976 der Fachvereinigung „Arbeitssicherheit“ findet vom 11. bis 13. November in der Meistersingerhalle in Nürnberg statt. Angesprochen sind alle Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Revisionsingenieure, Gewerbeaufsichtsbeamte,

Sicherheitsbeauftragte, Betriebsräte, aber auch Ärzte, Psychologen und Arbeitswissenschaftler.

Die Jahrestagung steht im Zeichen von vier Hauptthemen. Zunächst werden Fragen des Arbeitslärms behandelt: Wie werden Lärmschäden beurteilt, wie wird Lärm in der Praxis gemessen?

Der zweite Tag ist ganz der neuen Arbeitsstättenverordnung und der novellierten Verordnung über gefährliche Arbeitsstoffe gewidmet.

Das Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit steht im Mittelpunkt des dritten Tages.

Für den Festvortrag schließlich konnte Prof. Scholz von der Universität Dortmund gewonnen werden, ein in Fachkreisen weithin bekannter Arbeitswissenschaftler. Er wird eine Antwort zu finden versuchen auf die Frage, ob im Arbeitsleben Zufriedene mehr leisten.

Die sozialpolitische Bedeutung des Arbeitsschutzes und der Jahrestagung 1976 wird dadurch besonders unterstrichen, daß der bayerische Staatsminister für Arbeit, Dr. F. Pirkl,

die Schirmherrschaft übernommen hat.

Die Jahrestagung wird von der 3. Fachausstellung „Arbeitssicherheit“ begleitet. Auf 1 500 qm Ausstellungsfläche werden die neuesten technischen Geräte für Unfallschutz und Arbeitsmedizin vorgestellt.

Brücke in die Donau gestürzt

Die 800 Meter lange Wiener Reichsbrücke, zwar nicht die älteste, aber doch die traditionsreichste Donaubrücke der österreichischen Hauptstadt, liegt seit Sonntag, dem 1. August, auf 500 Meter Länge im Strom. Wenige Minuten vor fünf Uhr morgens brach sie zusammen. Die beiden Strompfeiler, auf denen die vier Pylonen standen, die das hängende Mittelteil der starkbefahrenen Brücke trugen, stehen zwar, aber die Fahrbahn auf beiden Seiten ist jäh abgebrochen. Auf dem Teil des Brückentragwerkes, der in den Fluß absackte und jetzt von der Donau überspült wird, stand unversehrt und einsam ein roter Autobus mit Anhänger.



Zu den ersten Aufgaben der Feuerwehr gehörte die Bergung des Autofahrers von einem Boot aus. Er war der einzige Insasse gewesen. Dann mußte sie die Abdichtung der geborstenen Gas- und Wasserleitungen vornehmen, die über die Brücke führten.

Nicht bekannt war lange Zeit, ob der Brückeneinsturz Menschenleben gefordert hatte. Man vermutete zunächst, daß vier Personen ertrunken sein könnten. Augenzeugen hatten berichtet, die Brücke sei zur Zeit des Einsturzes von einem mit vier Personen besetzten Kleinbus befahren worden. Als Unglücksursache war zuerst ein Anschlag vermutet worden, jedoch scheint inzwischen sicher zu sein, daß ein technischer oder Material-Fehler anzunehmen ist. Die Schifffahrt auf der Donau dürfte für Wochen blockiert sein.

Hubschrauber des Katastrophenschutzes retteten 2000 Menschen

Die Hubschrauber des Luftrettungsdienstes, der von Bundesinnenminister Prof. Dr. Werner Maihofer im Rahmen seiner Zuständigkeit für die zivile Verteidigung mit Hubschraubern des erweiterten Katastrophenschutzes aufgebaut wird, haben seit Beginn ihrer Tätigkeit im Dezember 1971 bis Ende Juni 1976 22 997 Einsätze im Rettungsdienst geflogen und insgesamt 21 040 Patienten versorgt. Nach Ansicht von Experten der Notfallmedizin konnten durch den schnellen Einsatz dieser Hubschrauber der „Christoph-Serie“ etwa 2000 Menschenleben gerettet und in einer Vielzahl von Fällen schädliche Dauerfolgen erheblich gemindert und kostenintensive Heilverfahren zeitlich entscheidend verkürzt werden.

Für den Einsatz im Rettungsdienst sind die Hubschrauber des Katastrophenschutzes, die von Piloten des Bundesgrenzschutzes geflogen werden und mit Notarzt und Rettungssanitäter besetzt sind, an Krankenhäusern stationiert. Bei jedem Verkehrsunfall oder sonstigem Notfall, bei dem nicht ausgeschlossen werden kann, daß für einen Notfallpatienten Lebensgefahr oder Gefahr einer schweren gesundheitlichen Schädigung besteht, können die Hubschrauber von jedermann angefordert werden. Die Kosten des Einsatzes werden von den Krankenkassen übernommen. Der Anforderer wird

nur dann zur Kasse gebeten, wenn der Hubschrauber wider besseres Wissen angefordert wurde. Die gelben Hubschrauber mit der Aufschrift „Katastrophenschutz“ und den Emblemen des Zivilschutzes, der im Rettungsdienst mitwirkenden Hilfsorganisationen einschließlich des ADAC, der Verwaltungsaufgaben kostenlos übernimmt, können von derzeit 13 eingerichteten Luftrettungsstützpunkten über die zentralen Rettungsleitstellen, die auch den bodengebundenen Rettungsdienst leiten und koordinieren, über folgende Telefonnummern angefordert werden:

München (089) 22 26 66
Frankfurt (0611) 44 10 33
Köln (0221) 24 24 24
Hannover (0511) 1 94 81
Ludwigshafen (0621) 57 33 03
Bremen (0421) 3 03 03
Lünen (02306) 60 00
Kassel (0561) 1 25 20
Duisburg (0203) 6 33 34
Wittlich (06531) 60 99
Villingen/Schwenningen (07721) 5 10 14
Eutin (04521) 8 32 71
Bielefeld (0521) 17 39 00

Wegen der bisher so erfolgreichen Einsatzbilanz beabsichtigt Bundesinnenminister Maihofer im Einvernehmen mit den für den Rettungsdienst zuständigen Innenministern bzw. Sozialministern der Länder, das Luftrettungsnetz mit Hubschraubern des Katastrophenschutzes kurzfristig auf insgesamt 18 Stationen auszubauen.

Ärztliche Nachuntersuchung unbedingt erforderlich

In seiner März-Ausgabe stellte das ZS-MAGAZIN unter dem Titel „Faustdruck gegen Erstickungstod“ den sogenannten Heimlich-Handgriff zur Entfernung von Fremdkörpern aus der Luftröhre vor.

Zum selben Thema veröffentlichten jetzt die MHD-Mitteilungen einen Beitrag, den wir auch unseren Lesern zur Kenntnis bringen:

„Ein neuerlich publizierter Fall, bei dem es durch das kräftige, ruckartige Eindrücken der vorderen Oberbauchwand zu einer Magenwand- bzw. Milzruptur kam, macht den Hinweis erforderlich, daß nach Durchführung dieses Handgriffes unbedingt eine ärztliche Nachuntersuchung erforderlich wird. Dies gilt auch für den Fall, wo der Fremdkörper mit Erfolg entfernt werden konnte und

der Patient sich zu erholen scheint. Unbestritten ist jedoch die sicherlich lebensrettende Wirkung dieses einfachen Handgriffes in mehreren hundert Fällen.

Die zwar seltenen Zwischenfälle fordern jedoch unbedingt nach einer anschließenden ärztlichen Untersuchung und längerer Nachsorge. Wie von Ärzten aus ihrer klinischen Erfahrung geschildert wird, können die Anzeichen eines möglichen Milzrisses auch erst nach Tagen oder Wochen auftreten. In einem Falle sei ein Patient mit einem Blutungsschock infolge Milzruptur erst nach zwei Monaten eingeliefert worden.

Diese Beispiele stellen die Notwendigkeit der anschließenden ärztlichen Untersuchung unter Beweis.

Die aufgetretenen Zwischenfälle verbieten es außerdem, bei der Ausbildung und Demonstration des Heimlich-Handgriffes die Kompression auszuführen. Die Ausbildung muß sich auf die richtige Handhaltung beim sitzenden und liegenden Ersticken beschränken.“

Neue Kats-Zentralwerkstatt

Am 23. Juli 1976 konnte in Anwesenheit namhafter Vertreter des Bayer. Staatsministeriums des Innern, der Regierung von Unterfranken, der Finanzverwaltung und anderer Behörden und Stellen die neue Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt Würzburg, Schweinfurter Straße 13, ihrer neuen Bestimmung übergeben werden.

Sie gliedert sich in

● eine Kfz- und (allgemeine) Gerätewerkstatt,

● eine Fernmeldegerätekammer und

● eine Atemschutzgerätekammer.

Die Zentralwerkstatt Würzburg ist eine von insgesamt fünf in Bayern vorhandenen Zentralwerkstätten. Ihr obliegt vor allem die Instandsetzung und technische Überprüfung der im Regierungsbezirk Unterfranken vorhandenen bundeseigenen Ausstattung des Katastrophenschutzes einschließlich der organisations-eigenen Ausstattung des Technischen Hilfswerks.

Zur Zeit sind im Betreuungsbereich der Zentralwerkstatt Würzburg neben der umfangreichen Fachdienstausstattung 300 Fahrzeuge stationiert, an denen im Rahmen einer turnusmäßigen Durchschleusung auch die vorgeschriebenen Untersuchungen nach §§ 29 und 57 b StVZO durchgeführt werden.

Staatssekretär Baum zum Katastrophenschutz:

„Die Sicherung des Bestandes hat Vorrang vor weiterem Aufbau“

Bundesinnenministerium zieht Konsequenzen aus der Finanzierungslücke

Eine Podiumsdiskussion zur Situation und zu aktuellen Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes veranstaltete Mitte Juni der Bundesverband für den Selbstschutz im Elberfelder Rathaus der Stadt Wuppertal. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Gerhart Baum, hielt im Rahmen dieser großangelegten Veranstaltung einen sehr bemerkenswerten Vortrag, in dem er die Haltung der Bundesregierung speziell zum Katastrophenschutz und seines Erweiterungsteiles ausführlich darlegte. Danach widmet sich das Innenministerium vorrangig der Sicherung des derzeitigen personellen und materiellen Bestandes und deutet an, daß Schwerpunktmaßnahmen zur Substanzerhaltung Priorität vor dem weiteren Aufbau haben. Baum sprach von „zeitlicher Streckung der Aufbau-phase“ und erklärte, die früheren Zielvorstellungen hätten sich als allzu optimistisch erwiesen.

Große Gesprächsrunde

Am Gesprächstisch saßen neben Baum Politiker der drei im Bundestag vertretenen Parteien – Dr. Wülffing und Feuser für die CDU, Landtagsabgeordneter Pohlmann für die SPD und Ramjoue für die FDP. Die Stadt Wuppertal war durch Oberstadtdirektor Dr. Krumsiek, Polizeipräsident Dr. Födisch und den Leiter des Amtes 38, von der Heydt, vertreten. Namhafte Repräsentanten der Hilfsorganisationen vervollständigten die Diskussionsrunde: Ltd. Rechtsdirektor Dr. Schmidt (THW), Ltd. Branddirektor Ahrens (Feuerwehr), Thierbach (ASB), Einschütz (DRK), Buschschulte (JUH), Gehring (MHD), Müller (Regieeinheiten), Loss (Tauchsport Bayer) und als Gesprächsleiter Scheffler (BVS). Sie und die zahlreichen fachkundigen Zuhörer, zum größten Teil selbst Angehörige der verschiedenen Katastro-

phenschutz-Organisationen, diskutierten engagiert die Probleme des Zivil- und Katastrophenschutzes.

Katastrophenschutz – wieder im Blickpunkt

Der besonderen Bedeutung wegen zunächst die einleitende Rede von Staatssekretär Baum, die zugleich Grundlage der Diskussion war:

„Der Katastrophenschutz in der Bundesrepublik Deutschland ist gerade in den letzten zwölf Monaten wieder zum Thema geworden, vor allem durch die Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen im August 1975 und auch durch die große Sturmflut Anfang dieses Jahres in den vier norddeutschen Küstenländern. Er ist wieder in das Blickfeld der Öffentlichkeit geraten. Dies, wie auch die Erdbebenkatastrophe in Udine, wo deutsche Helfer von Anfang an mitgeholfen haben, die Schäden zu mildern, hat



Eine Podiumsdiskussion mit Beteiligung aller im Zivil- und Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen veranstaltete Mitte Juni der Bundesverband für den Selbstschutz in Wuppertal.

den Blick geschärft für die Gefahren und für die Notwendigkeit humanitärer Hilfe bei friedensmäßigen Katastrophen, aber auch im Verteidigungsfall. Wir wissen: Eine nur auf den militärischen Verteidigungsfall ausgerichtete Politik wäre gefährlicherweise unvollständig für Schutz und Hilfe der Menschen in unserem Lande. Unverzichtbarer Bestandteil der Sicherheitspolitik ist deshalb die zivile Verteidigung. Das hört sich sehr gut an und ist auch sehr überzeugend, aber es täuscht nicht darüber hinweg, daß es der Zivilschutz, daß es der Katastrophenschutz in unserem Lande immer noch schwer hat. Das mag darauf beruhen, daß Gedanken an Notsituationen, an Unglücksfälle in der Regel verbannt werden in der Hoffnung, man würde schon noch davon verschont. Wer so denkt, verschließt die Augen vor der Wirklichkeit, denn wir haben natürlich in unserem Lande vielfältige „Schlachtfelder“, auch heute denken wir noch an das vieltausendfache Sterben im Straßenverkehr, an die vielen Todesopfer im Betrieb, im Haushalt. Wir brauchen also gar nicht so weit zu gehen, denn Katastrophen finden überall statt. In solchen Notsituationen erwartet auch der passiv orientierte Bürger selbstverständlich, daß sich andere bereitfinden, ihm zu helfen, und er erwartet also die bodengebundenen Kräfte des Katastrophenschutzes, die „Gelben Engel“ aus der Luft usw.

Zweigleisigkeit beseitigt

Wie sieht es aus heute im Katastrophenschutz? Die Gesetzgebung will ich nur kurz anreißen. Die verfassungsrechtliche Situation ist interessant dadurch, daß sowohl der Bund als auch die Länder für diesen Aufgabenbereich zuständig sind. Bis 1968 haben Bund und Länder in Erfüllung dieses Verfassungsauftrages nebeneinander jeweils in ihren Bereichen Katastrophenschutz-Vorkehrungen getroffen. Und diese Zweigleisigkeit ist durch das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes aus dem Jahre 1968 beseitigt worden. Es muß jetzt verhindert werden, daß diese Zweigleisigkeit, praktisch durch die Hintertür, wieder eingeführt wird, durch die Katastrophenschutzgesetze, Vorbereitung, Überlegung einiger Bundesländer, möchte ich hier schon sagen. Der direkt in unserem Bereich maßgebende Entwurf – nämlich des Landes Nordrhein-Westfalen – bringt diese Gefahr nicht mit sich. Wir werden also eine nahtlose Verbindung

der Bundesgesetzgebung mit der Landesgesetzgebung bekommen, wenn der Entwurf so Gesetz wird, wie er jetzt vorliegt.

Abstimmungsprozeß dauert an

In Paragraph 1 des Bundesgesetzes ist festgelegt, daß das vorhandene Potential von Bund und Ländern organisatorisch, personell und materiell zusammengefaßt und in einer Stärke von 600 000 Helfern so gegliedert wird, daß es als ein einheitliches Instrument eingesetzt werden kann. Der Bund verpflichtet sich, 400 000 Helfer des friedensmäßigen Katastrophenschutzes zusätzlich für die Bedürfnisse des Verteidigungsfalles auszurüsten und auszubilden und außerdem die Aufstellung des Verstärkungsteiles von 200 000 Helfern voll zu finanzieren. In der Folgezeit, nach 1968, wurde deutlich, daß die Strukturierung des Katastrophenschutzpotentials zu einem effizienten Hilfeleistungssystem erst in den Abstimmungsprozessen erreichbar sein würde, und, seien wir ehrlich, dieser Abstimmungsprozeß dauert heute noch an, er ist noch nicht zu Ende. Dieser Prozeß wird nicht unbeträchtlich erschwert durch die mißliche Finanzsituation auf diesem Gebiet, auf die ich im einzelnen noch eingehe. Außerdem muß man berücksichtigen, daß wir es hier mit selbständigen privat-rechtlich verfaßten Hilfsorganisationen zu tun haben, die natürlich ihre besondere Struktur aufweisen, die beachtet werden muß. Alle Erfahrungen gehen jedoch dahin, daß das gemeinsame humanitäre Anliegen stark genug ist, um im Katastrophenfall als verbindende Klammer zu wirken. Und es versteht sich hierbei von selbst, daß der in dieser Form strukturierte Katastrophenschutz nicht nach dem gleichen strengen hierarchischen Prinzipien organisiert sein kann wie das etwa bei Bundeswehr oder Bundesgrenzschutz der Fall ist. Es ist hier wichtig, für dieses Instrument spezifische Kooperationsregeln zu entwickeln.

Die Konzeption beibehalten

Es sind in der letzten Zeit Stimmen laut geworden, die behaupten, dieses Konzept, das ich eben vorgetragen habe, dieses auf den Konsens von Bund, Ländern und Hilfsorganisationen gegründete einheitliche Instrument des Katastrophenschutzes habe die Hoffnungen, die man in dieses Instrument gesetzt habe, nicht erfüllt,

und es sei daher an der Zeit zu überlegen, eine ganz neue Konzeption aufzustellen und zu entwickeln. Wir sind uns klar: Die Diskussion wird das sicher zeigen, muß das zeigen, daß hier vieles zu verbessern ist. Ich selbst werde auch einiges dazu sagen, ich meine aber, die Konzeption an sich ist gut und braucht nicht geändert zu werden. Die Konzeption der Zusammenfassung des vorhandenen, vielfach bewährten Rettungspotentials zu einem einheitlichen Katastrophenschutz-Instrument für den Frieden und den Verteidigungsfall, diese Konzeption also möchte der Bund beibehalten. Allerdings haben sich die Zielvorstellungen bezüglich der praktischen Umsetzung dieser Konzeption in zeitlicher, organisatorischer und finanzieller Hinsicht, muß ich heute sagen, als allzu optimistisch erwiesen. Die ursprünglichen Schätzungen der für die Verwirklichung des gemeinsamen Katastrophenschutzes maßgeblichen Kosten- und Zeitfaktoren konnten erst nach dem Erlass der Verwaltungsvorschriften völlig ausgelotet werden. Und es hat sich gezeigt, daß nach Festlegung aller Daten die Folgekosten doch sehr erheblich wären.

600 Mio. DM erforderlich

Nach einer auf dieser Grundlage vom Bundesamt für Zivilschutz aufgestellten Kostenrechnung könnte allein der vom Bund zu finanzierende Erweiterungsteil in dem vom Gesetz vorgezeichneten Rahmen – ein Katastrophenschutzprogramm auf 10 Jahre ausgelegt – nur mit einem Finanzbedarf von jährlich 600 Mio. DM von seiten des Bundes realisiert werden, und das ist derzeit nicht möglich. Es stand und steht jeweils 30 % dieses Betrages im Bundeshaushalt zur Verfügung, d. h. 170 bis 190 Mio. DM im Jahr. Dazu ist zu bemerken, daß der Ansatz für die gesamte zivile Verteidigung, in dem der Katastrophenschutz nur ein Sektor ist, in der Tat zur Zeit bei 580 Mio. DM liegt; also unter diesem Betrag von 600 Mio. DM, den ich allein für den Katastrophenschutz für notwendig errechnet habe, wollte man die Zielsetzung, wie ursprünglich vorgesehen, erfüllen. Es bleibt also festzustellen, daß zwischen dem Bedarf und den für diese Zwecke zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln ein deutliches Mißverhältnis besteht. Also nicht nur ein Mißverhältnis nach dem Gesetz und den tatsächlichen Gegebenheiten, sondern, wie wir alle wissen, auch nach dem Bedarf. Ich möchte hier gleich hinzufügen, ohne der Diskus-



Rund 200 – zumeist fachkundige – Zuhörer verfolgten mit großer Aufmerksamkeit die teils sehr kontroverse Diskussion, an der sich auch zahlreiche Vertreter der Hilfsorganisationen beteiligten.

sion vorzugreifen, daß dieses Faktum sich schwerlich eignet zu parteipolitischer Diskussion. Keine der im Bundestag vertretenen Parteien sah sich in der Lage, diese Finanzierungslücke zu schließen oder zu überwinden.

Zeitliche Streckung der Aufbauphase

Bei diesem Sachverhalt ist eine Überprüfung der zeitlichen, organisatorischen und finanziellen Bedingungen unausweichlich, um durch Setzung von zeitlichen und sachlichen Prioritäten sowie durch Maßnahmen der Verfahrensvereinfachung den Bundesanteil so rationell und wirtschaftlich wie möglich zu gestalten. Dies läuft im Prinzip vor allem auf eine zeitliche Streckung der Aufbauphase und auf die Bildung von Schwerpunktprogrammen hinaus. Die dadurch erreichbare Reduzierung des jährlichen Mittelbedarfs wird nicht unerheblich sein, jedoch nicht ausreichen, um die klaffende Lücke zu schließen. Daher wird in die Überlegung auch die Frage einzubeziehen sein, ob angesichts der angespannten Haushaltslage das ursprünglich gesteckte Ziel, nämlich die Zahl von 600 000 Helfern, überhaupt auf die Beine zu stellen ist, ob diese Zahl als Orientierungsrahmen überhaupt noch realistisch ist.

Substanzerhaltung hat Priorität

Ich bin der Meinung, in der gegenwärtigen Finanzsituation bei nüchterner Betrachtung, die ja angezeigt ist, sich

mit besonderem Nachdruck der Substanzerhaltung, das heißt der Sicherung des bisher Erreichten zu widmen, bevor man der magischen Zahl von 600 000 nachzujagen beginnt. Würde man das nämlich tun, würde man die Substanzerhaltung noch weiter als bisher gefährden und die Schere zwischen dem im Katastrophenschutz zusammengeführten Personal und Material weiter öffnen – mit all den Konsequenzen, die Sie kennen. Eine Konzentration auf die Substanzerhaltung muß jedoch auf der anderen Seite ergänzt werden, diese Forderung muß ebenso nachdrücklich erhoben werden, durch eine ausreichende Ausstattung mit Haushaltsmitteln. Das halte ich für unumgänglich, wenn man das gemeinsame Instrument des Katastrophenschutzes, das diesen Namen verdienen soll, erhalten will. Denn eine gewisse Ausgewogenheit der Leistung aller am Katastrophenschutz Beteiligten, also Bund, Länder und Hilfsorganisationen, ist eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren dieses so komplizierten und auch so empfindsamen Hilfeleistungssystems. Ich halte in diesem Punkt einen gewissen Optimismus durchaus für angebracht, und meine Zuversicht gründet sich darauf, daß die Bundesregierung seit 1969 trotz der weltwirtschaftlichen Bedingungen und der Verschlechterung unserer allgemeinen Finanzlage die Mittel für den Katastrophenschutz immerhin noch kontinuierlich aufstücken konnte: von 105 Mio. DM im Jahr 1969 auf 182 Mio. DM in diesem Jahr. Das ist eine Steigerung von 75 Prozent. Ich bin der Überzeugung, daß die Ausgabebereitschaft des Parlaments auch für den Katastrophenschutz

eher steigend sein wird als stagnierend. Ich bin der Meinung, daß die schwere Waldbrandkatastrophe und die Sturmflut – das sind alles Dinge, die auch der Öffentlichkeit und der politisch interessierten Öffentlichkeit gezeigt haben, daß die freiwilligen und ehrenamtlichen Helfer unverzichtbar sind – daß sie ihre Bewährungsprobe bestanden haben in diesen Katastrophen, die ich eben genannt habe.

Konsequenzen für die weitere Entwicklung

Lassen Sie mich die Konsequenzen meiner bisher vorgetragenen Auffassung noch einmal zusammenfassen. Die weitere Entwicklung des Katastrophenschutzes sollte von folgenden Grundsätzen geprägt sein:

1. Die Sicherung des Bestandes hat Vorrang vor weiterem Aufbau.
2. Die Bildung von Schwerpunkten ist nachhaltig zu fördern.
3. Vorhaben von geringerer Priorität müssen gestreckt oder zeitweise ausgesetzt werden.
4. Die weitere Erhöhung der Bundesmittel für den gemeinsamen Katastrophenschutz ist unausweichlich, ist anzustreben und eine Forderung der nächsten Jahre.

Diesen Leitsätzen sollten entsprechende Überlegungen auf seiten der Länder gegenüberstehen, die wir dann miteinander abstimmen müssen, wie das bisher schon geschehen ist. Was ergibt sich nun für den Katastrophenschutz, insbesondere unter Berücksichtigung der Erfahrungen und der Diskussion nach Niedersachsen?

Die Effizienz der Schadensabwehr und der Rettungsmaßnahmen hängt von dem Leistungsstand des Katastrophenschutzes ab, dessen Niveau bestimmt wird durch die Qualität der Helfer und ihrer Ausrüstung sowie durch die organisatorische Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes. Also diese drei Stichworte will ich kurz beleuchten: Ausstattung, Ausbildung und Organisation. Hier sind, das hat der Bericht über Niedersachsen sehr klar gezeigt – ich teile diese Auffassung – größere Lücken erkennbar geworden, denen wir uns in Zukunft mit besonderer Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

Das Problem der Ausrüstung

Am schwierigsten wird sich die Bewältigung der drängenden Probleme auf dem sehr kostenträchtigen Ausrüstungssektor gestalten. Die Situation möchte ich kurz beleuchten: Von den ca. 13 000 Fahrzeugen, die der Bund den Ländern für den gemeinsamen Katastrophenschutz zur Verfügung gestellt hat, waren zum Jahresende 1975 ca. 3 300 Fahrzeuge länger als 15 Jahre in Betrieb. Das würde kein Privatunternehmer tun. Die Reparaturkosten, die Unterhaltung sind sehr hoch, ich brauche das weiter nicht auszuführen. Die Ersatzbeschaffung würde 75 Mio. DM kosten, es stehen aber bisher hierfür nur 20 Mio. DM im Haushalt zur Verfügung. Dieser Sachzwang muß zu einem schwerpunktmäßigen Einsatz der Bundesmittel führen. Die großen Katastrophen der letzten Zeit haben auch die Länder zu ähnlichen Überlegungen veranlaßt. Wir müssen uns die Aufgabe zwischen Ländern und Bund hier aufteilen. Auf seiten des Bundes würde es zu einer Förderung der etwas vernachlässigten verteidigungsfallsspezifischen Fachdienste kommen, und wir müssen vor allem uns widmen von seiten des Bundes der Beschaffung von schweren und Spezialgeräten. Denn wir haben gesehen, daß das in Niedersachsen nur auszugleichen war durch den Einsatz der Bundeswehr, und wir können nicht davon ausgehen, daß wir die Bundeswehr immer zur Verfügung haben.

Ausbildungsniveau hochschrauben

Zweites Stichwort: Ausbildung. Auch hier gilt es, die gesammelten Erfahrungen zu bewerten und umzusetzen. Es ist offenbargeworden, daß eine wirksame Schadensbekämpfung bei

Großkatastrophen nur möglich ist, wenn wir die erkannten führungs-mäßigen und fachspezifischen Ausbildungsbedürfnisse decken können, die sowohl auf der Leitungsebene als auch bei der kooperativen Führung in Erscheinung getreten sind. Die Ausbildungsinhalte der Katastrophenschutzschulen müssen unter Berücksichtigung der gewonnenen Erfahrungen verbessert, aktualisiert und an den neuesten Entwicklungsstand herangeführt werden. In diesem Zusammenhang halte ich es für zwingend notwendig, das Leistungsniveau regelmäßig durch Übungen auf Kreis-, Orts-, Bezirks-, Landes- und Bundesebene zu überprüfen. Ich bin sehr froh, daß gerade die Diskussion über die Ausbildungsverbesserung anhält und nicht etwa schon wieder vergessen ist mit dem zeitlichen Abstand zu Niedersachsen. Oft versanden solche Dinge, je weiter das Ereignis zurückliegt, was zunächst einmal wieder Auftrieb gegeben und zum Nachdenken angeregt hat. Die Fachleute aller Hilfsorganisationen, so habe ich festgestellt, sind mit sehr großer Offenheit dabei, in eine Problem- und Mängelanalyse einzutreten, insbesondere was die ausbildungsmäßigen Konsequenzen für den Leitungs- und Führungsbereich angeht. Ich teile die Auffassung derer, die den Standpunkt vertreten, daß das Ausbildungsniveau des Führungs- und Fachpersonals möglichst hochgeschraubt werden muß, weil qualifiziertes Personal eher in der Lage sein wird, mit den Problemen des Ausrüstungsdefizits fertig zu werden, also auch mit einem geringeren Maß an Mitteln eine hohe Wirkung zu erreichen.

Organisatorischen Rahmen verbessern

Nächstes Stichwort: Organisation. Hierbei läßt sich sagen, daß die Einordnung in die Verwaltungseinheiten der Kreise und kreisfreien Städte unter der Verantwortung der Hauptverwaltungsbeamten sich grundsätzlich bewährt hat; meines Erachtens müßte jedoch der Tatsache größere Beachtung beigemessen werden, daß der Katastrophenschutz ein Zusammenschluß von eigenständigen Organisationen ist, die sich eben aus freiwilligen Helfern zusammensetzen. Die Handhabung eines in dieser Weise strukturierten Instruments erfordert gerade ein hohes Maß an Leitungs- und Führungsfähigkeit. In Niedersachsen hat sich gezeigt, daß der organisatorische Rahmen, in dem die Einrichtungen und Hilfsorganisationen des

Katastrophenschutzes zusammengefaßt sind, noch nicht die Qualität erreicht hat, die für eine reibungslose Zusammenarbeit notwendig ist. Eine der Hauptursachen für die Kompetenzschwierigkeiten bei der niedersächsischen Waldbrandkatastrophe war das Fehlen klarer gesetzlicher Vorschriften für die Zuständigkeit der verschiedenen beteiligten Stellen. Dieser Zuständigkeitskonflikt vor Ort, das haben wir ja gesehen, war eine der Ursachen für die Mängel, die festzustellen waren.

Freiwilligkeit bleibt die Basis

Meine Darstellung der Situation des Katastrophenschutzes wäre unvollständig, wenn sie nicht eine Äußerung zu dem Prinzip der Freiwilligkeit, Ehrenamtlichkeit, auf dem der Katastrophenschutz beruht, enthielte. Nach den letzten Katastrophen wurde verschiedentlich die Frage aufgeworfen, ob die Bekämpfung von Schadensereignissen größerer Dimensionen nicht etwa die Hilfsorganisationen und die Hilfskräfte überfordert. Ich widersetze mich mit Nachdruck dieser Auffassung und möchte für die Bundesregierung unterstreichen, daß das ehrenamtliche, freiwillige Element als Grundlage des Katastrophenschutzes nicht angetastet werden darf. Wir wollen nicht den Weg der DDR gehen, die 1970 eine paramilitärische Organisation gegründet hat. Wir lehnen jede militärische Gliederung in diesem Bereich ab. Es ist Aufgabe des Staates, seine Bürger zu schützen, es ist aber auch praktizierte Demokratie, einen Teil solcher Aufgaben auf freiwilliger Basis zu übernehmen. Im übrigen würde es ganz und gar unmöglich sein, schon wegen der Finanzierung, eine Katastrophenschutz-Organisation auf professioneller Basis zu verwirklichen. Ich meine auch, daß die im Katastrophenschutz tätigen Mitbürger den Anspruch haben, daß die politisch Verantwortlichen ihre Tätigkeit kennen, ihre Tätigkeit würdigen, daß sie sich mit ihren Problemen befassen, daß die im Katastrophenschutz Tätigen aber auch so ausgebildet, ausgerüstet werden, daß sie ihre Aufgabe tatsächlich erfüllen können und daß sie die Befriedigung des Erfolgs in ihrer Arbeit finden können."

Kritik und Vorschläge

In der anschließenden Diskussion sparten die Vertreter der Stadt und der Hilfsorganisationen nicht mit zum Teil heftiger Kritik, machten aber

ebenso zahlreiche interessante Vorschläge zur Verbesserung einzelner Bereiche des Zivil- und Katastrophenschutzes. Auch wurde deutlich, daß eine ganze Reihe gemeinsamer Probleme vorhanden sind, die sich in Zukunft regeln lassen sollten.

Zum Beispiel Wuppertal

Der Wuppertaler Oberstadtdirektor Dr. Krumsiek appellierte an die Politiker, die Notwendigkeit des Katastrophenschutzes klarer zu sehen und seine Belange stärker zu berücksichtigen. Dr. Krumsiek führte beschämende Zahlen an: Die Großstadt Wuppertal gibt – bei einem jährlichen Haushaltsvolumen von einer Milliarde DM – ganz 15 000 DM für den Katastrophenschutz aus! Da die Kreise und kreisfreien Städte die Kosten für Übungen des Katastrophenschutzes selbst tragen müssen, sei eine vernünftige Kostenregelung zwischen dem Land und den Städten und Kreisen Voraussetzung für die Zukunft: „Sonst geht es so weiter.“ Der Oberstadtdirektor kritisierte, daß man in der Vergangenheit den Katastrophenschutz zu sehr unter verteidigungspolitischen Gesichtspunkten gesehen habe, während gerade die Alltagskatastrophen das große Problem der Kommunen seien. Nicht nur das Einsatzmaterial sei zum Teil sehr alt, auch fehle es an Personal und persönlicher Ausrüstung: Wuppertal verfüge über 1700 Helfer, während die Sollzahl bei 3700 liege. Persönliche Ausrüstung sei sogar nur für 650 Helfer vorhanden. Zugleich meinte der Wuppertaler Verwaltungschef, daß in den Spitzen der Verwaltung die Verantwortlichen eine andere Einstellung zum Katastrophenschutz benötigten. Dr. Krumsieks Fazit: „Mehr Geld, bessere Kooperation und eine bessere, intensivere Einstellung der in der Verwaltung Verantwortung Tragenden.“

Mit Dienstvorschriften „überschwemmt“

Ltd. Branddirektor Ahrens sprach die oftmals schwerfällige Administration an und meinte, die Einheiten würden – je weniger Geld vorhanden sei – mit umso mehr Dienstvorschriften „überschwemmt“. Die Beschaffung von Rettungshubschraubern kritisierte Ahrens und meinte, man solle für die enormen Mittel Fahrzeuge kaufen: „Denn wenn in fünf Jahren nur noch die Hälfte der Fahrzeuge vorhanden ist, dann fehlt auch die Motivation für die Helfer.“



Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Gerhard Baum, erläuterte den Standpunkt seines Hauses zum Zivil- und Katastrophenschutz. Die Diskussionsleitung hatte BVS-Dienststellenleiter Hartmut Scheffler.

Staatssekretär Baum stimmte Ahrens in der Frage der Dienstvorschriften zu. Es gebe tatsächlich zu viele überflüssige Vorschriften. Man müsse deshalb das Gebiet kritisch beobachten. Im übrigen meinte Baum – der Branddirektor hatte auch eine heftige Attacke gegen das Bundesamt für Zivilschutz geritten – werde in der nächsten Legislaturperiode eine kritische Überprüfung der Gesamtorganisation, auch beim Bund, erfolgen.

Politiker in der Diskussion

Kontrovers äußerten sich auch die Vertreter der drei großen Parteien zum Thema. Die Repräsentanten der CDU, Dr. Wülfing und Feuser, sprachen von alarmierenden Zeichen, und, speziell für Wuppertal, von einem Chaos. Das „jüngste“ Einsatzfahrzeug sei neun Jahre alt und gehöre mit den anderen ins Museum. Zudem müsse der Katastrophenschutz stärker in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt werden. Staatssekretär Baum gab zu bedenken, daß die Bundesregierung in den vergangenen Jahren bei der sogenannten „Inneren Sicherheit“ die Priorität anders setzen müssen und meinte damit speziell den verstärkten Ausbau der Möglichkeiten zur Bekämpfung des Terrors. SPD-Vertreter Pohlmann, Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags, erläuterte den Entwurf des geplanten Landes-Katastrophenschutzgesetzes und meinte, mit diesem Gesetz würden klare Kompetenzen geschaffen. Zugleich sprach

Pohlmann sich für eine Verkürzung der Instanzenwege aus. Für die FDP machte Ramjoue den Vorschlag, neben einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit für den Katastrophenschutz auch die Kommunalpolitiker stärker als bisher mit den Aufgaben dieses Bereiches vertraut zu machen.

Die dringendsten Forderungen

Weitgehende Übereinstimmung in der Beurteilung der Situation und bei den dringendsten Forderungen zur Verbesserung der Effektivität des Katastrophenschutzes herrschte bei den offiziellen Diskussionsteilnehmern der Hilfsorganisationen wie bei den Sprechern aus der Zuhörerschaft. Neben der allseits bekannten unzureichenden Finanzausstattung, der fehlenden und überalterten materiellen und persönlichen Ausrüstung wurden konkret angesprochen:

1. Die Hilfsorganisationen werden zu wenig eingesetzt.
2. Neben der theoretischen Ausbildung ist dringend geboten, die praktische Ausbildungskomponente zu verstärken.
3. Führungskräfte sind vorrangig in Führungstechniken fortzubilden.
4. Sichere Führung und klare Kompetenzen sind anzustreben.
5. Die zivil-militärische Zusammenarbeit ist abzustimmen und zu fördern.
6. Praktische Übungen – auch in großem Rahmen – bilden derzeit wohl die Hauptforderung für einen leistungsfähigen und effektiven Katastrophenschutz.

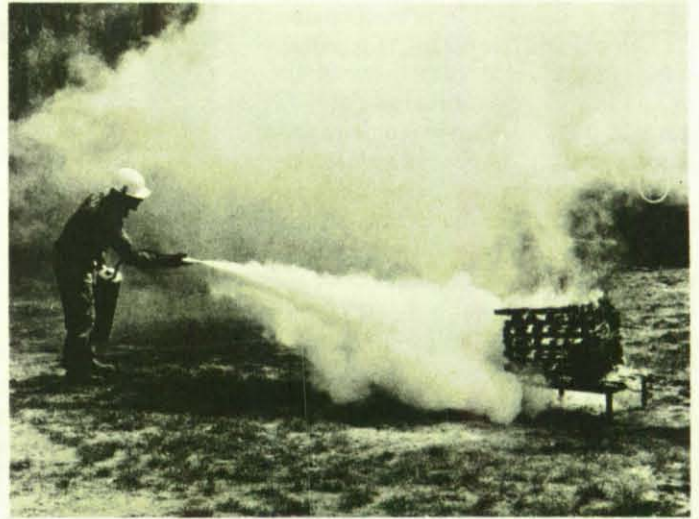
Helmut Freutel / Fotos: Günter Sers

Fortschritt stellt neue Anforderungen

Die technische Eskalation gebietet auch die Anpassung und Modernisierung von Brandschutzmaßnahmen der Industrie. Brandschutzbeauftragte informieren sich.



Die Referate des Brandschutz-Seminars wurden durch praktische Vorführungen ergänzt. Unser Bild zeigt das Ablöschen eines „Labortisches“ mit zwei Halonlöschern.



Für die Bekämpfung von Bränden aller Brandklassen und für die gebräuchlichsten Löschmittel gibt es heute ein breites Sortiment von Feuerlöschern.

Trotz aller gesetzlichen Vorschriften, trotz aller Richtlinien, Merkblätter und Vorschriften der Berufsgenossenschaften und Feuerversicherer stellt die Brandgefahr in industriellen und gewerblichen Betrieben nach wie vor eine ernste Bedrohung dar.

Zahl und Höhe der Brandschäden nehmen von Jahr zu Jahr zu. Die Schadensaufwendungen der deutschen Feuerversicherer stiegen innerhalb eines Jahrzehnts von DM 350 Mio. auf DM 1,8 Mrd. pro Jahr. Im Jahre 1974 lag die Höhe der Brandschäden bei 2,5 Mrd. DM. Die Anzahl der Großschäden vervierfachte sich, was darauf zurückzuführen ist, daß durch neuartige Baustoffe, moderne Bauformen und immer höherwertige Gebäudeinhalte sowohl bei der Industrie als auch in der Verwaltung eine Flut neuer Brandrisiken entstanden ist. Immer größer werden neue Produktions- und Lagereinheiten, bei denen oft auf eine wirksame bauliche und räumliche Unterteilung verzichtet wird. Darüber hinaus zwingt oft Platzmangel zur Überbelegung im Produktions- und Lagerbereich. Unkenntnis

über das Verhalten von Werkstoffen bei Bränden führt oft zu falscher Handhabung und Lagerung. In vielen Betrieben hat die Automation die Menschen verdrängt, die sonst den Betrieb überwachen und im Brandfalle eingreifen konnten.

Mehr Sicherheit durch Brandschutz

Die Sorge um die Sicherheit der Beschäftigten, die zwingende Forderung nach der Erhaltung der Betriebe und Arbeitsplätze sowie die Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit gebieten die Beachtung und Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften bezgl. der Brandschutzmaßnahmen.

Nur die Brandschutzmaßnahmen, ob als vorbeugender Brandschutz mit dem Ziel, die Entstehung und Ausbreitung von Bränden zu verhindern, oder als abwehrender Brandschutz mit der Aufgabe, Brände möglichst frühzeitig und wirksam zu bekämpfen, beeinflussen entscheidend Häufigkeit und Höhe der Brandschäden.

Doch selbst bei Beachtung aller Vorschriften für Brandschutzmaßnahmen scheinen Brände unvermeidlich zu sein. Dabei sind es nicht nur Unachtsamkeit, Fahrlässigkeit und Leichtsin, die immer wieder Ursache für verheerende Brände sind. Oft ist es das Zusammentreffen unglücklicher Umstände, oft ist es der irrtümliche Glaube, daß man alles Notwendige getan hat, oft ist es die Tücke des Objekts und oft sind es Fehler in der Planung, bei denen z. B. die verfahrenstechnischen Besonderheiten der Produktion und der Organisationsstruktur eines Betriebes nicht ausreichend berücksichtigt worden sind.

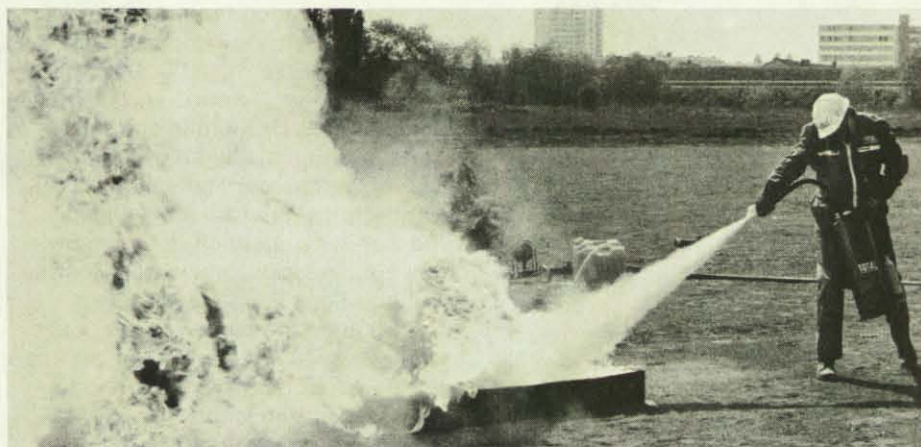
Doch wie sind solche Fehler zu vermeiden? Wie stellt man die einzelnen Brandschutzmaßnahmen richtig aufeinander ab? Wie ist zu gewährleisten, daß möglichst schon in der Planungsphase eines Industrieunternehmens die speziellen betrieblichen Kenntnisse mit den Erfahrungen von Brandschutzexperten optimal abgestimmt werden? Eine der Antworten auf diese Fragen lautet: Durch die Ernennung eines Brandschutzbeauftragten und



Einen brennenden Autoreifen mit tiefsitzenden Glutnestern abzulöschen, ist gar nicht so leicht. Da reicht oft ein einziger mit Hochleistungspulver gefüllter Feuerlöscher nicht aus.



Zur Bekämpfung von Metallbränden wird ein Trockenlöscher M 12 mit einer Spezial-Pulverbräuse eingesetzt. Mit ihr wird das Löschpulver in einem rieselnden Pulverstrom auf den Metallbrand gegeben und das Metall zentimeterdick bedeckt.



Auch für die Bekämpfung von Mineralölbränden gibt es leistungsstarke und tausendfach bewährte Geräte mit sekundenschneller Löschwirkung.

dessen intensive Spezialausbildung. Hierzu heißt es in der Broschüre „Betrieblicher Brandschutz“, bearbeitet und herausgegeben vom ständigen Technischen Kontaktausschuß des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und des Verbandes der Sachversicherer e. V.:

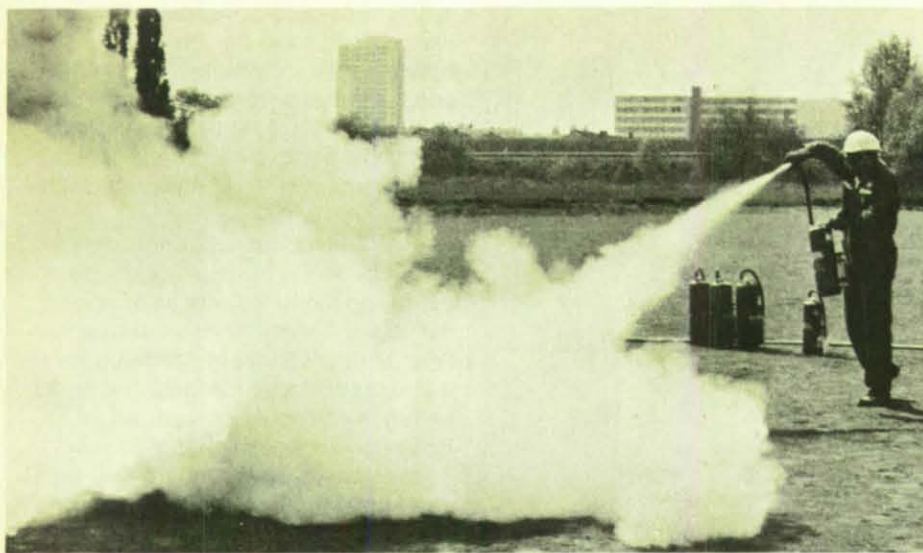
„Der Brandschutzbeauftragte soll nach Möglichkeit ein Ingenieur sein, dem die Brandschutztechnik geläufig und der mit den Verhältnissen des Betriebes, den verwendeten Stoffen und den verfahrenstechnischen Besonderheiten der Produktion vertraut ist. Er sollte grundsätzlich der Werks- oder technischen Leitung direkt unterstellt und für alle Fragen des Brandschutzes zuständig sein. Insbesondere obliegen ihm:

1. Zusammenarbeit mit der zuständigen Brandschutzbehörde und der örtlichen Feuerwehr.
2. Feststellen der Brandgefahren einschließlich Explosionsgefahren, die sich aus den örtlichen Umständen und aus den Produktionsabläufen des Betriebes ergeben.
3. Planen von vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzmaßnahmen.
4. Unterrichten und Beraten der Unternehmensleitung über die Erfordernisse des Brandschutzes, auch bei Änderungen oder Erweiterungen der betrieblichen Anlagen.
5. Regeln von Zuständigkeiten für die Durchführung der Brandschutzmaßnahmen.
6. Aufstellen einer Brandschutzordnung.
7. Ausbilden der Belegschaft im Brandschutz.
8. Überwachen der Durchführung der Brandschutzmaßnahmen.
9. Überwachen der technischen Brandschutzeinrichtungen.“

Brandschutzbeauftragte auf der Schulbank

Wie sieht es nun aber in der Praxis aus? Gewiß gibt es größere Betriebe, die einen Brandschutzbeauftragten beschäftigen, der sich mit nichts anderem befaßt. Doch in den meisten Fällen wird diese Aufgabe von einem Angestellten, oder von Verantwortlichen für den Werkschutz oder die Werksicherheit mit erledigt. Die Gefahr, die darin steckt, daß gerade durch die Verzettlung von Aufgaben eine Vernachlässigung des so wichtigen Brandschutzes entsteht, wird oft übersehen.

Wer auch immer mit dem Brandschutz beauftragt ist, er braucht eine gute und vielseitige Ausbildung, die sich



Zur Anwendung dieser Geräte gehört aber immer noch das „Gewußt, wie“, ohne das der Mineralölbrand schnell wieder aufflammen würde.

nicht nur auf die Maßnahmen des betrieblichen Brandschutzes beschränkt, sondern auch soviel Hintergrundwissen vermittelt, daß der Brandschutzbeauftragte ein Gespür entwickelt für bisher übersehene betriebliche Gefahrenquellen. Mit dieser Ausbildung befassen sich neben öffentlichen Institutionen auch Firmen der Brandschutz-Industrie. Die Redaktion des ZS-MAGAZIN ist der Einladung zu einem Brandschutz-Seminar der Firma Total, La-

denburg, gefolgt, um einen Einblick in Ausbildung und einen Überblick über Entwicklungstendenzen bei Löschgeräten und -mitteln zu erhalten. Die Teilnehmer an diesem Brandschutz-Seminar kamen aus allen Bereichen der Industrie, der Betriebs- und Berufsfeuerwehren und der Schifffahrt und waren z. T. aus dem europäischen Ausland angereist. Dem Informationsaustausch unter Fachleuten wurde in Arbeitskreisen besondere Beachtung geschenkt.



Die Bekämpfung von brennenden Flüssigkeiten und Gasen, wie hier demonstriert, erfordert auch Mut und Geschicklichkeit. Die dichte, gleichmäßig starke Pulverwolke drückt Flammen und Rauch zurück und schützt den Bedienenden.

Die Themen des Brandschutzes wurden durch Experten des Hauses Total und durch namhafte Gastdozenten aus dem Industrie- und Berufsfeuerwehrebereich behandelt. In einem Vorführungsprogramm wurden neuzeitliche Löschgeräte und -mittel demonstriert und erläutert.

Die Referate der Experten

Es würde den Rahmen dieser Berichterstattung sprengen, an dieser Stelle Kurzfassungen aller an den drei Tagen des Seminars gehaltenen Referate wiederzugeben. Es muß jedoch die Vielfältigkeit der Wissensvermittlung und auch die Ausgewogenheit der Themen hervorgehoben werden. So stand neben den rein praktischen Themen, die Entwicklungstendenzen bei Pulverlöschgeräten und -anlagen oder Schaummitteln und Schaumgeräten aufzeigten, auch ein Referat auf dem Programm, das Brandschutzmaßnahmen aus der Sicht der Industrie-Feuer-Versicherer behandelte. Gerade weil sehr häufig der Brandschutz in den Betrieben zugunsten der Wirtschaftlichkeit der Produktion vernachlässigt wird, was dann eines Tages zu verheerenden Folgen führen kann, enthalten die Tarifwerke der Industrie-Feuer-Versicherer eine breite Palette baulicher und betrieblicher Brandschutzmaßnahmen, deren Durchführung die Prämienhöhe erheblich beeinflussen kann. In vielen Fällen ist über den Prämienrabatt eine Rentabilität der Investitionen für Brandschutzmaßnahmen gegeben. Der darüber hinaus erhöhte Sicherheitsfaktor ist allerdings kaum kalkulierbar und muß als unbekannte Größe in die Rentabilitätsbetrachtung eingehen. Der eigentliche Wert einer Sicherheitseinrichtung zeigt sich erst im Schadenfalle und nicht in der Höhe der zu erzielenden Rabatte. Dieses Referat enthielt aber noch eine weitere wesentliche Erkenntnis: Brandschutzmaßnahmen im Betrieb kann man nicht allein nach Richtlinien und Merkblättern installieren und durchführen. Welche der Maßnahmen brandschutztechnisch sinnvoll sind und sich wirtschaftlich optimal auswirken, kann ausschließlich eine Analyse des jeweiligen Betriebes ergeben. Die größeren Industrie-Feuerversicherungsgesellschaften unterhalten aus diesem Grunde für die Beratung der industriellen Versicherungsnehmer eigene mit Ingenieuren besetzte Brandschutzabteilungen. Aus weiteren Referaten ging eindeutig hervor, daß der technische Fortschritt



Überall dort, wo die Anfahrt normaler Feuerwehrfahrzeuge behindert ist, bietet die mit zwei mal 12 kg ABC-Löschpulver ausgestattete „Löschbiene“ eine Chance für schnellen und wirksamen Einsatz.



Die Löschwirkung der Feuerlösch-Schäume beruht auf dem Stick- und Kühleffekt. Die Anforderungen, die an Schäume gestellt werden, gehen von ausreichender Verschäumungszahl, Stabilität und Fließfähigkeit bis zur Widerstandsfähigkeit gegen Hitze.

neue Anforderungen an die Industrie auf dem Sektor Brandschutz stellt, aber sie zeigten auch, daß die Herstellerfirmen mit der Entwicklung immer besserer Feuerlöschgeräte und -mittel Schritt halten. Die Entwicklungstendenzen bei beweglichen Pulver- und Schaumlöschgeräten wie auch bei ortsfesten Löschanlagen zielen auf noch schnellere Einsatzbereitschaft und noch größere Löschwirkung. In den letzten Jahren wurden sogenannte HRD-Anlagen entwickelt (High Rate Discharge = hoher Löschmittelausstoß / Zeiteinheit). Diese aufgeladenen Anlagen mit einem Sprengventil können mit allen vorgenannten Löschmitteln gefüllt werden, vorzugsweise aber mit Trockenlöschpulver oder Halonen. Da nach Zündung des Sprengventils der freie Querschnitt eines großen Ventils in Sekundenbruchteilen geöffnet wird, kann man mit diesen Kompaktanlagen wesentlich größere Risiken beherrschen. So kann man auf kleinstem Raum eine große Löschkraft einsetzen, die z. B. in Flugzeugen oder als Explosionsunterdrückung bzw. -löschung, als Flammensperre in Förderleitungen für Stäube und Gase verwendet wird. Die Auslösung wird hierbei über optische oder Druck-Detektoren vorgenommen.

Brandschau im Industriebetrieb

Von beachtlichem Nutzen war für die Seminar-Teilnehmer auch ein Referat über die Durchführung der Brandschau bei Industriebetrieben. Die Rechtsgrundlage für die Durchführung der Brandschau bilden in den einzelnen Bundesländern die Landesbrandschauverordnungen. Ihr Zweck ist die Feststellung, ob infolge fehlerhafter oder mangelhafter betrieblicher oder baulicher Einrichtungen unmittelbare Brand- oder Explosionsgefahren bestehen und ob im Fall eines Brandes eine größere Anzahl von Menschen gefährdet werden.

Bei kaum einer anderen Gelegenheit werden so viele Sünden wider die Vorschriften festgestellt wie bei der Brandschau. Der Katalog der Mängel und Beanstandungen reicht von zugestellten Treppenhäusern, die als Fluchtwege dienen sollen, über nachträglich durchbrochene und nicht wieder feuerbeständig verschlossene Brandwände bis hin zur Zusammenlagerung von verschiedenen Stoffen in Laboratorien, die im Brandfalle praktisch nicht abzulöschen sind, da sie einerseits den Einsatz von Wasser ausschließen, andererseits aber



Bessere Möglichkeiten in der Brandbekämpfung bieten die synthetischen Schaummittel, deren herausragende Eigenschaft die hohe Verschäumungsmöglichkeit mit Verschäumungszahlen bis zu 1500 ist.



Das Prinzip der Schaumerzeugung beruht darauf, daß ein mit einem Zumi-scher produziertes Schaummittel/Wassergemisch (2-5 % Schaummittel und 95-98 % Wasser) mit Hilfe eines Schaumerzeugers unter Zuführung von Luft in löschfähigen Schaum umgewandelt wird.



Schaumrohre dieser Größe eignen sich für die Erzeugung von Mittelschaum unter Verwendung von Mehrbereichsschaummitteln. Sie sind relativ leicht zu handhaben und ermöglichen einen beweglichen wirkungsvollen Einsatz.

kein anderes Löschmittel verwendet werden darf.

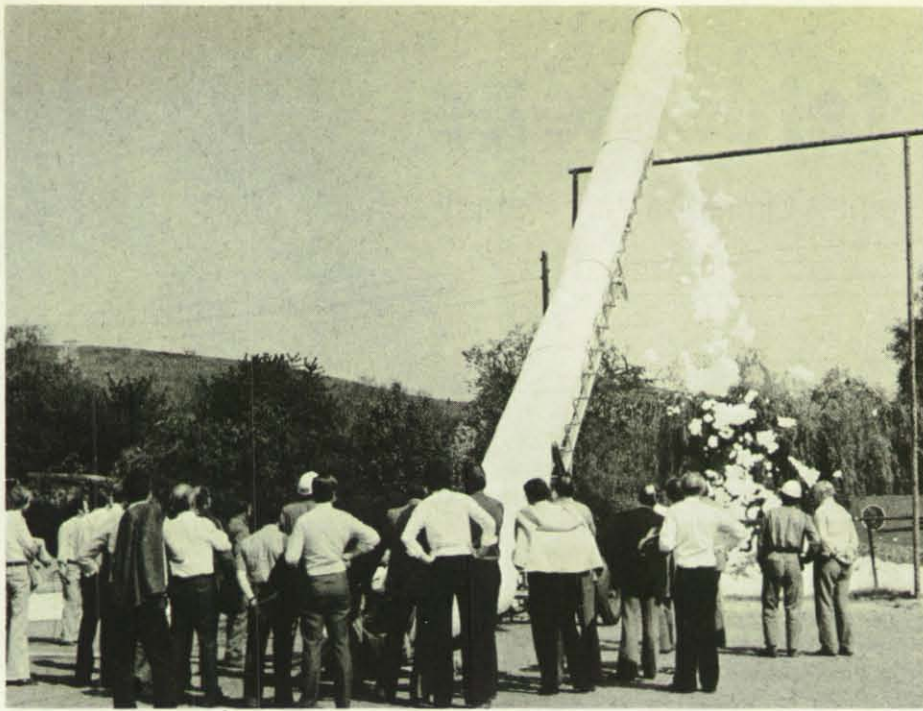
Manch ein Seminar-Teilnehmer gab zu, daß gerade dieses Referat mit seinen unzähligen Beispielen aus der Praxis auf Mängel aufmerksam gemacht hat, die auch in ihrem Betrieb vorhanden wären und die, so gelobte man, sofort nach Rückkehr beseitigt würden.

Rauch legt EDVA lahm

Ein weiteres Gebiet, dem man aufgrund mangelnder Sachkenntnis oft nicht die entsprechende Bedeutung beimißt, ist der Brandschutz in elektronischen Datenverarbeitungsanlagen (EDVA). In der Bundesrepublik und in West-Berlin gibt es z. Z. etwa 15 000 Universal- und Prozeßrechner, kurz EDVA genannt, deren Einsatz nicht nur wirtschaftliche Vorteile, sondern im Schadensfall auch große Risiken bringen. Da ist zunächst die außerordentliche Wertkonzentration der Anlagen auf engem Raum. Es ist ferner zu beobachten, daß die Betriebe zunehmend von der EDVA abhängig werden, was bei Ausfällen zu unvorhersehbaren Schwierigkeiten führen kann und unter Umständen gar zu großen Betriebsunterbrechungsschäden. Aber selbst wenn es in der EDVA nicht zu einem Brand kommt, sondern im angrenzenden Betrieb, so macht der komplizierte Aufbau die Anlage störungsanfällig und steuerungsempfindlich. Daß alleine der Brandrauch die EDVA für immer lahmlegen kann, dürfte den wenigsten bekannt sein. So trug auch dieses Referat dazu bei, Kenntnisse zu vermitteln, die über die bekannten allgemeinen Brandschutz-Vorschriften hinaus dazu dienen können, mögliche Zündquellen zu entdecken und Gefahren für die wertvollen EDVA einschließlich der Folgeschäden zu verhindern.

Maßgeschneiderte Brandmeldesysteme

Wie aber gerade mit Hilfe der Elektronik Brände, bzw. ihre Ausdehnung, verhindert werden können, schilderte ein anderes Referat. Ausgehend davon, daß bei einem Schadenfeuer sogenannte Brandkenngrößen wie Wärmestrahlung, Licht, Rauch usw. auftreten, die alle sehr unterschiedlichen Charakter haben, weshalb es keinen universell einsetzbaren Branddetektor geben kann, wurden entsprechende Temperatur-, Brandrauch- und Flammendetektoren entwickelt, die auf elektronischem Wege eine Reihe von



Hier produziert ein Leichtschaum-Generator LG 100 Schaum, der zu Demonstrationszwecken über Kunststoff-Lutten transportiert wird und in der Praxis auf diese Weise durch Türen oder Luken an den Brandherd gebracht werden kann.



Das neue TRO-TLF 16 der Werkfeuerwehr Total, dessen Bestückung und technische Einzelheiten den Seminar-Teilnehmern vorgestellt und erläutert wurden.

unterschiedlichen Schutzmaßnahmen in die Wege leiten (siehe „Das Minimagazin“, ZS-MAGAZIN Nr. 3/76). Mit Hilfe des vollelektronischen Brandmeldesystems kann je nach Auslegung der Anlage und der vorhandenen Feuerschutzeinrichtungen die Position des Brandgeschehens angezeigt werden. Es werden weiterhin Alarmsirenen und Blinkleuchten eingeschaltet, Feuerschutztüren geschlossen, Rauchabzugsklappen

geöffnet und nachgeschaltete Feuerlöschanlagen ausgelöst. Bei der Behandlung dieses Themas wurde auch das Problem der Fehlalarme an vielen Beispielen erklärt. Brandmeldesysteme müssen darum den geforderten Normen VDE 0 800/ DIN 14 675 sowie den Richtlinien des Verbandes der Sachversicherer entsprechen. Sie sollten ferner auf die Bedürfnisse des jeweiligen Betriebes „maßgeschneidert“ werden.

Forschung dient dem Fortschritt

Ein Referat über Sicherheitsmaßnahmen gegen das Entstehen von Gas- und Staubexplosionen und deren Auswirkungen gab den Seminarteilnehmern Einblick in neueste Forschungsergebnisse auf diesem Gebiet. Instruktives Filmmaterial vom Studium der Voraussetzungen für das Zustandekommen eines Explosionsvorganges in Behältern und des Einflusses des Behältervolumens auf die Explosionsheftigkeit einiger repräsentativer Gase und Stäube sowie Bilder von der Wirkung der verschiedenen Sicherheitsmaßnahmen enthüllten, daß es Mittel und Wege gibt, Gas- und Staubexplosionen zu verhindern oder aber in ihren Wirkungen stark einzuschränken. Es wurde beispielsweise gezeigt, wie durch besondere Explosions-Unterdrückungs-Anordnungen der Wirkungsbereich von Explosionsflammen in Behältern bis zu 100 m³ Inhalt eingeschränkt und der Explosionsdruck gemindert wird, bevor es zu einer Zerstörung des Behälters kommen kann. Dabei wird die anlaufende Explosion mittels Druck- oder Membrandetektoren erkannt und mit besonderen Löschmitteln so rasch bekämpft, daß sie sich nicht mehr voll entfalten kann.

Erkenntnisse der Brandschutzforschung verbreiten

Die Referate dieses Brandschutz-Seminars, vorgetragen mit allen audiovisuellen Hilfsmitteln, wurden ergänzt durch Brandlöschvorführungen mit Pulver- und Schaumgeräten. Vorführungen dieser Art, auch wenn sie von den betriebseigenen Brandschutzexperten der Herstellerfirma demonstriert werden, die wahre „Artisten“ sind und ihr Metier hundertprozentig beherrschen, sind dennoch der überzeugende Beweis, daß richtig aufeinander abgestimmte und der Eigenart des Betriebes angepaßte Löschgeräte und -mittel bei guter Wartung und gekonntem Einsatz in der Lage sind, Werte zu schützen und Menschenleben zu erhalten.

Der Forderung nach mehr vorbeugendem und abwehrendem Brandschutz, nach einer Verbesserung der Brandschutzforschung und -lehre sollte man mit allen zu Gebote stehenden Möglichkeiten nachgeben. Die fortschreitenden Erkenntnisse auf allen Wissensgebieten, die der Bewältigung der Aufgaben des Brandschutzes dienen, müssen eine größtmögliche Verbreitung finden.

Mobile Befehlsstelle

Die Stadt Stuttgart baute einen Omnibus zum Katastropheneinsatzleitwagen um

Fotos: Kurt Eppler

Nachdem sich bereits bei verschiedenen Katastrophenschutzübungen in Stuttgart das Fehlen eines Einsatzleitwagens bemerkbar gemacht hatte, gab die Unwetterkatastrophe von 1972 den endgültigen Anstoß zum Bau eines solchen Fahrzeuges. Die Katastropheneinsatzleitung (KEL) tritt hier grundsätzlich im Kleinen Sitzungssaal des Rathauses zusammen. Sie muß aber in den ersten Stunden einer Katastrophe am Schadensort sein. Dafür wird eine fahrbare Leitstelle benötigt. Nach der Übersiedlung der KEL ins Rathaus dient dann das Fahrzeug der sicheren Nachrichtenverbindung zwischen KEL, technischer Leitung und eingesetzten Einheiten. Bei sonstigen Großeinsätzen steht der KELW der Feuerwehr als mobile Befehlsstelle zur Verfügung. Der KELW ist also in erster Linie als mobile Einsatzleitung vor Ort gedacht.

Vielseitige Verwendung möglich

Ein von der Firma Daimler Benz AG gestifteter Omnibus wurde dazu vom Amt für Zivilschutz und der Branddirektion mit erheblichen Mitteln zu einer mobilen Befehlsstelle ausgebaut und mit allen führungstechnischen Nachrichtenmitteln und eigener Stromversorgung ausgestattet. Die Ausbaurbeiten wurden zum größten Teil von Angehörigen der Berufsfeuerwehr übernommen, wobei der Hauptkostenteil, insbesondere für Geräte und Materialien, über den Haushalt des Amtes für Zivilschutz abgewickelt wurde. Der KELW ist vielseitig einsetzbar. Er dient zwar in erster Linie der KEL und TL als Arbeitsraum. Er kann aber auch eingesetzt werden zur Beleuchtung von Schadensstellen, für Stromspeisung sowie für Pressekonferenzen zu besonderen Anlässen. Der Bus ist in erster Linie für Großeinsätze gedacht. Vom Katastropheneinsatzleitwagen aus werden bei einem Großeinsatz

Einheiten verschiedener Fachdienste oder gemischte Verbände im Einsatzgebiet geführt (z. B. bei gemeinsamen Einsätzen von Brandschutz-, Bergungs- und Sanitätseinheiten). Im Katastropheneinsatzleitwagen arbeiten Beauftragte aller KatS-Organisationen unter der Technischen Einsatzleitung. Ergänzend zu der Stammbesatzung, die von der Berufsfeuerwehr gestellt wird, treten noch freiwillige Helfer aus dem KatS-Fernmeldedienst hinzu, die mit dafür Sorge tragen, daß der Betriebsdienst ordnungsgemäß abläuft. Nach dem K-Plan der Stadt Stuttgart liegt die Technische Leitung von KatS-Einsätzen in vielen Fällen bei der Berufsfeuerwehr. Deshalb wurde das Fahrzeug, das von Feuer-

wehrlenten gefahren wird, nach außen hin als Feuerwehr-Kraftfahrzeug kenntlich gemacht. Es genießt auch so die Vorrechte im Straßenverkehr.

Vorteile des Kraftfahrzeugs

Der KELW kann so nahe wie nötig am Schadensort eingesetzt werden. Auch dort, wo keine Gebäude zur festen Unterbringung einer Technischen Leitung vorhanden sind. Die Führungskräfte des Katastrophenschutzes können vom Bus aus die Schadenslage mit beobachten. Bei Bedarf kann der Standort schnell verlegt werden. Das Fahrzeug, das eine Länge von 11,50 m und eine Leistung von 192 PS



Die Stadt Stuttgart baute in eigener Initiative diesen Omnibus zu einer mobilen Einsatzleitung im Katastrophenschutz aus.



Bild links: In den Kofferräumen untergebracht sind u. a.: Notstromaggregat, Batterien, Transformatoren, Kabeltrommeln. Auf dem Dach die ausfahrbaren Licht- und Antennenmasten. **Rechts:** Zur technischen Ausstattung des Fahrzeugs gehört u. a. auch dieser Funktisch mit Funk- und Fernsprechvermittlung und einer Anlage für Lautsprecherdurchsagen.

hat, fährt trotz seines Gewichtes von 16 t eine Höchstgeschwindigkeit von 95 km/h.

Im Innenraum des Einsatzwagens befinden sich außer dem Fahrerraum und einem WC je ein Raum für die Einsatzleitung (9 Sitzplätze), für die Meldestellen und für Nachrichtentechnik und -vermittlung.

Zwei ausfahrbare Licht- und Antennenmasten mit einer Höhe von 8,50 m (siehe Foto) machen das Fahrzeug auch weithin als Leitstelle kenntlich. Zum Stromversorgungsteil gehören ein Bordgenerator 380/220 Volt, 50 Hz – 20 kVA, ein Gleichrichter 380 Volt auf 24 Volt 200 A sowie Batterien auf Schlitten 4 x 200 Ah.

Zur technischen Ausstattung gehören ferner:

4 FuG 7 b mit Relaisstellenmöglichkeit

1 FuG 9 im 2-m-Band

2 FuG 10 im 2-m-Band

1 Funkfernreiber (geplant)

1 Allbereichsradio mit Verkehrsfunkdecoder

4 Tonbandgeräte

Fernsprechvermittlung.

Elektroakustische Anlage mit allen Übertragungsmöglichkeiten für Durchsagen,

Warnsignale und Alarme.

Wechselsprechanlage im Innenraum. Projektionsanlage für die Darstellung von Objektplänen.

Konferenztisch mit Zweiwegeapparaten für Funk- und Fernsprechverkehr. Die nebenstehenden Aufnahmen geben einen Eindruck von der begrün-

denswerten Eigeninitiative wieder, mit der sich die Stadt Stuttgart einen Katastropheneinsatzleitwagen geschaffen hat, der bei Katastrophen und Großeinsätzen dem Oberbürgermeister als Katastropheneinsatzleiter oder der technischen Leitung als mobile Leitstelle zur Verfügung steht.



Direktor Gerhard Maier vom Amt für Zivilschutz der Stadt Stuttgart (stehend, mit hellem Jackett) erläutert die umfangreiche technische Ausstattung des Einsatzleitwagens. Unter den Zuhörern Oberbürgermeister Rommel (3. v. r.).

Durch Beton und Mauerwerk

Spezial-Kernbohrverfahren verbessert die Bergung aus versperrten Räumen

Dem oft machtlosen Fachmann erscheinen angesichts Eingeschlossener die bisher angewendeten Bergungsverfahren mit Aufbrechhämmern, Spaltwerkzeugen, Sauerstoff- und Pulverlanzen vielfach schwerfällig, zu langsam und auch gefährlich für Eingeschlossene wie Bergungsmannschaft. Das Spezial-Kernbohrgerät dagegen gestattet schnelle, erschütterungsfreie und geräuscharme Erkundungs-, Versorgungs- und Bergungsbohrungen bis über 500 mm Bohrloch-Durchmesser durch Stahlbeton, Beton und Mauerwerk jeder Dicke und Konstruktion.

Selbst Stahlbeton mit Trägerkern und Tresorwände bilden kein Hindernis.

Das glatte Bohrloch stellt schließlich den statisch günstigsten Querschnitt eines Durchbruches dar.

Das Longyear-Kernbohrgerät verspricht daher mit seiner leichten Handhabung und erstaunlichen Leistung bei geringem Energieaufwand eine beachtenswerte Neuerung auf dem Bergungssektor.

Das Stahlbeton-Kernbohrverfahren ist schon seit langem bekannt als Mittel zur Prüfung der Stahlbetonqualität beispielsweise von Fahrbahnen.

Die Gewinnung von Stahlbeton (Zylindern) aus dem Bauwerkteil für spezielle Prüfmethode war dabei das Ziel, nicht der Durchbruch. Kleinere Geräte mit einem äußeren Bohrkronen-Durchmesser bis 200 mm genügten daher für diesen Zweck.

Verbesserte Stahllegierungen ermöglichten in den

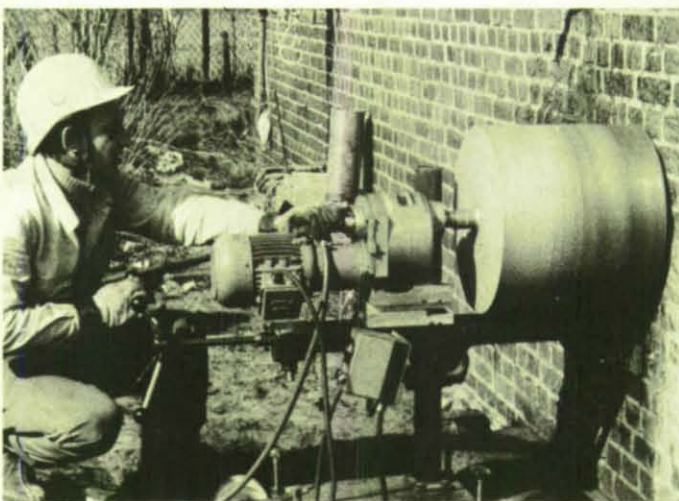
letzten Jahren die Vergrößerung von Länge und Durchmesser der dünnwandigen, zylindrischen Diamant-Bohrkronen auf über 350 mm.

Somit konnte auch das bisherige Nebenprodukt,

das Bohrloch, Ziel einer weiteren, anders gearteten Nutzung des Kernbohrverfahrens werden. Man erweiterte es auf „geplante“ Bohrungen für nachträgliche Installationen, Durchbrüche für Rohrleitungen aller Art,



Versuche mit einem großdimensionierten Diamant-Kernbohrgerät an Stahlbeton und Mauerwerk in Hamburg ergaben neue Aspekte für die Bergung aus versperrten Räumen.



Hier wird das Gerät zu einer Bohrung angesetzt. Verbesserte Stahllegierungen ermöglichten in den letzten Jahren die Vergrößerung von Länge und Durchmesser der Bohrkronen auf über 350 mm.

Kabel usw. bei Um- und Neubauten.

Von dieser Anwendungsart wurde in Hamburg die Bergungs-Bohrung durch Bauwerksteile abgeleitet und entwickelt.

Da sich das Kernbohrverfahren seit Jahrzehnten bewährt hat, mußte es nur auf die besonderen Bedingungen der Bergung abgestimmt werden: Ausreichende Durchbruchgröße, Schnelligkeit, leichte und sichere Handhabung.

Das zerlegbare Bergungs-Kernbohrgerät besteht aus einer abgestützten und in Bohrrichtung verankerten Bohrlafette mit Fußplatte, Vortriebseinrichtung, Antriebsmotor, Spülkopf und Bohrkronen.

Der Aufbau des Gerätes müßte sich für 2 Mann Bedienung in 10 Minuten bewerkstelligen lassen.

Mit einer einfachen Handbohrmaschine wird ein Verankerungsdübel zur Halterung der Bohrlafetten-Fußplatte neben dem späteren Bohrloch zur Aufnahme der Reaktionskräfte gesetzt. Danach werden die Bohrlafette mit Fußplatte festgeschraubt und abgestützt, Bohrmaschine mit Spülkopf aufgesetzt und die Bohrkronen befestigt. Nach Anschluß von Preßluft- und Spülschlauch beginnt die Bohrung.

Als Bohrmaschine dient ein robuster, relativ leichter und wartungsarmer Preßluftmotor mit etwa 2-8 PS Leistung. Er kann durch einen fahrbaren Kompressor mit Preßluft versorgt werden.

Dem Spülkopf führt eine Wasserpumpe aus einem Eimer geringe Mengen

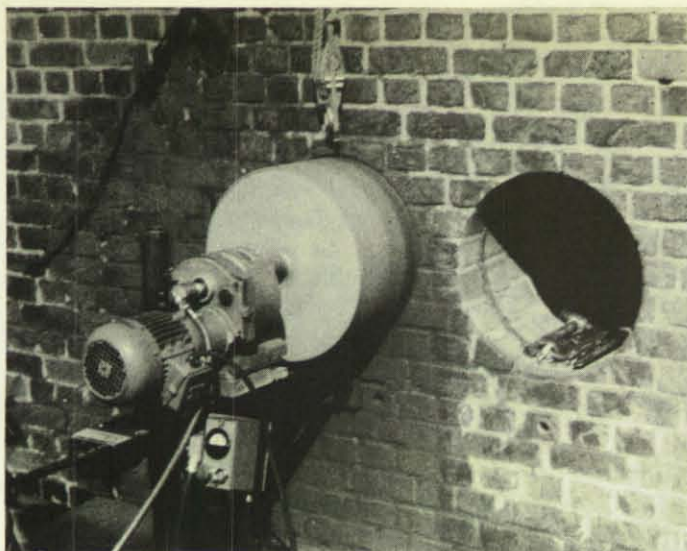


Bild links: Das Bohrgerät in Betrieb. Die Bohrkronen sind diamantenbesetzt und schneiden nur 3–4 Prozent des gewonnenen Querschnitts als zylindrischen Kern bei nur geringem Energieaufwand. **Rechts:** Schnell anzubringen sind Erkundungs- oder Versorgungsbohrungen, über die Eingeschlossene leicht geortet und mit Atemluft, Schutzmasken, Lösch- und Trinkwasser, Medikamenten u. ä. versorgt werden können.

Spülwasser zum Abschläm-
men des Bohrgutes zu.
Das Spülwasser kann mit
einer gesonderten Vorrich-
tung restlos abgesaugt wer-
den.

Die Bohrkronen sind diamant-
besetzt und schneiden nur
3–4 % des gewonnenen
Querschnitts als zylindri-
schen Kern. Daher sind
Energieaufwand für Schnitt
und Andruck gering, der
Vortrieb optimal.

Als mittlere Vortriebsge-
schwindigkeit können bei
Stahlbeton etwa 1–3 cm /

Minute, bei Mauerwerk 4–6
cm / Minute veranschlagt
werden.

Die Bohrkronen sind bis
600 mm lang, so daß sie
60 cm dicke Bauwerksteile
ohne Unterbrechung mit
einem Kernstück bewältigen
können. Bei größeren Bau-
werksabmessungen wird
der Kern mit größtmöglicher
Länge abgekeilt und geför-
dert. Die Bohrung wird dann
fortgesetzt.

Bei der Größe des Gewich-
tes des geförderten Ber-
gungs-Bohrkernes (\varnothing über

500 mm) ist ein leichter
Flaschenzug notwendig,
der während des Bohrvor-
ganges vom 2. Bedie-
nungsmann rasch über
dem Kernbohrgerät befe-
stigt werden kann.

Mit wenigen Handgriffen
ist dann das Bohrloch ge-
öffnet und zur Bergung
freigegeben.

Bei zweifelhafter Bauwerks-
konstruktion und Situation
Eingeschlossener ist eine
Erkundungsbohrung \varnothing 200
mm notwendig, über die
Eingeschlossene einfach

geortet und mit Atemluft
(Maske), Lösch- und Trink-
wasser, Lenzvorrichtung
(Saugschlauch), Licht,
Sprechverbindung, Medi-
kamenten usw. versorgt
werden könnten.

Im Hinblick auf die vielseitige,
überlegene Anwen-
dungsmöglichkeit des Spe-
zial-Kernbohrgerätes sollte
eingehend erwogen werden,
zumindest größere Ber-
gungseinheiten für sämtli-
che Katastrophenfälle mit
einem solchen Gerät zu
versehen.



Bild links: Bohrkronen und Bohrkern nach dem Durchbruch. Das Stahlbeton-Kernbohrverfahren ist schon seit langem bekannt. Es mußte nur auf die besonderen Bedingungen bei der Bergung abgestimmt werden. **Rechts:** Eine beachtenswerte Neuerung auf dem Bergungssektor: Ein glattes Bohrloch mit statisch günstigem Querschnitt als Durchschluß für Eingeschlossene und Bergungskräfte.

Gewaltige Naturkatastrophe in Nordost-China

Selbst in Peking bebte die Erde

Zahl der Opfer zwischen 100 000 und einer Million?

Als „schwerste Naturkatastrophe, die jemals China betroffen hat“, haben ausländische Beobachter das offensichtlich zahlreiche Opfer fordernde Erdbeben bezeichnet, das Ende Juli vor allem die Millionenstadt Tangshan und die nordöstliche Region Chinas heimsuchte. Auch nach Wochen gibt es keine genauen Angaben über die Zahl der getöteten und verletzten Menschen und die Sachschäden. Amtliche Angaben über den Umfang der Katastrophe wurden bisher nicht gemacht.

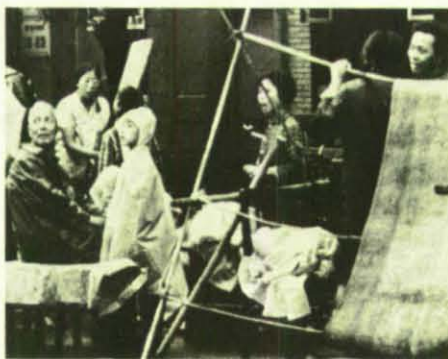
Diesmal keine Warnung?

Die Zahl der Opfer bewegt sich nach ausländischen Berichten zwischen 100 000 und einer Million. Vor allem die Bergarbeiterstadt Tangshan wurde hart von der Katastrophe betroffen. Von den 40 000 Bergleuten sollen zahlreiche während ihrer Arbeit in den Stollen verschüttet worden sein. Das System einer angeblichen Erdbeben-Vorhersage, das im letzten Jahr in China bei zwei Beben zu rechtzeitigen Warnungen geführt haben soll, hat nach Berichten von Korrespondenten aus der chinesischen Hauptstadt diesmal versagt. Wissenschaftler folgerten daraus, daß aufgrund der zahlreichen bebengefährdeten Gebiete

Chinas noch nicht überall seismographische Kontroll- und Beobachtungsstationen vorhanden sind.

Große Schäden auch in Peking

Trotz der großen Schäden – auch in der bekannten Peking Altstadt mit ihren kulturell wertvollen Bauwerken wie der „Weißen Pagode“, der „Großen Halle des Volkes“ und dem „Tor zum Himmlischen Frieden“ – konnten die Hilfsmaßnahmen der Behörden ohne Verzögerung anlaufen.



Auf den Straßen leben die Bewohner Pekings und anderer Großstädte in Notunterkünften, nachdem die Bevölkerung aufgefordert worden war, ihre Häuser wegen der Gefahr von Nachbeben zu verlassen.



Selbst die chinesische Hauptstadt (unser Bild), die am Rande der Katastrophenzone liegt, wurde durch das starke Erdbeben Ende Juli in Mitleidenschaft gezogen. Die besonders betroffene Millionenstadt Tangshan war dem Erdbeben gleichgemacht worden.

Armee-Einheiten, Funktionäre und Mitglieder der Parteiliederungen und des Jugendverbandes wurden eingesetzt, um Opfer zu bergen und Schäden zu beseitigen. Im Laufe weniger Stunden nach dem ersten Beben gelang es den Peking Behörden, die Bewohner ganzer Stadtteile zu evakuieren, um sie vor erwarteten Nachbeben zu schützen.

Hilfe gut organisiert

Die Bevölkerung richtete auf den Straßen und Plätzen Notunterkünfte ein, die oft nur aus Plastikplanen über einem Gewirr von Bambusstangen bestanden. Größere Zelte wurden von den Organisationsgruppen der Nachbarschaftshilfe, den sogenannten „sozialistischen Hofgemeinschaften“, erstellt. Das enge Netz der Parteiorganisation und der Hausgemeinschaften ermöglichte es in wenigen Stunden bei zentraler Steuerung durch die Verwaltung, die Mehrheit der fünf Millionen Einwohner Pekings zu versorgen. Gleichzeitig wurden Sanitätsstationen in den Straßen errichtet. Außerhalb der Städte gingen die aus allen Richtungen herbeigerufenen Hilfskräfte des Landes mit Vorrang an die Aufgabe, die Verkehrswege die Eisenbahnlinien und Straßenverbindungen wieder in stand zu setzen. Armeeverbände stellten bewegliche Brücken zur Überwindung der zahlreichen Gewässer bereit.

Weitere Beben befürchtet

Nach einer Woche, die nur kleinere Nachbeben gebracht hatte, wurde von den chinesischen Behörden, die allgemeine Warnung verlängert, obwohl Anzeichen für weitere Erschütterungen der Erdoberfläche fehlten. Die ausländischen Bewohner Pekings wurden aufgefordert, die Stadt zu verlassen. Auch das deutsche Botschaftspersonal verließ bis auf einen achtköpfigen Stab Peking. In Vertretung von Bundespräsident Walter Scheel übermittelte Bundesratspräsident Albert Osswald dem amtierenden chinesischen Staatsoberhaupt Wu Teh das Mitgefühl des deutschen Volkes. Auf die Hilfsangebote des Roten Kreuzes in Genf und des UN-Generalsekretärs Waldheim reagierte die chinesische Regierung bisher nicht. Auch die Bundesregierung hat ihre Hilfsbereitschaft erklärt. Es ist jedoch anzunehmen, daß China – wie schon bei früheren Katastrophen – auch diesmal ausländische Hilfe nicht in Anspruch nehmen wird.

Über 100 Hektar Wald vernichtet

1000 Feuerwehrmänner im Großeinsatz

Übergreifen des Feuers auf Munitionsdepot verhindert



1000 Feuerwehrleute aus der Bundesrepublik und aus den Niederlanden bekämpften am Sonntag, dem 22. August, den großen Waldbrand im Naturschutzpark Schwalm-Nette. Diese Katastrophe, der über 100 Hektar Wald zum Opfer fielen, war der größte Brand seit 1947 im deutsch-niederländischen Grenzgebiet.



Der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. Burkhard Hirsch (3. von links) flog sofort ins Katastrophengebiet und ließ sich über die Katastrophenbekämpfung unterrichten.

Bei der bisher größten Brandkatastrophe seit 1947 im deutsch-niederländischen Grenzgebiet im Bereich des Naturschutzparks Schwalm-Nette sind am Sonntag, dem 22. August, über 100 Hektar Waldfläche vernichtet worden. Über 1 000 Feuerwehrmänner aus der Bundesrepublik und aus den Niederlanden kämpften gegen die Flammen an; nach fünfständigem Einsatz war der Waldbrand unter Kontrolle.

In dem großen Erholungsgebiet in der Nähe von Brüggem hatten sich an diesem Wochenende mehrere tausend Erholungssuchende befunden. Im Zentrum des Parks liegt das größte Waffen- und Treibstofflager der britischen Rhein-Armee. Nach Presseberichten sollen die Löschmannschaften ein Übergreifen des Feuers auf dieses Lager nur mit Mühe verhindert haben, während der Kommandant erklärte, es habe zu keiner Zeit eine ernsthafte Gefahr bestanden. In den Zeitungsberichten waren sogar Spekulationen über möglicherweise dort lagernder Atomwaffen aufgetaucht, diese Meldungen wurden jedoch ebenfalls nicht bestätigt.

Lob für die niederländischen Kollegen

Während die Polizei das Gebiet hermetisch abriegelte, sahen Zehntausende von Schaulustigen – wieder einmal – gebannt der Katastrophe zu. Glücklicherweise herrschte windstilles Wetter, so daß die bis zur völligen Erschöpfung kämpfenden Feuerwehrmänner den großen Waldbrand relativ schnell unter Kontrolle bekamen. Ein besonderes Lob zollten die deutschen Kräfte ihren niederländischen Kollegen: „Sie waren blitzschnell da und arbeiteten bestens mit uns zusammen.“ Um ein erneutes Ausbrechen des Feuers zu verhindern, blieben 250 Feuerwehrmänner, unterstützt von einer Hundertschaft Polizei, als Brandwache im Naturschutzpark zurück.



Leserbriefe Lesermeinung

**Betrifft: Waldbrandkata-
strophe Niedersachsen
– Fragen, Erfahrungen,
Lehren (ZS-MAGAZIN 4/76)**

**Zu diesem Beitrag von
Herrn Ministerialdirektor
Hans Arnold Thomsen,
Leiter der Abteilung „Zivile
Verteidigung“ im Bundes-
ministerium des Innern,
veröffentlichte das ZS-MAGAZIN
in der Ausgabe
6/76, Seite 17, einen Leser-
brief von Dr. med. Otto
P. Happel aus 4950 Min-
den/Westfalen. Ministerial-
direktor Thomsen übermit-
telte dem ZS-MAGAZIN
nunmehr seine Antwort
auf den Leserbrief von
Dr. med. Happel. Nachsteh-
end die abschlußreichen
Ausführungen von Hans
Arnold Thomsen:**

Herr Dr. Happel ist mir als erfahrener und engagierter THW-Helfer seit Jahren bekannt. Ich begrüße es daher, daß er meine Ausführungen zur Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen zum Anlaß nimmt, aus seiner Sicht – oder richtiger noch, aus der Sicht des THW – Stellung zu nehmen. Die Gedankengänge meiner Ausführungen geben meine persönlichen Auffassungen wieder. Das schließt aber dennoch ein, daß meine Bemühungen dahin laufen können, im Bereich der fachlichen Zuständigkeit im BMI in gleicher Richtung zu konkreten Ergebnissen zu kommen. Um so mehr ist eine Diskussion über die Probleme und eine kritische Betrachtung – und zwar in aller Offenheit und Öffentlichkeit – angebracht. Die Innenminister der Länder haben in ihrer ganz

überwiegenden Mehrzahl persönlich zu meinem Artikel Stellung genommen. Auch der Deutsche Feuerwehr-Verband hat das, wie Herr Dr. Happel schon sagt, getan. Daß auch Helfer der Organisationen, die es ja eigentlich angeht, bereit sein sollten, in die Diskussion einzugreifen, dafür gibt Herr Dr. Happel, wie ich hoffe, für die Zukunft einen positiven Anstoß. Und nun zur Sache: Da eine vollkommene Übereinstimmung mit meiner Auffassung besteht, daß man einfach nicht mehr erwarten kann als man in Ausbildung, Ausstattung, Ausrüstung und Übungen investiert, braucht auf das nach den StAN (Stärke- und Ausrüstungsnachweisungen) fehlende Gerät und auf die überalterten Fahrzeuge, die aus finanziellen Gründen bisher nicht ersetzt wurden, nicht mehr eingegangen zu werden. Ich möchte an dieser Stelle nur nicht unerwähnt lassen, daß das BZS entsprechend der Auffassung des BMI die StAN für alle Katastrophenschutzeinheiten auch auf überaltertes Gerät überprüft und sie der modernsten technischen Entwicklung angepaßt hat. Die entsprechenden Entwürfe liegen z. Z. beim Bundesfinanzministerium zur erforderlichen Genehmigung vor und sollen noch in diesem Jahr ihre abschließende Bearbeitung finden. Der BMI ist also durchaus bemüht, **ausreichend modernes** Gerät dem Helfer an die Hand zu geben, und er setzt sich auch nachdrücklich für die Finanzierung des Notwendigen ein. **Nur**, und das ist der Haken, er kann nicht einseitig bestimmen, wieviel Geld von der Regierung beantragt und dann auch vom Parlament bewilligt wird. Im finanziellen Bereich ist die „Tischdecke“ chronisch zu kurz, und wir müssen die abgewogene politische Entscheidung, wer am „Katzentisch“ Platz zu

nehmen hat, hinnehmen. Vergessen sollte man aber auch nicht, daß speziell das THW aus den verflochtenen Konjunkturprogrammen eine nicht unwesentliche Aufbesserung im Gesamtbereich seiner vielen Bedürfnisse erfahren hat. Nach übereinstimmender Auffassung aller Sachverständigen müssen neben der StAN-Ausstattung des Katastrophenschutzes für ganz große Katastrophen und für den Verteidigungsfall weitere, bisher nicht vorgesehene Spezialgeräte zur Verfügung stehen, insbesondere solche, die im Verteidigungsfall, wo die Bundeswehr nicht helfen kann, für die Rettung von Menschen und Sachen von unverzichtbarer Bedeutung sind. Daß man mit solchen, im allgemeinen zugleich sehr teuren Geräten nicht schlechthin die Einheiten des Katastrophenschutzes ausrüsten kann, versteht sich eigentlich von selbst und wird auch von keiner Seite gefordert. Man wird die wenigen Exemplare solcher Spezialgeräte (es wird sich im übrigen nicht nur um Technik in der Bergung und Instandsetzung handeln) aber m. E. auch nicht einzelnen besonders damit beauftragten Zügen des THW, der Feuerwehr und anderer Fachdienste zuweisen können, weil ein rationeller und in der Funktion abgesicherter Einsatz auf größere Entfernungen und längere Zeitdauer eine ganze Reihe von Bedingungen zur Voraussetzung hat. Ich nenne hier beispielsweise die erforderliche spezielle Schulung und die Wartung und Unterhaltung, die ggf. hauptberufliche Kräfte erfordern. Weiter die ggf. erforderliche Verlastung auf dem Schienenweg oder auf Spezialfahrzeuge, die zugleich für den Transport verschiedener Spezialgeräte geeignet sind, und ganz besonders auf die erforderliche Logistik. Logistik einmal bezüglich Verschleißteile und deren Mon-

tage im Einsatz, und zum anderen Logistik für die Bedienungsmannschaft. Dabei gehe ich gleichwohl davon aus, daß unter gar keinen Umständen eine volle Besetzung im Einsatz durch hauptberufliche Kräfte vorgehalten wird. Das wäre Luxus! Nur der unverzichtbare Anteil soll so abgedeckt werden. Nehmen wir als vergleichbares Beispiel die Rettungsschrauber des Katastrophenschutzes. Hier ist der Pilot und der Arzt unverzichtbar ein Mann von berufswegen, und die Hilfsorganisationen stellen die Rettungssanitäter und besetzen die Leitstellen. Darüber hinaus sind solche ein bis zwei Arsenale bewußt von mir als der geeignete Kern für die Zuordnung qualifizierter Fach- und Führungskräfte für **alle** Fachdienstsparten des Katastrophenschutzes zur Diskussion gestellt worden. Der Katastrophenschutz besteht nicht nur aus Feuerwehr und THW. Es ist vielmehr notwendig, in allen Bereichen, z. B. auch in der Dekontamination, im Fernmeldewesen usw. hochentwickelte Führungsqualität und konzentriertes Fachwissen im Katastrophenschutz – weil Bundeswehr und BGS im Ernstfall andere Aufgaben erfüllen – zur Verfügung zu haben. Herr Dr. Happel übersieht das ebenso wie der Präsident des Deutschen Feuerwehr-Verbandes. Ein solcher, ggf. den ganzen Querschnitt der Fachdienste bzw. Organisationen berührender Kader kann daher, wie ich es nochmals deutlich zu machen wünsche, nicht einer einzelnen Hilfsorganisation angehängt werden. Es geht nur umgekehrt. Die Hilfsorganisationen, die Fachdienste im Katastrophenschutz abdecken, sind an dem Kader zu beteiligen. Der Kader wird also, um hier die Vorstellungen meiner Ausführungen in ZS-MAGAZIN 4/76 über die damalige

Darstellung hinaus zu konkretisieren, aus hauptberuflichen Kräften bestehen, die aus einschlägigen Berufen und aus dem Übergang von Hilfsorganisationen gewonnen werden und aus Helfern, die dem Bund auf Zeit (Mindestdauer etwa 1/2 bis 1 Jahr) zu seinen Lasten zur Verfügung gestellt werden können. Solche Kader sollten dann geeignet gelegenen Katastrophenschutzschulen angegliedert bzw. zugeordnet werden. Einmal, um die Theorie der Schulen mit der Praxis in Kontakt zu bringen. Zum anderen aber, um diese Kader, die ja durch eigene Logistik versorgt und beweglich ausgerüstet sind, zur Verbreitung eines hohen Ausbildungsstandes auf Anforderung der Länder und Kreise für die Veranlassung und Durchführung übergebietlicher Großübungen und ggf. auch zur Steigerung der Effektivität der Einsätze im echten Katastrophenfall zur Verfügung zu stellen. Ich meine, alle am Katastro-

phenschutz Beteiligten könnten aus einer solchen Einrichtung hohen Nutzen ziehen. Demgegenüber sollten Prestige zurückgestellt werden. Der Möglichkeit, große Katastrophenschutzübungen zu veranstalten, das soll hier nicht unerwähnt bleiben, hat der Deutsche Bundestag, überzeugt von der Notwendigkeit, erfreulicherweise durch eine Extradotierung in Höhe von 500 000 DM im Haushalt 1976 bereits Rechnung getragen. Die gegenwärtige Sorge, für die Anlage, Planung, Durchführung und Auswertung derartiger Übungen auf Bundes- und Länderebene das notwendige fachlich geeignete Personal zur Verfügung zu haben, würde ein derartiger Kader weitgehend mit abbauen. Im übrigen pflichte ich der Meinung des Herrn Dr. Happel voll bei, daß der THW-Helfer nicht immer nur für den hoffentlich nicht eintretenden – Verteidigungsfall üben kann. Es

wird zwar nie möglich sein, dem THW eine auslastende Friedensaufgabe zuzuweisen. Eine solche Forderung ist unsinnig, weil sie schon an der dem Bund fehlenden Friedenskompetenz scheitern muß. Im Instandsetzungsbereich ist das THW ohne Konkurrenz, ihn sollte das THW besonders pflegen. Darüber hinaus muß es ermöglicht und durchgesetzt werden, daß das THW mit den Friedenseinheiten des Katastrophenschutzes in wechselndem und gemeinsamem Einsatz im Alltag tätig ist. Die Innenminister der Länder zeigen sich in zunehmendem Maße demgegenüber aufgeschlossen. Dazu ist die Heranziehung für technische Hilfeleistung im Verkehr bei extremer Verkehrsbelastung in Veranstaltungs- und Urlaubszeiten, wie im Lande Bayern, eine Möglichkeit. Bedeutsamer will es mir scheinen, daß das bisherige Gegeneinander von Feuerwehr und THW doch z. Z. wie ein Eisberg dahinschmilzt. Das Ergebnis sehr eingehender und ver-

antwortungsbewußter Besprechungen zwischen dem Präsidenten Bürger vom Deutschen Feuerwehr-Verband und mir war das nachdrücklich bestätigte Übereinkommen, die Feuerwehren und das THW auf einen gemeinsamen Weg zu leiten. Zur Zeit wird in institutionalisierten ständigen Gesprächen der beiden Organisationen miteinander diese Absprache vertieft und realisiert. Das sollte m. E. bis hin zu einer einheitlichen Einsatzalarmierung von Feuerwehr und THW führen. Abschließend möchte ich bemerken, daß der verwaltungstechnische Aufwand für eine solche Kaderbildung, die aufgrund des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes erfolgen würde, sich im Rahmen der dafür getroffenen Regelungen abwickeln würde. Ich vermag nicht zu sehen, daß erneuter verwaltungstechnischer Aufwand, dem auch ich in jeder Beziehung skeptisch gegenüberstehe, dadurch ausgelöst wird.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Der Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts, sucht
für seine Öffentlichkeitsarbeit
eine
Mitarbeiterin

mit abgeschlossenem Hochschulstudium (z. B. Pädagogik, Soziologie, Politologie, Psychologie). Sie sollte das 45. Lebensjahr nicht überschritten haben.

Es ist ihre Aufgabe, über Zivilschutz und Katastrophenschutz zu informieren und über Gefahren und Schutzmöglichkeiten aufzuklären, insbesondere über Selbsthilfemaßnahmen. Zielgruppe ihrer Tätigkeit ist vornehmlich der weibliche Teil der Bevölkerung.

Erfahrungen auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung und der Öffentlichkeitsarbeit sind von Vorteil. Fehlendes Wissen über Zivilschutz und Selbstschutz kann vermittelt werden.

Geboten wird eine Vergütung bis Vergütungsgruppe II a BAT, zusätzliche Altersversorgung, Beihilfen bei Krankheit und Unterstützung in Notfällen.

Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung werden nach den gesetzlichen Bestimmungen gewährt.

Bei der Beschaffung von geeignetem Wohnraum sind wir behilflich.

Bewerbungen mit ausgefülltem Personalbogen, handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild aus neuester Zeit sowie beglaubigten Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen sind bis zum 30. September zu richten an den

Bundesverband für den Selbstschutz – Bundeshauptstelle – Eupener Straße 74, 5000 Köln 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Ernst Bovenschen

Einsatz unter Ernstfallbedingungen

Helfer des KatS-ABC-Dienstes beseitigten Gefahren durch C-Kampfmittel aus Beständen des 2. Weltkrieges

Vorgeschichte

Bei den Erdarbeiten für die Erweiterungsbauten eines großen Industriebetriebs in Bayern waren im Januar 1976 Munitionsreste mit „sonderbarem Geruch“ gefunden worden. Der Raupenfahrer der mit den Baggerarbeiten beauftragten Firma hatte die Arbeit eingestellt und die Bauleitung informiert. Dort erinnerte man sich, daß auf dem vorgesehenen Baugelände während des 2. Weltkrieges Anlagen einer Munitionsanstalt gestanden hatten, die der Füllung und Lagerung chemischer Kampfstoffmunition dienten. Das Gelände war dem derzeitigen Eigner „geräumt“ übergeben worden. Der Bauleitung schien jedoch angesichts der Funde eine Überprüfung angezeigt. Die Erdarbeiten wurden deshalb unterbrochen und das Bayer. Staatsministerium des Innern alarmiert. Diese Vorsicht war berechtigt. Eingehende Untersuchungen führten zu einem überraschenden Ergebnis.

Lage

Die vorgefundenen C-Kampfmittel aus Beständen des 2. Weltkrieges waren während der seinerzeitigen Räumungsmaßnahmen auf eine Halde gebracht, angezündet, ausgebrannt und später mit Chlorkalk und Erdreich abgedeckt worden. Diese Vernichtung erwies sich als unzureichend, da in den verrotteten „Sprühbüchsen 37“ und in vereinzelt Fliegerbomben noch Reste von Zähllost – wenn auch in geringem Umfang – vorhanden waren. Darüber hinaus wurden bei etwa 10 % der Fundmunition Treibladungen aus Schwarzpulver festgestellt. Ein Teil des ausgelaufenen Zähllostes hatte sich als Folge des früheren Vernichtungsverfahrens in Klumpen zusammengeballt und lag mit den Munitionsresten vermengt im Erdreich. Eine Gefährdung der Umwelt war damit gegeben. Zwar bestand wegen der winterlichen Temperaturen im Augenblick keine akute Gefahr,

jedoch war abzusehen, daß bei über +15° C ansteigenden Temperaturen eine Gefährdung der näheren Umgebung eintreten würde.

Beurteilung und Entschluß

Bei diesem Erkundungsergebnis wurde vom Bayer. Staatsministerium des Innern nach eingehenden Besprechungen mit weiteren Fachbehörden festgelegt, die Räumung der Fundstelle noch während der kalten Jahreszeit durchzuführen. Zusätzlich zu dem daraus resultierenden Zeitproblem wurde deutlich, daß der vorgesehene Einsatz zwei Aufgabenbereiche umfaßte:

- Räumung, Beseitigung und Vernichtung der Munitionsreste und
- Räumung, Beseitigung, Deponierung und Vernichtung des Zähllostes.

In Bayern ist eine Vertragsfirma mit der Suche und Räumung von Fundmunition aller Art aus dem 2. Weltkrieg beauftragt. Diese Firma war zwar in der Lage, die Fundmunition unschädlich zu machen; für die Beseitigung des Zähllostes waren ihre Sprengkommandos jedoch weder entsprechend ausgestattet noch ausgebildet. Hierfür kamen nur fachlich besonders ausgebildete und auch zweckentsprechend ausgestattete Einsatzkräfte in Betracht, wie sie im ABC-Dienst des Erweiterten Katastrophenschutzes bestehen. Damit war eine der wesentlichsten Vorentscheidungen bereits getroffen: Die Vertragsfirma wurde beauftragt, die Aufnahme und Bergung der Munition zu übernehmen, wobei sie hinsichtlich der Lostgefahren von Einsatzkräften des ABC-Dienstes unterstützt werden sollte; den ABC-Kräften obla-



Der Dekontaminationsplatz wird aufgebaut.

gen alle mit dem Aufspüren und der Entgiftung von Zähllost zusammenhängenden Aufgaben; vor allem hatten diese Einsatzkräfte den Schutz aller eingesetzten Personen vor chemischer Kontamination, die Kontrolle des Abraums und die Entgiftung von Personen und Material zu übernehmen. Der Einsatz wurde auf zunächst vier Wochen begrenzt, weil nach dieser Zeit mit einem jahreszeitlich bedingten Ansteigen der Temperaturen über $+15^{\circ}\text{C}$ gerechnet werden mußte.

Einsatzkräfte

Die Sprengkommandos, die an verschiedenen Standorten in Bayern stationiert sind, können in kürzester Zeit an beliebiger Stelle eingesetzt werden. Dagegen lassen sich Firmen oder Organisationen, die für diese spezielle Aufgabe sonst noch in Betracht zu ziehen sind, nicht finden.

Aus organisatorischen Gründen und weil sich die Möglichkeit einer praktischen Ausbildung ergab, bot es sich an, den Einsatz der ABC-Kräfte in Form von einwöchigen Lehrgängen der Katastrophenschutzschule Bayern mit besonderer Kostenregelung durchzuführen. Die Helfer sollten nach freiwilliger Meldung herangezogen werden.

Vorbereitende Maßnahmen

Aus der Fülle der Einzelmaßnahmen zur Vorbereitung des Einsatzes seien nachfolgend die wichtigsten herausgegriffen:

- Zusammenziehung aller zur Zeit in Bayern vorhandenen ABC-Schutzanzüge „Zodiac“
- Bereitstellung von Spür- und Entgiftungsmitteln
- Bereitstellung eines Greiferfahrzeugs durch den Bauhof der zuständigen Kreisverwaltungsbehörde
- Einrichtung von Wasserentnahmestelle, Stromanschluß und Abwasserbeseitigung mit der Bauleitung des Werks
- Festlegung der persönlichen Ausstattung und der Fachdienstausrüstung sowie der notwendigen Fahrzeuge des KatS-ABC-Dienstes
- Gewinnung von freiwilligen Helfern des ABC-Dienstes und Einschaltung der zuständigen Kreisverwaltungsbehörden
- Untersuchung der Angehörigen des Sprengkommandos auf Tauglichkeit für den schweren Atemschutz



Der Feuerwerker an einer Lost-Fliegerbombe.



Eine Entgiftungslösung wird bereitet.

- Organisation von Unterbringung und Verpflegung der Helfer am Einsatzort
- Erkundung des Entgiftungsplatzes (Dekon-Platzes)
- Erstellung einer Dienstanweisung für diese Sonderlehrgänge.

Einsatzvorbereitung

Personal und Gerät

Für den Einsatz wurden folgendes Personal und Gerät an die Einsatzstelle beordert:

- a) **Lehrgruppe ABC-Dienst** der KatS-Schule Bayern mit 1 Dekontaminationsmehrzweckfahrzeug und 1 Erkundungsfahrzeug VW 181. Diese Fahrzeuge waren zur Transportsicherung bestimmt.
- b) **Lehrgruppe Sanitäts-Dienst** der KatS-Schule Bayern mit 1 Krankentransportwagen (8-Tragen-Wagen) und 1 Krankentransportwagen (4-Tragen-Wagen) zur sanitätsdienstlichen Versorgung an der Einsatzstelle.
- c) **Sprengkommando der Vertragsfirma** mit 4 Helfern, 1 Lastkraftwagen 3,5 t und 1 Geräte-Kombi zur Ortung, Aufnahme und Bergung der Fundmunition.
- d) **Dekongruppe P eines KatS-ABC-Zuges** mit 1 Zug- oder Gruppenführer und 10 Helfern, die jede Woche ausgewechselt wurde; mit 1 Dekontaminationsmehrzweckfahrzeug, 1 Entgiftungsanhänger, 1 Vorausentgiftungsfahrzeug und 1 Erkundungsfahrzeug VW 181 zur Errichtung und zum Betrieb des Dekon-Platzes. Daneben standen zur fachlichen Beratung der zuständige Toxikologe der Universitätsklinik München Rechts der Isar für die ärztliche Einweisung und Versorgung sowie ein Chemiker des Bayer. Landeskriminalamts für die Beratung in chemischen Fragen zur Verfügung.

Schutzmaßnahmen

Nach den Voruntersuchungen war davon auszugehen, daß eine Gefährdung des gesamten Personals sowohl von den Treibladungen als auch von Lostdämpfen ausgehen konnte. Selbstverständlich mußte die Kontamination von Personen mit noch aktiven Lostresten bei den Räumarbeiten mit Sicherheit verhindert werden. Es war deshalb zunächst notwendig, die mit der Aufnahme der Munition befaßten Personen in den ABC-Schutzanzug einzukleiden. Die Atem-



Die Lostmunition wird in Kunststoffässer gefüllt.

luft mußte laufend auf mögliche Lostverdampfung und der Abraum nach dem Ausklauben der Fundmunition auf noch vorhandene Vergiftung überprüft werden. Im Hinblick auf die Treibladungen in der Munition war die Halde mit dem Greifer, der nur vom Feuerwerker bedient wurde, von oben her vorsichtig abzuräumen, wobei das Räumpersonal jeweils in Deckung zu gehen hatte.

Nach den ersten Einsatztagen stand jedoch fest, daß die Schwarzpulverreste der ehemaligen Treibladungen nicht mehr zündfähig waren. Bei Temperaturen von maximal -8°C am Morgen bis $+15^{\circ}\text{C}$ in der Mittagssonne war außerdem keine Lostverdampfung festzustellen.

Ab und zu kamen Lostreste an der Munition oder in Klumpen zum Vorschein, auf die die Spürmittel sofort ansprachen und die nach künstlicher Erwärmung auf $+40^{\circ}\text{C}$ bis $+50^{\circ}\text{C}$ mit der Kampfstoffspürpumpe (Gas-spürgerät) und dem entsprechenden Prüfröhrchen eindeutig als Zählrestreste auf Schwefelbasis (S-Lost) identifiziert werden konnten.

Nach diesen Erfahrungen wurde das Räumpersonal mit den Spezialstiefeln, der Schutzhose, den Unterziehhandschuhen und den ABC-Schutzhandschuhen des ABC-Schutzanzugs, Schutzhelmen und Schutzbrillen ausgestattet. ABC-Schutzmaske und Jacke des Schutzanzugs brauchten zur Arbeitserleichterung und Verlängerung der einzelnen Einsatzphasen nicht getragen zu werden. Die Munitionsreste wurden grundsätzlich nur mit geeigneten Werkzeugen aufgenommen und in die Kunststoffässer verbracht.

Der Greifer wurde später (nach entsprechender Entgiftung) durch einen Schaufellader ersetzt, der auf dem schmierigen Lehmboden beweglicher operieren und mehr Abraum schneller bewegen konnte.



Die Fässer werden äußerlich entgiftet.

Für etwaige Unfälle stand die Lehrgruppe Sanitäts-Dienst der KatS-Schule Bayern mit der nötigen Ausrüstung und ausreichendem Krankentransportraum bereit.

Allgemeiner Arbeitsablauf

Die Helfer des KatS-ABC-Dienstes errichteten zu Beginn jeder Einsatzwoche den Dekon-Platz mit Dekontaminationsmehrzweckfahrzeug, Auskleide-, Dusch- und Ankleidezelt, trafen die Vorbereitungen zur Entgiftung von Personen und Material und kleide-

ten das vor Ort eingesetzte Räumpersonal ein.

Mit dem Schaufellader wurde die Halde Schaufel für Schaufel abgetragen, der Abraum zur Seite gefahren und ausgekippt.

Dann konnten die stark verrotteten Munitionsreste ausgeklaubt und in die Fässer gefüllt, der Abraum chemisch überprüft und die frei gewordenen Flächen mit der Försterzone auf evtl. noch tiefer liegende Munitionsvorkommen abgesucht werden. Zur Mittagspause und zum täglichen Arbeitende entgifteten die KatS-ABC-Helfer die Schutzanzüge des eingesetzten Personals mit einer Kalziumhyperchloridlösung (Sonderchloralk), spülten sie in der Dusch-einheit des Dekon-Platzes mit klarem, warmem Wasser nach und waren beim Auskleiden behilflich. Je nach Unfall wurden darüber hinaus Fässer, Werkzeuge und Maschinen entgiftet, Transportfahrzeuge mit Fässern beladen und geschlossene Transportkolonnen zusammengestellt.

Die Entgiftungsarbeiten wurden nach den Vorschriften des KatS-ABC-Dienstes durchgeführt.

Ergebnis

Auf einer Fläche von $4\,600\text{ m}^2$ wurden in vierwöchiger Arbeit etwa $5\,000\text{ m}^3$ Boden umgeschichtet und überprüft. Die Ausbeute an Fundmunition füllte 207 Kunststoffässer, davon 34 mit 200 l und 173 mit 120 l Fassungsvermögen. Die Arbeiten konnten ohne Unfall und sonstige Schäden an Personen und Material abgeschlossen werden.

Besondere Schwierigkeiten

Das in diesem Einsatz geräumte Gelände wurde in ostwärtiger Richtung von einer 2 m hohen Erdstufe begrenzt, die mit etwa 20jährigem Bestand an Laub- und Nadelholz bewachsen war. Die Försterzone (besonders empfindliches Minensuchgerät) zeigte in dieser Erdstufe ausgedehnte Metallvorkommen an. Es war jedoch nicht zu unterscheiden, ob die Anzeige von Munition oder von sonstigen Metallrückständen herrührte. Pläne der ehemaligen Munitionsanstalt über die Lagerstätten waren nicht mehr vorhanden. Es war deshalb unumgänglich, die evtl. noch vorhandene Munition zunächst zu orten. Zu diesem Zweck mußte der Bewuchs auf der Erdstufe gerodet werden. Mit der Rodung wurden etwa 40 cm Erdreich abgehoben und damit alle lose

im Boden liegenden Metallteile beseitigt. Sie bestanden zumeist aus Baustahlstücken, die nach der Sprengung der Munitionsbunker im Gelände verstreut worden waren. Die nachfolgende neuerliche Überprüfung mit der Sonde ergab auf einer Fläche von annähernd 3 500 m² drei größere Munitionsvorkommen von je 25 m Länge und 5 m Breite. Sie waren in der verbleibenden Zeit nicht mehr vollständig zu räumen und wurden deshalb nach Beendigung der Räumarbeiten dicht mit Lehm verschlossen, vermessen und ausgeflaggt. Bis zur nächsten Räumphase im Winter 1976/77 ist damit jede Gefährdung der Umgebung ausgeschlossen.

Zusammenfassung

Die Einheiten des ABC-Dienstes des Erweiterten Katastrophenschutzes können mit ihrer STAN-Ausstattung nutzbringend eingesetzt werden. Der Ausbildungsstand der eingesetzten ABC-Kräfte war trotz der erst kurz vorher erfolgten Auslieferung der Dekontaminationsmehrzweckfahrzeuge zufriedenstellend.

Der Einsatz unter Ernstfallbedingungen – wie im vorliegenden Fall – ist für die Ausbildung der Einheiten und Einrichtungen des Erweiterten Katastrophenschutzes von ganz besonderem Nutzen.

Eine einheitliche und straffe Führung



Die dicht verschlossenen Fässer werden zum Transport verladen.

vor Ort ist für eine reibungslose und insbesondere unfallfreie Zusammenarbeit aller Einsatzkräfte unerlässlich. Alle Einsatzkräfte waren mit großem

Interesse, mit Umsicht und Disziplin bei der Sache. Vor allem deswegen konnte eine zunächst schwierig erscheinende Aufgabe gelöst werden.



Die LKW-Kolonnen transportiert die gefährliche Ladung zur Deponie.

Ministerialdirigent Kurt Knop, Innenministerium NRW

Nordrhein-Westfalen regelt den Katastrophenschutz neu

Zum Entwurf des Katastrophenschutzgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat am 24. Juni einen von Innenminister Dr. Hirsch eingebrachten Entwurf für ein Katastrophenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (Landtag-Drucksache 8/1063) in erster Lesung beraten und an den Ausschuß für Innere Verwaltung federführend, den Ausschuß für Kommunalpolitik, Wohnungsbau und Städtebau und den Ausschuß für Landesplanung und Verwaltungsreform mitberatend überwiesen. Dieses Gesetz soll die Richtlinien über Organisation und Durchführung der Katastrophenabwehr ablösen, die ihre Rechtsgrundlage im Ordnungsbehördengesetz (OBG) und dem Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung bei Unglücksfällen und öffentlichen Notständen (FSHG) haben und in den letzten zwei Jahrzehnten für den Katastrophenfall vorgesehen waren.

Die „Kommando-Pyramide“

Der Gesetzentwurf sieht eine klare Kommando-Pyramide vor. An ihrer Spitze steht als oberste Aufsichtsbehörde der Innenminister. Die Regierungspräsidenten führen die Aufsicht über die Katastrophenschutzbehörden der kreisfreien Städte und Kreise und die Oberkreisdirektoren über die örtlichen Katastrophenschutzbehörden der kreisangehörigen Gemeinden. Örtliche Katastrophenschutzbehörden sind die kreisangehörigen Gemeinden, denen der Innenminister die Aufgaben des Katastrophenschutzes durch Rechtsverordnung übertragen hat. Kreiskatastrophenschutzbehörden sind die kreisfreien Städte und Kreise. Landeskatastrophenschutzbehörden sind die Regierungspräsidenten. Der Innenminister ist die oberste Katastrophenschutzbehörde. Die Gemeinden und Kreise nehmen die Aufgabe als Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung wahr.

Vorbereitende Maßnahmen

Großen Raum im Gesetzentwurf nehmen die vorbereitenden Maßnahmen

ein, denn jeder Katastrophenschutz ist nur so gut wie seine Vorbereitung. Die Katastrophenschutzbehörden haben danach umfassende Vorbereitungen für eine rechtzeitige und wirkungsvolle Katastrophenabwehr und die Beseitigung von Katastrophenzuständen zu treffen. Dazu gehören insbesondere:

1. die Errichtung einer Katastrophenschutzleitung (KSL) unter gleichzeitiger Bildung eines Beraterstabes,
2. die Erstellung von Katastrophenschutzplänen, Sonderschutzplänen für besondere Gefahrenobjekte und Gefahrenbeschreibungen über Einrichtungen, von denen wegen ihrer Eigenart Katastrophengefahren ausgehen können,
3. die Erprobung der Zusammenarbeit mit den behördlichen Einheiten und Einrichtungen sowie mit Organisationen, die im Katastrophenschutz mitwirken und insbesondere für eine Katastrophenhilfe in Betracht kommen,
4. die Durchführung von Übungen und Ausbildungsveranstaltungen,
5. die Nutzung der für den Feuerschutz und Rettungsdienst errichteten gemeinsamen Leitstellen auch für den Katastrophenschutz,
6. die Beaufsichtigung der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes.

Alarmierung und Meldung

Im Teil IV des Gesetzentwurfes, der sich mit der Durchführung von Abwehrmaßnahmen befaßt, ist geregelt, daß die zuständige Katastrophenschutzbehörde über die Auslösung des Katastrophenalarms und dessen Aufhebung entscheidet und daß sie unverzüglich alle notwendigen Alarmierungsmaßnahmen veranlaßt. Weiter wird eine Unterrichtungspflicht der Aufgabenträger im Katastrophenfall gesetzlich normiert.

Die Sofortmeldung hat zu enthalten:

1. Ort und Zeit,
2. Ursache, Art und Umfang der Schäden und weitere Gefahren,

3. Sofortmaßnahmen, Kräfte- und Mitteleinsatz,

4. Bedarf an Katastrophenhilfe.

Die Sofortmeldung darf nicht dadurch verzögert werden, daß die hierzu erforderlichen Feststellungen noch nicht vollständig getroffen werden konnten; insoweit ist Nachmeldung zu erstatten.

Leitung und Koordinierung

In einem Einsatzfall hat die Koordinierung aller Maßnahmen einen besonderen Rang. Werden Bezirke mehrerer Katastrophenschutzbehörden von einer Katastrophe betroffen, so kann die gemeinsame Aufsichtsbehörde eine der beteiligten Katastrophenschutzbehörden mit der gemeinsamen Leitung der Abwehrmaßnahmen beauftragen.

Die Aufsichtsbehörden können aber auch die Leitung der Abwehrmaßnahmen ansichziehen, wenn der Erfolg der Abwehrmaßnahmen sonst nicht sichergestellt erscheint. In beiden Fällen wirken die bisher zuständigen Katastrophenschutzbehörden als unterstellte Katastrophenschutzleitungen weiter mit.

Die Katastrophenschutzbehörde hat sich nach dem Gesetzentwurf am Schadensort einer technischen Einsatzleitung (TEL) zu bedienen, deren Leiter sie bestellt. Die technische Einsatzleitung ordnet dann die erforderlichen technischen Einsatzmaßnahmen an. Die Einheiten und Einrichtungen der Katastrophenhilfe führen sodann die erteilten Aufträge der technischen Einsatzleitung selbständig durch. Bis zur Bestellung des Leiters nimmt der zuerst am Schadensort eintreffende Führer einer Katastrophenschutzinheit vorläufig die Aufgaben der technischen Einsatzleitung wahr. Die Aufgaben der Polizei nach § 2 OBG bleiben unberührt.

Verpflichtung zur Hilfe

Zur Katastrophenhilfe sind, wenn nicht die Wahrnehmung dringender eigener Aufgaben vorrangig ist, verpflichtet:

1. die Gemeinden und Gemeindeverbände,
2. die Landesbehörden und Einrichtungen des Landes,
3. die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts,
4. private Hilfsorganisationen, zu deren satzungsmäßigen Aufgaben die Mitwirkung im Katastrophenschutz gehört, jedoch nur dann, wenn sie zur

Mitarbeit im Katastrophenschutz geeignet sind und ihre Bereitschaft zur Mitwirkung dem Land gegenüber erklärt haben.

Aber auch Unbeteiligte, wie z. B. Zuschauer, können nach § 13 des Gesetzentwurfs nach Maßgabe des OBG gezwungen werden, in die Rettungsarbeiten einzugreifen und abgestellte Personenkraftwagen für Rettungsarbeiten zur Verfügung zu stellen. Für die Katastrophenhilfe der Behörden und Einrichtungen des Bundes und der übrigen Länder gelten die Grundsätze der Amtshilfe (Art. 35 des Grundgesetzes).

Die Rechtsverhältnisse der Helfer bei den privaten Hilfsorganisationen richten sich nach den Regelungen ihrer Organisation. Nur im Einsatzfall und bei den von Katastrophenschutzbehörden besonders angeordneten Übungs- und Ausbildungsveranstaltungen richten sich die Ansprüche der Helfer der privaten Hilfsorganisationen sowie ihre arbeits- und sozial-

rechtliche Stellung nach den Vorschriften des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes.

Der Begriff „Katastrophe“

Schließlich ist noch erwähnenswert, daß der Begriff „Katastrophe“ neu gefaßt worden ist, um den Katastrophenschutz von der täglichen kommunalen Gefahrenabwehr nach FSHG und RettG besser abzugrenzen. Eine Katastrophe im Sinne des Gesetzentwurfs ist danach eine durch Naturereignis, Unglücksfall, Explosion oder ähnliches Ereignis verursachte so erhebliche Störung oder unmittelbare Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung, daß sie nur durch Einsatz der für den Katastrophenschutz bereitgehaltenen Einheiten und Einrichtungen von der Katastrophenschutzbehörde beseitigt werden kann. Es müssen Leben oder Gesundheit zahlreicher Menschen, erhebliche Sachwerte oder die lebensnotwendige

Unterkunft oder Versorgung der Bevölkerung unmittelbar gefährdet oder wesentlich beeinträchtigt sein.

Das Hilfspotential

Das Katastrophenschutzgesetz, das ein Planungs- und Organisationsgesetz sein wird, regelt im Katastrophenfall den Einsatz von 78 000 freiwilligen Feuerwehrleuten, 8400 Berufsfeuerwehrleuten, 7700 Betriebs- und Werksfeuerwehrleuten, 6000 Jugendfeuerwehrleuten, 66 000 Helfern der privaten Hilfsorganisationen wie Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Malteser-Hilfsdienst (MHD), Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) und von rund 20 000 Angehörigen des Technischen Hilfswerks (THW).

Feuerwehren, privaten Hilfsorganisationen und dem THW steht insgesamt ein Fahrzeug- und Ausrüstungspotential in einem Neuanschaffungswert von rund 1000 Mill. DM zur Verfügung.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts, ist in Kürze die Stelle eines/r

Fachgebietsleiters/in für Öffentlichkeitsarbeit bei der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg in Stuttgart

zu besetzen.

Anforderungen:

Gesucht wird ein/e Mitarbeiter/in, der/die den Zivil-, Katastrophen- und Selbstschutz durch Ausstellungen, Vorträge, Diskussionen und sonstige PR-Maßnahmen überzeugend darstellen kann. Insbesondere soll er/sie den Kontakt mit Presse, Hörfunk und Fernsehen pflegen. Bewerber mit entsprechenden Fachkenntnissen werden bevorzugt.

Geboten werden:

Vergütung nach Vergütungsgruppe IV a BAT. Zusätzliche Altersversorgung, Beihilfe in Krankheits- und Unterstützung in Notfällen, Zuschuß zum Mittagessen; Trennungsgeld und Umzugskostenvergütung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen. Soweit möglich, ist der Verband bei der Wohnraumbeschaffung behilflich.

Bewerbungen mit ausgefülltem Personalbogen, handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild aus neuester Zeit sowie beglaubigten Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen sind bis zum 15. September 1976 zu richten an den

**Bundesverband für den Selbstschutz
– Bundeshauptstelle –
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41**

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt. Bei hauptamtlich beim Bundesverband für den Selbstschutz beschäftigten Bewerbern genügt formlose Bewerbung.

Hans Günter Klein, Referent beim Landkreistag NRW

Landes-Katastrophenschutzgesetz – Probleme, Bedenken, Anregungen

Stellungnahme des Landkreistags Nordrhein-Westfalen zum neuen Gesetzentwurf

Der Verfasser dieses Beitrages, zuständiger Referent beim Landkreistag Nordrhein-Westfalen, befaßt sich nachstehend mit dem Entwurf des Katastrophenschutzgesetzes des Landes (vgl. auch den vorstehenden Artikel von Ministerialdirigent Knop). Hans Günter Klein nennt die Bedenken und Anregungen des Landkreistags zu dem Gesetz, das derzeit in den Ausschüssen des nordrhein-westfälischen Landtags beraten wird, bevor es in die entscheidende Lesung geht.

Eine organisatorische Verbesserung des Katastrophenschutzes wird begrüßt. Zu dem Gesetzentwurf bestehen jedoch folgende Bedenken: Ein wirksamer Katastrophenschutz setzt eine Straffung und Konzentration der Katastrophenabwehreinheiten und -behörden voraus. Das ist auch bereits in den Leitlinien der Innenministerkonferenz zur Regelung des Katastrophenschutzes vom 20. 6. 1975 zum Ausdruck gekommen. Die Leitlinien empfehlen eine einheitliche Lenkung der Katastrophenabwehrmaßnahmen in der Regel auf Kreisebene. Das entspricht der Zusammenfassung der Zuständigkeiten auf Kreisebene beim Oberkreisdirektor. Der Ausbruch einer Katastrophe dürfte derart in die Fläche wirken, daß innerhalb eines Kreises nur eine Behörde für deren Bekämpfung zuständig sein kann. Eine derartige Zuständigkeitsregelung sieht bereits das Gesetz des Bundes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vor. Es erscheint nicht möglich, im Bereich des friedensmäßigen Katastrophenschutzes nunmehr in Nordrhein-Westfalen eine abweichende Zuständigkeit einzuführen. Die in § 1 Abs. 3 des Gesetzentwurfes

für kreisangehörige Gemeinden vorgesehene Privilegierung hätte zur Folge, daß unter Umständen im Verlaufe einer Katastrophe ein Wechsel in der Zuständigkeit für deren Bekämpfung eintreten müßte, nämlich dann, wenn eine zunächst auf ein Gemeindegebiet beschränkte Katastrophe in das übrige Kreisgebiet übergreift. Es dürfte kein Zweifel bestehen, daß ein derartiger Zuständigkeitswechsel die Katastrophenbekämpfung erschweren muß.

Gegen Zersplitterung der Zuständigkeiten

Es gibt weitere einschneidende Gesichtspunkte gegen die vorgeschlagene Regelung. Der Gesetzentwurf ignoriert eine deutlich sichtbare Konzentrationstendenz für Weisungsaufgaben in der Gesetzgebung des Bundes und des Landes und führt zu einer Zersplitterung eines notwendigerweise einheitlich zu regelnden Aufgabenbereichs. Die Übertragung von Aufgaben auf Gemeinden mit einer bestimmten Leistungskraft würde die Leistungsfähigkeit der betroffenen Kreise für die Katastrophenabwehr in ihrer Substanz nachhaltig beeinträchtigen. Das Modell der Aufgabenübertragung erscheint theoretisch zwar als das flexibelste; bisher hat es sich jedoch als nachteilig erwiesen und ist auch nach dem „Zuständigkeitsbericht Kreis/Gemeinden NW“ der Projektgruppe des Innenministeriums zur Vorbereitung der Funktionalreform für eine Zuständigkeitsverteilung am wenigsten geeignet. Die vorgesehene konkrete Überprüfung der Leistungskraft einer Gemeinde ist als Steuerungsinstrument nach dem Bericht ungeeignet:

„denn sie umfaßt im Grundsatz die periodische Überprüfung des Fortbestehens dieser Leistungskraft, ohne daß in der Verwaltungspraxis die Chance gegeben wäre, bei Veränderung der Ausgangslage hinsichtlich des Arbeitsanfalls oder der administrativen Leistungskraft eine Privilegierung wieder zurückzunehmen. Insbesondere aber führt das Privilegierungsmodell zu einer Zuständigkeitszersplitterung, die dem Ziel der Funktionalreform, eine größere Transparenz der Zuständigkeitsregelungen herzustellen, zuwiderläuft.“

Aufgaben der Kreise

Gerade die Katastrophenabwehr in den Kreisen wird sowohl vom Bund als auch von der Innenministerkonferenz – der Verfasser verweist hierzu ausdrücklich auf Regelung in anderen Bundesländern – als eine originäre Kreisaufgabe gesehen, die aus der Sicht des Bürgers im Frieden und im Verteidigungsfall eine einheitliche Zuständigkeitsregelung verlangt. Die Kreise sind nach der Neugliederung in der Lage, diese Aufgaben angemessen zu erfüllen und haben dafür bereits Vorsorgeplanungen getroffen. Für die ungeschmälerzte Zuständigkeit der nordrhein-westfälischen Kreise spricht auch der Bündelungseffekt der Behörde des Oberkreisdirektors, der über qualifizierte Mitarbeiter für die verschiedensten Fachbereiche des Katastrophenschutzes (Gesundheitswesen, Bauwesen, Verkehrswesen u. ä.), des Rettungsdienstes, des Feuerschutzes, der Polizei u. a. verfügt. Bei kreisangehörigen Gemeinden liegen nach Arbeitsanfall und Personal Ausstattung die Verhältnisse sehr un-

terschiedlich. Die Übertragung des Katastrophenschutzes würde bei ihnen einen quantitativ und qualitativ ausgestatteten Verwaltungsapparat erfordern, den sie kaum finanziell tragen und arbeitsmäßig auslasten könnten, da der Katastrophenschutz ausreichende Sachkunde und Spezialisierung von Bediensteten voraussetzt. Sie müßten in der Regel sich einen solchen Apparat neu schaffen und würden zwangsläufig den der Kreise schwächen.

Wirtschaftliche Aspekte

Bei der Überprüfung der vorgeschlagenen Regelung sollten auch wirtschaftliche Gesichtspunkte hinsichtlich der Kosten für eine sachgerechte Aufgabenerfüllung, verbunden mit dem Aspekt der Auslastbarkeit dieses Apparates, im Bereich sowohl der Gemeinden als auch der Kreise hinsichtlich der verbleibenden Zuständigkeiten eingehend berücksichtigt werden. Dabei muß insbesondere auch für die Restgebiete des Kreises eine ausreichende Wirtschaftlichkeit erhalten bleiben. Der Aufbau eines Katastrophenschutzes bei kreisangehörigen Gemeinden dürfte im übrigen auch eine Verstärkung der freiwilligen Hilfsorganisationen, zumindest deren Umgliederung, voraussetzen. Bisher haben diese auf Kreisebene durch entsprechenden Kräfteausgleich einen ausreichenden Katastrophenschutz in den verschiedenen Fachdiensten zusammen mit den Oberkreisdirektoren sicherstellen können. Kreisangehörige Gemeinden als Katastrophenschutzbehörden würden die bisher getroffenen Planungen verändern und zu unerwünschten Lücken für einen flächendeckenden Katastrophenschutz in den Kreisen führen. Außerdem träten unerwünschte Schwierigkeiten bei einer unterschiedlichen Zuständigkeit der Katastrophenschutzbehörden bei Einsätzen, Übungen und Ausbildungsveranstaltungen der Hilfsorganisationen im friedensmäßigen und erweiterten Katastrophenschutz auf. Der Verfasser ist deshalb der Meinung, daß einer sinnvoll gebündelten Aufgabenzuweisung an die Kreise unter Vermeidung einer Zuständigkeitszersplitterung Vorrang gegeben werden sollte. Einer klaren Verantwortungsabgrenzung gebührt Vorrang vor der vorgesehenen Form der Privilegierungsmöglichkeit. Der Verfasser schlägt deshalb in Anlehnung an die RKA vor, als eine Kata-

strophe lediglich eine solche unmittelbare Gefährdung oder Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu bezeichnen, die wegen ihres Umfangs nur durch überörtliche Maßnahmen beseitigt werden kann. Die Zuständigkeit der Gemeinden als örtliche Ordnungsbehörden zur Abwehr von Gefahren nach §§ 1, 4 OBG, die keine Katastrophen im Sinne dieses Gesetzes sind, sollte unberührt bleiben. Durch eine Weisung nach § 9 (2) OBG sollten die örtlichen Ordnungsbehörden jedoch angehalten werden, vorbereitende Maßnahmen (Gefahrenabwehrpläne und Gemeindefeinsatzleitungen) zur Bekämpfung von Gefahren und Störungen zu treffen und diese Maßnahmen den Kreisen mitzuteilen. Die in § 1 Abs. 3 des Gesetzentwurfes vorgesehene Privilegierung sollte gestrichen werden.

Das verstärkte Weisungsrecht

Ein weiteres Problem dürfte das in § 6 vorgesehene verstärkte Weisungsrecht darstellen. Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung stellen ein Rechtsinstitut dar, das der ausschließlichen Wahrnehmungszuständigkeit der kommunalen Selbstverwaltungsträger unterliegt, während die Erfüllungsverantwortung auf staatliche und kommunale Stellen verteilt ist, d. h. der Staat hat auf das Recht zur kommunalen Ermessensbetätigung Rücksicht zu nehmen. Die Aufsichtsbehörden haben deshalb in besonderem Maße der kommunalen Gestaltungsfreiheit Rechnung zu tragen. Dieses durch Art. 28 (2) GG und Art. 78 Abs. 1 und 2 LVerf NW mitgeschützte kommunale „Selbstbestimmungsrecht“ setzt eine restriktive Handhabung gesetzlich angeordneter Weisungsbefugnisse voraus (Prinzip des Interventionsminimums). Eine umfassende landeseinheitliche Weisung um den Preis kommunaler Ermessenbindung wäre eindeutig rechtswidrig. Das staatliche Weisungsrecht ist deshalb im Regelfall auf allgemeine Weisungen beschränkt, die z. T. gegenständlich näher umschrieben werden. Nur in Ausnahmefällen sind auch Einzelweisungen zugelassen. Soweit diese geboten erscheinen, sind für die Grenzbestimmung im Rahmen einer gesetzlichen Ausgestaltung des Weisungsrechts und der Eigenart der spezifischen Aufgabenstellung Sachnotwendigkeiten und der Grundsatz des staatlichen Interventionsminimums zu berücksichtigen.

Das vorgesehene Weisungsrecht dürfte dem Aufgabenbereich der staatlichen Auftragsverwaltung zuzuordnen sein. Die Innenministerkonferenz hat offenbar auch die Katastrophenschutzaufgaben diesem Bereich zugeschrieben. Bei Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung dürfte ein so weitgehendes verstärktes Weisungsrecht hingegen nicht zulässig sein. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Bestimmung sollte deshalb überprüft und sie sollte ggf. gestrichen werden.

Unbefriedigende finanzielle Regelungen

Unbefriedigend sind die finanziellen Regelungen des Gesetzentwurfes. Der Entwurf enthält in dem § 17 – Katastrophenschutzleitung –, § 18 – Katastrophenschutzplan – und § 23 – Personenauskunfts- und Schadensmeldestelle – Bestimmungen, die bisher zwar in den Richtlinien für die Katastrophenabwehr geregelt waren, jedoch in den Vorschriften des OBG fehlten. Die Richtlinien für die Katastrophenabwehr dürften auch nicht den Charakter einer allgemeinen Weisung nach dem OBG haben, weil dazu im OBG entsprechende Rahmenvorschriften fehlen. Die Richtlinien dürften vielmehr nur empfehlende Hinweise geben. Insoweit sind die nach den Richtlinien bisher zu treffenden Maßnahmen auch nur freiwilliger Art. Wenn sie nunmehr in Pflichtaufgaben umgewandelt werden, müßte nach Auffassung des Verfassers eine Kostenregelung nach Art. 78 (3) Landesverfassung und § 2 (2) KrO erfolgen. Das Hineinwachsen bisher weitgehend freiwilliger Maßnahmen in den Bereich der Pflichtaufgaben dürfte die sogenannte freie Spitze der kommunalen Finanzen und damit die finanzielle Eigenständigkeit der kommunalen Gebietskörperschaften weiter eingrenzen. Damit würde das Recht der Kommunen auf Selbstverwaltung nach Art. 28 GG berührt. Der Landtag sollte bei der Beratung des Gesetzentwurfes eine finanzielle Abgeltung der durch das Gesetz verursachten zusätzlichen Kosten vorsehen bzw. das Gesetzvorhaben zunächst so lange zurückstellen, bis sich die Finanzlage sowohl des Landes als auch der Kreise und Gemeinden konsolidiert hat und durch Landeszuwendungen bei den Kreisen und Gemeinden ein Kostenausgleich für die neuen gesetzlichen Verpflichtungen erfolgen kann.

Technischer Unfall in norditalienischem Chemiewerk

Die Giftgas-Katastrophe in Seveso

Dekontaminierung des betroffenen Gebietes erscheint unlösbar

Noch sind die Folgen der Katastrophe nicht absehbar, die etwa vier Kilogramm des Giftstoffes TCDD in der norditalienischen Industriestadt Seveso vor den Toren Mailands verursachte. Am Mittag des 10. Juli war dem Kessel einer chemischen Fabrik in der 15 000 Einwohner zählenden Stadt eine Giftwolke entwichen. Die Wolke bewegte sich langsam in Richtung Süden und ging auf benachbarten Feldern nieder. Dabei entwickelte sich das Gas zu Tetrachlor-Dibenzo-Dioxin.

Die ersten Reaktionen zeigten sich nach vier Tagen: Vögel fielen tot von den Dächern, kleinere Haustiere erkrankten und verendeten. Kinder wurden von der Chlor-Akne befallen, die Haut rötete sich und schwoll beträchtlich an.

Panik unter der Bevölkerung

Die widersprüchlichen Schilderungen des Sachverhaltes lösten eine Panik unter der Bevölkerung aus, nachdem eine 35jährige Frau aus der betroffenen Gemeinde vermutlich an den Folgen der Vergiftung gestorben war. Nach den offiziellen Ermittlungen war bei dem thermodynamischen Produk-

tionsverfahren das gefährliche Nebenprodukt TCDD entwichen. Durch einen Ventil-Defekt an der Produktionsanlage wurde der Giftstoff frei. Betriebsunfälle mit TCDD hatten bisher lediglich Hautausschläge bei den Betroffenen verursacht. Nach den Forschungsergebnissen der Wissenschaftler kann das Gift jedoch beim Überschreiten eines Grenzwertes Mißbildungen bei ungeborenen Kindern hervorrufen und sogar Menschen und Tiere töten. Die Behörden reagierten besorgt: Der Grenzbereich zur Fabrik wurde mit Stacheldraht abgeriegelt und zur Sperrzone erklärt. Die Bewohner durften nur das mitnehmen, was sie auf dem Körper trugen. Insgesamt über 700 Personen wurden evakuiert.

Die Symptome

30 Personen mußten mit Hautausschlägen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Außerdem stellten sich bei mehreren Personen Leber- und Nervenschmerzen ein. Die Behörden warnten die Bevölkerung vor dem Genuß der Feldfrüchte von den Ländereien rund um die Fabrik. Dennoch wurde berichtet, daß diese auf großen Plakaten veröffentlichten Anordnun-

gen nicht immer konsequent beachtet wurden. Groß war der Andrang bei den Ambulatorien, wo sich die Menschen auf ihren Gesundheitszustand untersuchen ließen.

Hilfsangebote aus aller Welt

Hilfsangebote trafen inzwischen aus aller Welt ein. Nach den wissenschaftlichen Feststellungen kann der Giftstoff kaum vernichtet werden. Deshalb gilt bei den Fachleuten eine Entgiftung des Gebietes als äußerst schwierig, wenn nicht unmöglich, zumal der Giftstoff über Jahre hinaus wirksam bleiben soll und auch mit Wasser nicht zu entfernen ist. Das Vorhaben, das Areal der Sperrzone um die Fabrikanlage mit Napalm zu verbrennen, mußte wieder aufgegeben werden, denn es wurde befürchtet, daß sich unter der enormen Hitzeentwicklung neue Giftstoffe entwickeln könnten. Nun wollen die italienischen Behörden alles vernichten, das durch das TCDD verseucht wurde. Selbst der Boden soll abgeräumt werden. Mit Speziallampen für ultraviolette Strahlen will man versuchen, den Giftstoff unschädlich zu machen.

Entlaubungsmittel in Vietnam

Der Giftstoff Tetrachlor-Dibenzo-Dioxin ist auch als Entlaubungsmittel im Vietnamkrieg eingesetzt worden. Dort waren die gleichen Symptome bei den Einsätzen aufgetreten, die nun wieder in Seveso beobachtet wurden: Die Pflanzen starben ohne Ausnahme ab, auch Hartholzbäume. Das Vieh verendete, die Menschen litten unter Übelkeit, Durchfall und Atemnot. In schweren Fällen traten Erblindung, bei schwangeren Frauen Tot- oder Frühgeburten ein. So helfen in Italien auch Spezialisten der amerikanischen und italienischen Armee. Die Soldaten der ABC-Spezialeinheiten sollen versuchen, das verseuchte Gebiet zu dekontaminieren und vor allem die 5000 Kilogramm Chlor beseitigen, die noch in der Produktionsanlage des Chemiewerkes lagern.



Eine totale Evakuierung der Sperrzone im Umkreis von 800 Metern von dem chemischen Werk in Seveso wurde von den Behörden angeordnet. Insgesamt mußten 700 Personen ihre Wohnungen aufgeben. Die Fabrik wurde geschlossen.

Preisausschreiben!

Gesucht wird:

Die lebendigste Reportage

Jugendliche schreiben über den Selbstschutz

Tag für Tag geraten Menschen in Gefahr. Zuhause, am Arbeitsplatz oder unterwegs werden sie von Unheil bedroht. Menschliches Versagen löst oft schlimme Folgen auch für viele Unbeteiligte aus. Naturkatastrophen überraschen Tausende von Menschen und stürzen sie plötzlich in Not und Bedrängnis.

Immer wieder müssen wir es in den Zeitungen lesen und im Fernsehen fast unmittelbar miterleben, wie Mitmenschen von einem Augenblick zum andern auf Schutz und Hilfe angewiesen sind. Das beweist stets aufs

neue, wie wichtig es ist, daß man sich vorbeugend gegen alle denkbaren Gefahren des Alltags wappnet, und wie wichtig es ist, sich selbst und anderen helfen zu können.

Dieses Preis Ausschreiben für Jugendliche, bei dem es um die lebendigste Reportage über den Selbstschutz geht, soll dazu anregen, sich über die möglichen Gefahrenquellen, über die entsprechenden Schutz- und Rettungsmaßnahmen und über die vielen freiwilligen Helfer des Katastrophenschutzes Gedanken zu machen.



Man kann keine Reportage schreiben, wenn man nicht weiß, worum es geht.

Also:

Unter Selbstschutz versteht man alle vorbeugenden und abwehrenden Maßnahmen, die der einzelne und die Gemeinschaft ergreifen können, um Schäden an Leben, Gesundheit und Besitz zu mildern oder zu beseitigen, die durch Unglücksfälle, Katastrophen oder Waffeneinwirkungen erwachsen können.

Selbstschutz betreiben ist auch humanitär, weil er dem in Not geratenen Nächsten Schutz und Hilfe bringt.

Selbstschutz ist nicht nur eine Sache des einzelnen Bürgers, die seinem eigenen Interesse dient; Selbstschutz ist auch eine Sache der Gemeinschaft. Sie umfaßt alle Selbsthilfe- und Schutzmaßnahmen, die sowohl der einzelne, als auch die Gemeinschaft aus eigener Kraft gegen die sie bedrohenden Gefahren leisten. Der Selbstschutz erstreckt sich auf vorbeugende und unmittelbar schützende Maßnahmen sowie Hilfeleistungen nach Eintritt von Schäden.

Um in länger andauernden Not- und Gefahrensituationen weiterleben zu können, sollte man z. B. eine Lebensmittelreserve unterhalten. Grundsätzlich sollen die häuslichen Vorräte für 14 Tage ausreichen. Aber auch Wasserbehälter müssen beschafft werden, damit im Ernstfall Trink- oder Löschwasser zur Verfügung steht.

Das Erkennen und Nutzen vorhandener Schutzmöglichkeiten und deren Verbesserung und Ergänzung zählen ebenso zu den vorbeugenden Maßnahmen, wie die Beseitigung von Gefahrenquellen und die Beschaffung oder Bereitstellung von Schutz- und Rettungsgeräten. Schaufel, Hacke, Brechstange, Einstellspritze und Wasser-schlauch gehören wie der Verbandkasten, der auch für den Kraftwagen vorgeschrieben ist, dazu.

Unmittelbar schützende Maßnahmen kann man nur ergreifen, wenn man sie erlernt hat. Sie bestehen im selbstschutzmäßigen Verhalten bei plötzlich eintretender Gefahr. Dieses richtige Verhalten lernt man im Selbstschutz-grundlehrgang.

Breit ist die Skala all jener Maßnahmen, die zur Hilfeleistung nach eingetretenen Schäden ergriffen werden können. An ihrer Spitze steht die erste Versorgung Verletzter oder hilfsbedürftiger Personen und deren Transport aus dem Gefahrenbereich.

Auch die Rettung eingeschlossener oder verschütteter Personen gehört genauso dazu wie die Bekämpfung von Entstehungsbränden und die Verhinderung der Ausdehnung größerer Brände. Dies insbesondere dann, wenn Menschenleben in Gefahr sind.

Eine Gefahrenlage richtig beurteilen und melden, lebenswichtige Güter, vornehmlich Lebensmittel bergen, Nutzvieh versorgen und alle Maßnahmen zum Weiterleben bis zum Einsetzen einer geregelten Versorgung ergreifen, dies alles gehört gleichfalls zu den Hilfeleistungen nach eingetretenen Schäden.

Selbstschutzmaßnahmen geschehen freiwillig. Sie sind der freien Verant-

Im Dienst an der Gemeinschaft

wortung der Bürger überlassen. Der Staat unterstützt das Bemühen des einzelnen dadurch, daß er die Gemeinden verpflichtet, im Frieden diesen Selbstschutz aufzubauen und zu fördern. Im Verteidigungsfall übernimmt die Gemeinde die Leitung des Selbstschutzes.

Außerdem hat der Staat sein Engagement im Katastrophenschutz verstärkt, damit dessen Einheiten und Einrichtungen nicht nur im Frieden, sondern auch im Verteidigungsfall tätig werden können. Die personelle Basis für die Fachdienste des Katastrophenschutzes bilden der Arbeiter-Samariterbund, die

Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft, das Deutsche Rote Kreuz, die Feuerwehren, die Johanniter-Unfallhilfe, der Malteser-Hilfsdienst und das Technische Hilfswerk.

Der Bundesverband für den Selbstschutz ist keine aktiv mitwirkende Katastrophenschutzorganisation. Er klärt die Bevölkerung über die Wirkung von Angriffswaffen und Schutzmöglichkeiten auf, insbesondere über Aufgaben und Maßnahmen des Selbstschutzes. Er unterstützt die Gemeinden und Landkreise, Behörden und Betriebe bei der Unterrichtung und Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz.



Wenn trotz aller Vorsicht ein schwerer Unfall passiert ist, sind Selbsthilfemaßnahmen oft von lebensrettender Bedeutung. Dann ist es gut zu wissen, welche Sofortmaßnahmen am Unfallort ergriffen werden müssen, bevor Notarzt, Krankenwagen oder der Rettungshubschrauber des Katastrophenschutzes zur Stelle sein können.

Großbrand zerstörte wertvolle Altstadtsubstanz

Familie mit Kindern im Flammenmeer eingeschlossen

Neustadt (Eig. Bericht) — In den späten Nachmittagsstunden des gestrigen Donnerstag ist in dem historischen Altstadtviertel von Neustadt ein Großfeuer ausgebrochen. Die Ursachen sind bisher noch nicht bekannt. Bei Redaktionsschluß konnte das Feuer zwar auf den Häuserblock eingeschränkt werden, der von Marktplatz, Rathausgasse, Tor- und Brückenstraße umgrenzt wird. Der Brand selbst war jedoch noch nicht völlig unter Kontrolle gebracht.

Vor allem war es den Feuerwehren — außer der städtischen Berufswehr befanden sich sechs Züge freiwilliger Feuerwehren aus der Umgebung im Einsatz

— noch nicht gelungen, die im vierten Stock des Hauses Brückenstraße 4 wohnende Familie S. mit vier schulpflichtigen Kindern zu bergen.

Zwar war die Familienwohnung nicht so sehr unmittelbar durch Flammen bedroht. Doch herrschte höchste Gefahr für das Leben der sechs Menschen, weil das Haus wegen der Windrichtung ständig der erheblichen Rauch- und Qualmentwicklung ausgesetzt war.

Bürgermeister Schmitz sagte am Brandort allen betroffenen Bürgern die schnelle und unbürokratische Hilfe der Stadt zu.



„Elbe-Kurier“ (EK)

Bauernhöfe durch Hochwasser noch immer abgeschlossen

Betroffene vorläufig auf Selbsthilfe angewiesen.

M. T. Hamburg — Der Schaden, den die gestern aufgekommene neue Flutwelle an der Nordseeküste angerichtet hat, ist noch immer bei weitem nicht annähernd abzusehen. Zwar steigt das Hochwasser zur Zeit nicht mehr weiter, doch schließen die zuständigen Behörden keineswegs aus, daß noch einmal höchste Alarmstufe gegeben werden muß.

Neben den Einheiten des Katastrophenschutzes — Arbeiter-Samariterbund, Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft, Deutsches Rotes Kreuz, Feuerwehr, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser-Hilfsdienst, Technisches Hilfswerk und anderen Organisationen — sind Verbände der Bundeswehr im pausenlosen Einsatz im Überschwemmungsgebiet entlang der Küste und an den Elbdeichen.

Die Hilfs- und Rettungsmaßnahmen konzentrieren sich weiterhin vor allem auf jene sechs Bereiche, in denen Deichbrüche nicht zu verhindern waren.

Da wegen des Ausmaßes des Hochwassers und trotz umfassender Anstrengungen nicht genügend Hilfskräfte zur Verfügung stehen, konnten die Hilfsmaßnahmen noch nicht auf alle überschwemmten Bereiche ausgedehnt werden. Hubschrauberpiloten meldeten, daß an der Elbe mehrere Bauernhöfe durch die Fluten eingeschlossen und noch immer ohne Kontakt zur Außenwelt sind.

Da diese Bauernhöfe auf kleinen Anhöhen liegen, besteht für sie noch nicht äußerste Gefahr. Sie können vorläufig noch selbst für sich und ihr Vieh sorgen, weil das Wasser Haus und Stallungen noch nicht erreicht hat.



„Südhessische Nachrichten“ (SN)

Autobahnnebel führte zu Massenkarambolage

Fahrstreifen glichen einem Schlachtfeld

Darmstadt (Ka) — Eine Massenkarambolage größten Ausmaßes ereignete sich gestern in den späten Nachmittagsstunden auf der Autobahn Frankfurt—Basel südlich von Darmstadt. Plötzlich aufkommender Bodennebel hatte stellenweise die Sichtweite auf weniger als 50 Meter verringert. Weil trotzdem zahlreiche Autofahrer das Tempo kaum verlangsamten, kam es in rascher Folge zu dem verheerenden Massenunfall. Bei Redaktionsschluß war nicht zu erfahren, wie viele Fahrzeuge daran beteiligt waren. Ein Polizeisprecher sagte lediglich, man müsse damit rechnen, daß mindestens 70 Fahrzeuge, unter ihnen schätzungsweise 15 Lastkraftwagen, im Nebel aufeinandergefahren seien.

Schon kurz nach dem ersten Zusammenstoß hatten Unfallbeteiligte die Polizei, Feuerwehr und Rettungswagen alarmiert. Aus den umliegenden Ortschaften wurden alle verfügbaren Hilfskräfte zusammengezogen, weil mit weit über 100 Verletzten gerechnet wurde. In den Krankenhäusern bereiteten sich die Unfallnotdienste auf Operationen vor.

Da die Autobahn auf dem Unfallabschnitt außerordentlich stark von Tankfahrzeugen befahren wird, bestand erhöhte Explosions- und Brandgefahr. Die Unfallstelle wurde daher auf beiden Fahrbahnen für den gesamten Verkehr gesperrt.



Alles über den



Die Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler wurde am 24. Oktober 1975 eingeweiht.

Reportagewettbewerb

Die Aufgabe

Es soll eine Reportage geschrieben werden, die an einen der drei Zeitungsberichte auf der vorhergehenden Seite anknüpft. Diese drei Berichte sind erfunden, sie könnten aber wahr sein. Auch die einzusendenden Reportagen stellen Anforderungen nicht nur an Kenntnisse über den Selbstschutz und einen guten Informationsstand, sondern auch an die Phantasie; dennoch müssen sie wahr sein können. Also: nicht Science-fiction ist gefragt, sondern eine realistische Darstellung der Situation der Betroffenen und wie sie sich zunächst selbst geholfen haben.

Der Ansatz

Es kommt darauf an, sich in die Rolle eines Reporters zu versetzen und entweder ein Interview mit einem Betroffenen zu machen oder eine Reportage über ihn zu schreiben. Auf jeden Fall soll dem Leser verdeutlicht werden, wie sich ein von einer Katastrophe heimgesuchter Bürger in der bedrohlichen Situation selbst zu helfen versucht und auch tatsächlich selbst geholfen hat. Das heißt:

Durch eine Reportage oder ein Interview soll berichtet werden,

- wie sich die Familie S. bis zur Hilfe durch die Feuerwehr selbst vor Feuer, Rauch und Qualm geschützt hat,
- wie sich eine vom Hochwasser eingeschlossene Bauernfamilie selbst geschützt hat, solange sie noch ohne die Hilfe von Rettungseinheiten war,
- oder welche ersten Maßnahmen am Unfallort auf der Autobahn durch Beteiligte ergriffen wurden, bis

schließlich die Rettungs- und Versorgungsarbeiten der Einsatzorganisationen beginnen konnten.

Natürlich kann jeder Einsender auch mehrere Reportagen einreichen. Jede Reportage sollte nicht mehr als 5 DIN-A-4-Seiten umfassen.

Teilnehmer

Mitmachen können alle Jugendlichen in Schule und Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland. Ausgenommen sind alle Angehörigen der Mitarbeiter der Bundeshauptstelle und der Bundesschule des Bundesverbandes für den Selbstschutz. Jede Einsendung muß deutlich durch Namen, Alter, Beruf, Anschrift und jeweiliges Bundesland kenntlich gemacht sein.

Einsendeschluß

Einsendeschluß ist der 30. November 1976 (Poststempel). Die Einsendungen erfolgen an die Anschrift: **BVS-Wettbewerb, Postfach, 5300 Bonn 1.**

Bedingungen

Mit seiner Einsendung unterwirft sich jeder Teilnehmer der Entscheidung der Jury. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Urheberrechte an allen eingesandten Arbeiten gehen in das Eigentum des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) über.

Die Gewinner

Die 20 besten Einsendungen werden prämiert. Und zwar erhält der

1. Gewinner 2000,- DM

2. Gewinner 1000,- DM

3. Gewinner 500,- DM

Der vierte bis zwanzigste Gewinner erhält jeweils 100,- DM. Die zwanzig Sieger werden darüber hinaus zu einer Reise nach Ahrweiler eingeladen. Dort nehmen sie an einer Veranstaltung des BVS in der Katastrophenschutzschule des Bundes teil.

Die Namen der zwanzig Gewinner werden im ZS-Magazin veröffentlicht. Alle Gewinner erhalten ihre Preise unmittelbar nach der Entscheidung durch die Jury übermittelt.

Gesamtpersonalrat informiert sich

Der Gesamtpersonalrat der Stadtverwaltung Bremerhaven trat zu einer Routine-Sitzung im BVS-Zentrum der Seestadt zusammen. Nach Begrüßung der über 20 Gäste informierte der Leiter des Zivilschutzamtes, Seiferth, über seinen Aufgabenbereich.

Dienststellenleiter Eckhoff stellte in seinen Ausführungen heraus, daß bereits im Dezember 1972 die BVS-Dienststelle Bremerhaven für die Unterrichtung und Ausbildung im Selbstschutz der Bevölkerung vom Oberbürgermeister herangezogen worden sei. Nach Vorführung des Films „Schutzbündnis“ sagte Eckhoff: „Katastrophen und Notfälle können urplötzlich über uns hereinbrechen. Zur Abwehr sind moderne und leistungsfähige Geräte unentbehrlich. Dazu brauchen wir aber Helfer, die dieses Gerät zu bedienen und zu benutzen wissen. Daher müssen sie gut ausgebildet werden. Daß alles Geld kostet, sollte aber kein Grund sein, nichts zu tun; denn Unterlassungen müßten vielleicht einmal schwer durch den Verlust von vielen Menschen bezahlt werden.“ Mit einer Übersicht über die Öffentlichkeitsarbeit des BVS schloß Eckhoff die Veranstaltung, nicht ohne auf die im Stadthaus aufgebaute BVS-Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ hinzuweisen.

Mehr Hausschutzräume gefordert

Mitglieder des Arbeitskreises „Sicherheitspolitik“ in der SPD-Landesorganisation waren Gäste einer Vortragsveranstaltung der BVS-Landes-

stelle in der Katastrophenschutzschule Bremen.

Nach Vorträgen über „Aufgaben des BVS“ und „Wesen und Aufgabe des Selbstschutzes“ ging es anschließend in einer regen Diskussion über Fragen des Zivilschutzes speziell um den Schutzraumbau. Insbesondere die Errichtung von Hausschutzräumen in Wohngebieten oder ihr späterer Einbau sollte Interessenten – friedensmäßige Nutzung als Vorrats-, Trimm-, Hobby- oder Freizeitraum – bewußt angeboten werden. Landesstellenleiter Diethelm Singer, m. d. W. d. G. b., dankte allen Teilnehmern für ihre Diskussionsbeiträge und wies darauf hin, daß unter Selbstschutz ein aus humanitärer Verantwortung heraus organisierter Selbsterhaltungswille der Bevölkerung zu verstehen ist, wobei jeder nach seinen Kräften und Fähigkeiten bereit ist, sich selbst und seine Mitmenschen zu schützen, sich selbst und seinen Mitmenschen zu helfen, damit Hilfe kein Zufall bleibt.

Helfer-Initiative

Nach einer ausführlichen Berichterstattung über die Aufgaben des BVS in den Bremer Nachrichten schrieb die BVS-Helferin Brigitte Schäfer, Dienststelle Bremen, einen Leserbrief, dessen Text in der Zeitung abgedruckt wurde:

„Es ist erfreulich, daß so viele Einrichtungen und Organisationen vorhanden sind, in denen Bürger (leider immer noch sehr wenige) aus humanitärer Verantwortung heraus bereit sind, in Not- und Gefahrensituationen zu helfen. Der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS), dem ich als ehrenamtliche Helferin seit Oktober 1963 angehöre, hat vom Gesetz

her die Aufgabe, Öffentlichkeitsarbeit für den Zivil- und Katastrophenschutz durchzuführen und sorgt für die Ausbildung der Bevölkerung in Selbstschutzgrundlehrgängen. Daher möchte auch ich interessierte Bürger ermutigen, beim BVS mitzuarbeiten, damit Hilfe kein Zufall bleibt.

Brigitte Schäfer, Bremen“

Zivilschutz-Informationen

In der geräumigen Schalterhalle der AOK Bremen zeigt die BVS-Dienststelle für 3 Wochen die neue Ausstellung „Zivilschutz“; eine verkleinerte Nachbildung der zur Fahrbaren Zivilschutz-Ausstellung gehörenden Tafelausstellung. Für Interessenten liegen zahlreiche Informationsunterlagen zum Mitnehmen aus. Die Tafelausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ wurde für 2 Wochen in der Eingangshalle des Dienstgebäudes Senator für Inneres, Bremen, Contrescarpe, aufgebaut, damit neben den Besuchern dieser Behörde auch Mitarbeiter der senatorischen Dienststelle Gelegenheit haben, Organisation und Aufgaben des Zivilschutzes näher kennenzulernen.

In neuen Diensträumen

Nach dem Umzug der Landes- und Dienststelle Bremen fand die erste Arbeitsgemeinschaft der BVS-Mitarbeiter der Dienststelle Bremen in den neuen Diensträumen, Bürgermeister-Smidt-Straße 49/51, statt. Trotz sommerlicher Temperaturen nahmen zahlreiche Helferinnen und Helfer daran teil. Es ging um den Selbstschutzgrundlehrgang neuer Fassung (ab 1. 1. 1977) und Interpretation von Ausstellungstafeln.

Zwischen Nord- und Ostsee

Kiel. Am 1. und 2. Juni führte der BVS in einem Sitzungssaal der Landesregierung für Behördenleiter und Behördenselbstschutzleiter je eine Informationstagung durch. Die BVS-

Dienststelle Kiel, die mit der technischen Seite der Durchführung beauftragt war, erhielt 100 Anmeldungen von fast allen großen Behörden Kiels. Landesstellenleiter Beiter konnte zu jeder der beiden Tagungen fast 50 Teilnehmer begrüßen. Bei den anschließenden Referaten

„Zivilverteidigung – Zivilschutz – Katastrophenschutz – Selbstschutz, eine Darlegung der Zusammenhänge“ von BVS-Fachgebietsleiter Hoberg sowie „Die Gefahren für die Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall“ vom BVS-Bereichsbeauftragten Helmut Koch-Vollstedt kam es immer wieder

zu längeren Aussprachen. BVS-Dienststellenleiter Dieter Restorf (Lübeck) referierte nachmittags über „Die Behördenselbstschutz-Aufgaben und Möglichkeiten“.

Bei den Diskussionen klang vor allem immer wieder an, daß es teilweise recht schwierig ist, Einsicht in Selbstschutzmaßnahmen zu erreichen. Darum ging Landesstellenleiter Beiter in seinem Abschlußreferat „Der BVS und seine Unterstützungsmöglichkeiten für den Behördenselbstschutz“ besonders darauf ein, wie man in den Behörden zunächst einmal die Einsicht in die Notwendigkeit des Behördenselbstschutzes wecken und vertiefen kann.

In beiden Seminaren konnte BVS-Dienststellenleiter Busch neue Kontakte knüpfen. Die Teilnehmer waren sich darüber einig, daß auf dem Gebiet des Behördenselbstschutzes noch erhebliche Anstrengungen zu machen seien, bis der erforderliche Stand erreicht ist. Daß diese Meinung bei vielen Behörden ernst genommen wird, sieht die BVS-Dienststelle und -Landesstelle in den Anfragen und Anforderungen, die nach diesen beiden Seminaren jetzt an den BVS gestellt werden.

Husum. Am 9. Juni führte der BVS in Verbindung mit dem Landrat im Sitzungssaal der Kreisverwaltung eine Informationstagung „Selbstschutz – Aufgabe der Gemeinden“ mit den Hauptverwaltungsbeamten und den büroleitenden Beamten der Städte und Gemeinden des Kreises Nordfriesland durch. Der Leiter des Amtes für Zivil- und Katastrophenschutz, Peters, konnte über 40 Teilnehmer begrüßen. BVS-Landesstellenleiter Beiter gab der Hoffnung Ausdruck, daß diese Tagung vor allem auch Verständnis um die Belange der zivilen Verteidigung und des Selbstschutzes bei den Anwesenden

erwecke. Beiter hob hervor, daß er wisse, daß im täglichen Tagesablauf in den Gemeinden und Städten für den Selbstschutz- und Zivilschutzgedanken nicht sehr viel Zeit übrig bleibe.

BVS-Fachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit Hoberg erlebte danach in seinem Referat, daß die Nordfriesen gar nicht so wortkarg sind, denn es kam immer wieder zu teilweise heftigen Diskussionen. Die gleiche Erfahrung machte auch Regierungsdirektor Gerd Stoltz aus dem Innenministerium in seinem anschließenden Referat „Probleme der Zivilverteidigung in Schleswig-Holstein“. Nachdem Landesstellenleiter Beiter die Aufgaben der Gemeinde bei der Vorbereitung und Durchführung des Selbstschutzes und die Unterstützungsmöglichkeiten durch den BVS den Anwesenden erläutert und angeboten hatte, schloß die Veranstaltung mit praktischen Vorführungen aus dem BVS-Ausbildungsprogramm, vorgetragen durch den Leiter der FAST Flensburg, Max Ollermann, um den Teilnehmern einen Überblick über die Leistungsfähigkeit des BVS auf dem Ausbildungssektor zu verschaffen.

BVS-Dienststellenleiter Green (Husum) erhielt schon während der Tagung Anfragen bezüglich der Unterstützungsmöglichkeiten und erhofft sich für den Herbst eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Ausbildung in den Gemeinden und Städten des Kreises Nordfriesland.

Flensburg. Zwei Interviews, zwei ausführliche Presseartikel mit Fotos, einige Tausend Ausstellungsbesucher, viele intensive Beratungsgespräche und vor allem ein offener und kameradschaftlicher Erfahrungsaustausch über die Grenze nach Dänemark hinweg, sind für den BVS die augenfälligen Ergebnisse der

Großausstellung „Internord“ vom 11. bis 20. Juni in Flensburg. Zum erstenmal haben auf dieser Ausstellung für Deutsche und Dänen mit dem „Civilforsvars Forbundet“ gemeinsam auf einem Stand die Bevölkerung beider Länder die Probleme des Zivilschutzes dargestellt. Geboren wurde diese Idee anlässlich eines inoffiziellen Besuches einiger Angehöriger des BVS auf der Technischen Hochschule des dänischen Zivilschutzes in Tinglev. Schulleiter Jörgen Wandler und dem Regionsleiter Süd-Jütland, Otto W. Eriksen, erreichten in Kopenhagen sehr schnell die Zustimmung ihres Direktors, und auf einer gemeinsamen Besprechung in Tinglev wurden dann die technischen Einzelheiten abgeprochen.

Die gemeinsame Ausstellung in Flensburg stand unter dem Motto „Zivilschutz – damit Hilfe kein Zufall bleibt“. Sie zeigte in Schautafeln, Modellen und durch Filmvorführungen den Besuchern die deutsche und dänische Seite des Zivilschutzes auf. Vor allem die gemeinsamen Filmvorführungen auf dem Stand und die Uniformen und Ausrüstungen des dänischen Zivilschutzes standen immer wieder im Interesse der Besucher. Die Standbetreuer hatten es oft nicht ganz leicht, diese unterschiedliche Struktur und Konzeption des Zivilschutzes in Dänemark und Deutschland zu erläutern. Aufgrund der gemachten guten Erfahrungen sind sich die Verantwortlichen in Dänemark und Deutschland darin einig, daß dieser ersten gemeinsamen Ausstellung weitere folgen sollten. Damit soll nicht nur der Gedanke des Zivilschutzes und der Verteidigung innerhalb der NATO gefördert werden, sondern der Gedanke der Hilfe des in Not geratenen Nächsten soll als Brückenschlag zwischen Bevölkerungsteilen beider Länder im Vordergrund stehen.

nordrhein~westfalen



Diskussion über Rettungshubschrauber

Einen Überblick über lebensrettende Sofortmaßnahmen, über Brandschutz und über die Bergung von Verletzten vermittelte eine Informationsschau, die der BVS in Zusammenarbeit mit dem ADAC in der Volksbank im Gelsenkirchener Stadtteil Buer veranstaltete. Bei der Eröffnung kam es unter

den beteiligten Kommunalpolitikern zu einer Diskussion über den Einsatz von Rettungshubschraubern. Die Stadt Gelsenkirchen hat sich an der Trärgemeinschaft für den in Lünen stationierten Helikopter nicht beteiligt. Nicht wegen des Geldes, wie Bürgermeister Egon Rossa – die Stadt hätte dafür jedes Jahr 18 000 DM aufbringen müssen – sagte, sondern weil man der Meinung war, daß

man mit dem Vorhandenen guten Straßennetz bei Hilfsaktionen ohne Hubschrauber auskommen könne. Angesichts der zahlreichen Rettungsaktionen der Hubschrauber, die nachweislich Menschen das Leben gerettet haben, regte der CDU-Stadtverordnete Walter Grabowski an, die Frage einer Beteiligung von Gelsenkirchen noch einmal zu überprüfen.

„Feuer im Jugenddorf“

Im Jugenddorf Oespel, einer Einrichtung des Christlichen Jugenddorfwerkes Deutschland, ist die Dortmund der BVS-Dienststelle schon seit Jahren mit Selbstschutzgrundlehrgängen zu Gast, an denen sich die Jugendlichen regelmäßig beteiligen. Zum erstenmal engagierte sich der BVS in diesem Jahr an einem „Tag der offenen Tür“ im Jugenddorf. Unbestrittener Höhepunkt war eine Einsatzübung „Feuer im Jugenddorf“. Um 11.10 Uhr wird eine Holzhütte gezündet. Um 11.15 Uhr haben die Flammen schon eine Höhe von 6 m erreicht. Wenige Minuten später übernehmen Jugendliche aus dem Dorf die Bekämpfung des Brandes mit zwei Spritzen. Es gelingt ihnen, den Brand unter Kontrolle zu bringen, ehe Feuerwehr und Malteser-Hilfsdienst mit ihren Fahrzeugen herangerückt sind.

Mehr Sicherheitsfahrten

„Damit Hilfe kein Zufall bleibt“ – unter diesem Motto stand eine Sicherheitsfahrt der BVS-Dienststelle Bonn. Unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Dr. Daniels beteiligten sich mehrere Automobilsportclubs und befreundete Katastrophenschutzorganisationen. 18 Autobesetzungen war die Aufgabe gestellt, an zehn Stationen Sofortmaßnahmen am Unfallort zu leisten. Die Presse hob die Bedeutung dieser Veranstaltung vor allen im Hinblick auf die bevorstehende Urlaubswelle hervor. Angesichts der Tatsache, daß in der Bundesrepublik immer noch alle sechs Sekunden ein Unfall geschieht, bei dem ein Mensch verletzt oder getötet wird, sollte der BVS mehr Sicherheitsfahrten veranstalten, heißt es in einem Zeitungsbericht.

Lob für Körtlinghausen

„Die Referenten der Schule haben es durch ihre ausgezeichneten Vorträge, aber auch durch praktische Übungen verstanden, bei den Teilnehmern eine Aufgeschlossenheit für den Gedanken des Zivilschutzes zu wecken, die ich in dieser Form nicht erwarten konnte.“ Mit diesen Worten lobt Stadtrat Püttmann von der Stadtverwaltung Hagen den Wert einer Informationstagung für Amtsleiter in der BVS-Schule Schloß Körtlinghausen. In einem Brief an Lan-

desstellenleiter Kopsieker schreibt Püttmann weiter, auch das Klima der Schule – die ausgezeichnete Unterbringung und die hervorragende

Verpflegung – hätten mit dazu beigetragen, daß von allen Teilnehmern der Wunsch geäußert wurde, die Unterweisungen im Herbst fortzusetzen.

20 000 besuchten Ausstellung



Das ständig stark besuchte Filmzelt des BVS in Essen.

Mit zwei Informationsständen, einem Filmzelt und einer vom Technischen Hilfswerk geliehenen mobilen Wasseraufbereitungsanlage beteiligte sich die BVS-Dienststelle Essen an einer Großausstellung zum „Tag der Umwelt“ auf dem Kennedy-Platz. Unter dem Motto „Selbstschutz und Umweltschutz“ wurden die Besucher der Ausstellung über die praktische Hilfe durch Selbstschutzmaßnahmen

informiert. Die Wasseraufbereitung lockte immer wieder eine große Anzahl von Bürgern an, die verfolgten, wie vor ihren Augen aus Schmutzwasser sauberes und genießbares Trinkwasser entstand. Ausgegebene Wasserproben überzeugten auch die Skeptiker unter ihnen. 20 000 Besucher waren der Lohn für das Engagement der beteiligten Organisationen.

Sprechfunk erforderlich

Vierzehn Personenkraftwagen und ein Motorrad beteiligten sich an einer Sicherheitsfahrt der BVS-Dienststelle Mülheim/Ruhr, die unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Dieter aus dem Siepen stand. Aber nur zwölf Personenkraftwagen und ein Motorrad kamen an; zwei Personenwagenbesetzungen müssen sich unterwegs abgesetzt haben. Die Dienststelle hat bei der Ausrichtung

dieser Fahrt die Erfahrung gemacht, daß es sinnvoll ist, jede Station mit mindestens einem BVS-Mitarbeiter zu besetzen, der die Zuschauer beraten und Informationsmaterial verteilen kann. Jede Station sollte aber auch mit einer Sprechfunkanlage ausgestattet sein, damit mit dem verantwortlichen Leiter der Sicherheitsfahrt eine ständige Verbindung vorhanden ist.

Lehrgang half löschen

Einen Flächenbrand, der sich auf ein Areal von 5000 qm erstreckte, konnte die Freiwillige Feuerwehr von Vlotho innerhalb kurzer Zeit unter Kontrolle bringen, so daß ein Übergreifen der Flammen auf benachbarte Waldgebiete verhütet wurde. Daß kein größerer Schaden ein-

trat, ist nicht zuletzt der Mitwirkung von Teilnehmern eines BVS-Brandenschutzlehrganges zu verdanken, der in der Feuerwache stattfand. Die zwölf Lehrgangsteilnehmer von den Stadtverwaltungen Vlotho und Löhne sowie zwei Mitarbeiter des BVS eilten mit der Feuerwehr zur Brandstelle

und setzten ihre frisch erworbenen Kenntnisse nutzbringend in die Tat um.

Henry-Moore-Ausstellung

Für den Selbstschutzgedanken zu werben, war der Sinn einer Ausstellung in der großen Schalterhalle der Stadtsparkasse Beckum. Sie zeigte Graphiken des englischen Künstlers Henry Moore, die er während des Krieges in Luftschutzbunkern gezeichnet hat. Bei der Eröffnung würdigte Stadtdirektor Bückmann die Bemühungen des Bundesverbandes für den Selbstschutz. Er erinnerte daran, daß nicht nur Kriege große Katastrophen seien, auch die Welt von heute lebe mit der Katastrophe. Das Erdbeben in Norditalien sei ein aktuelles Beispiel. Sich selbst und anderen helfen zu können, müßte eigentlich für jeden Bürger eine Selbstverständlichkeit sein.

20 Jahre aktiv

Für eine 20jährige Tätigkeit beim BVS wurde Stadtamtmann Karl Valk geehrt. Der Leiter der BVS-Dienststelle Burgsteinfurt, Karl Beißel, würdigte die Verdienste des ehrenamtlichen Mitarbeiters, der sich als Geräteverwalter, Ausbilder und als Sachbearbeiter Verwaltung bewährt hat. „Es ist schon eine gute Sache, wenn man sich über seinen dienstlichen Aufgaben hinaus noch einer ehrenamtlichen Tätigkeit widmet, die den Mitbürgern dient“, sagte Stadtdirektor Wortmann, als er dem Jubilar eine Ehrenurkunde überreichte.

Ehrennadel für P. Hellmann

Nach fast 50jähriger Tätigkeit bei der Stadtverwaltung Duisburg wurde der Leiter des Amtes für zivilen Bevölkerungsschutz, Paul Hellmann, von Oberstadtdirektor Dr. Caumanns

in den Ruhestand verabschiedet. In einer Feierstunde im Kreise der Mitarbeiter wurden dem Jubilar noch zwei besondere Ehrungen zuteil: Der BVS verlieh ihm die Ehrennadel, das THW ehrte ihn mit der Helfer-nadel in Gold.

Kompliment für Stadtverwaltung

Ein großes Kompliment machte der Leiter der BVS-Dienststelle Remscheid, Günther Ehrlich, der Stadtverwaltung: „Sie steht heute, was die Selbstschutzausbildung ihrer Mitarbeiter anbetrifft, in Nordrhein-Westfalen in der Spitzengruppe“. Oberamtsrat Herbert Koch, der bei der Stadtverwaltung den zivilen Bevölkerungsschutz koordiniert, nannte konkrete Zahlen. Von den rund 3 400 Beschäftigten sind bereits 22 % in Grund- und Fachlehrgängen ausgebildet.

niedersachsen



Informationsreise mit Journalisten

Bei strahlendem Sonnenschein versammelten sich auf dem Parkplatz am Funkhaus Hannover am 21. Juni Mitglieder der Landespressekonferenz Niedersachsen, um von hier aus eine Informationsreise zu Einrichtungen des Zivilschutzes als Gäste der BVS-Landesstelle anzutreten. Landesstellenleiter Sohl begrüßte seine Gäste auf der Fahrt nach Rodenberg zum Warnamt III und erläuterte die mit der Informationsreise verbundene Absicht des BVS. Schon auf der Hinfahrt wurden Fragen von den Journalisten gestellt, die sich insbesondere auf den Schutzraumbau bezogen. Nach der Ankunft in Rodenberg wurden die Pressevertreter im Bunker des Warnamtes III vom Leiter der Abteilung Warndienst im BZS, Leitender Baudirektor Dr. Maske, und dem Leiter des Warnamtes, Verwaltungsobererrat Ebeling, begrüßt. Über die besonderen Aufgaben des Warndienstes referierte Freiherr von Neubeck, der auch die Einrichtungen des Warnambunkers erklärte. Im Anschluß an die Führung durch den Bunker stellten sich die Vertreter des Warndienstes den sehr kritischen Fragen der Journalisten. Immer wieder kam die Frage nach dem „Frie-



Teilnehmer verlassen den Bunker des Warnamtes. Im Vordergrund (r.) Rolf Zick, Vorsitzender der Landespressekonferenz.

denswert" einer solchen Einrichtung zum Ausdruck, um die für den Verteidigungsfall geschaffenen Einrichtungen sinnvoll, gegebenenfalls auch als Führungseinrichtung für Katastrophenschutz-Einsatzstäbe zu nutzen. Während der Führung der Gäste durch den Bunker wurde Leitender Baudirektor Dr. Maske durch den Norddeutschen Rundfunk interviewt. Dieses Interview wurde im Norddeutschen Rundfunk, zweites Programm, in der Sendung „Zwischen neun und halbeins“ ausgestrahlt. Das Ergebnis der Besichtigung des Warnamtes III war auf der Weiterfahrt

Gegenstand einer lebhaften Diskussion. Im Hof der BVS-Schule Voldagsen waren die fahrbare Zivilschutzausstellung in ihren leuchtend blaugelben Farben, eine fahrbare Schule und eine fahrbare Ausbildungsstelle aufgefahren, um den Journalisten die fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungseinrichtungen der Landesstelle in Funktion vorzuführen. Auf dem großen Rasen war das Rundzelt mit der Ausstellung „Mensch im Mittelpunkt“ errichtet. Die Ausstellung „Zivilschutz“ war im Hörsaal 2 aufgebaut.

Nach einem gemeinsamen Mittagessen gab Landesstellenleiter Sohl den Journalisten einen Überblick über die Zivilschutz- und Selbstschutzsituation in Niedersachsen sowie über das Leistungsergebnis der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter im Jahre 1975. Der Jahresleistungsbericht 1975 der Landesstelle war den Mitgliedern der Landespressekonferenz wenige Wochen vorher zugestellt worden. In Kurzreferaten über die Aufgaben des BVS in Niedersachsen und die besonderen Aufgaben der BVS-Schule Voldagsen erhielten die Journalisten Einblick in diese Bereiche. Es folgte eine Besichtigung der Schule und der für die Ausbildung und Öffentlichkeitsarbeit geschaffenen fahrbaren Einrich-

tungen und mobilen Ausbildungsstellen. Das Personal der fahrbaren Einrichtungen führte den Journalisten Teile aus den praktischen Ausbildungsgängen des Selbstschutz-Grundlehrganges und der Selbstschutz-Fachausbildung vor. Dabei hatten die Gäste Gelegenheit, ihre Selbstschutzfähigkeiten selbst zu erproben.

Die verschiedenen Ausstellungen des BVS fanden reges Interesse bei den Besuchern. Insbesondere wurde die unterschiedliche Verwendbarkeit als besonders wirkungsvoll erkannt. Die Journalisten hatten auch Gelegenheit, sich mit den Teilnehmern an den gerade laufenden Informations- und Ausbildungsveranstaltungen zu unterhalten und deren Motivation für das freiwillige Engagement im Selbstschutz zu erforschen.

Nach einem Rundgang durch den Park des ehemaligen Rittergutes Voltdagen fand eine abschließende Pressekonferenz statt, in der noch eine Fülle von Fragen der Journalisten beantwortet werden konnten. Der Vorsitzende der Pressekonferenz Niedersachsen, Rolf Zick, faßte die Eindrücke der Journalisten am Ende der Pressekonferenz so zusammen:

„Unsere Erwartungen in diese Presseinformationsreise sind weit übertroffen worden. Wir haben bisher keine Vorstellungen von der Bedeutung der Selbstschutzaufgabe und damit auch der Aufgabe des BVS im Lande Niedersachsen gehabt. Wir haben ihre Aufgaben und Einrichtungen kennengelernt und die Möglichkeit gehabt, den Gesamtbereich Zivilverteidigung, Zivilschutz und Selbstschutz fachkundiger zu betrachten, als es bisher der Fall war. Wir, die Mitglieder der Pressekonferenz Niedersachsen, werden uns bemühen, Ihre Arbeit zukünftig nach bestem Vermögen zu unterstützen und die heute zwischen Ihnen und uns hergestellten Kontakte weiter zu pflegen und zu vertiefen.“

Das Echo dieser Informationsreise war recht erfreulich: In über 30 Tageszeitungen Niedersachsens wurde ausführlich über die Reise berichtet. In der Zeitschrift „Niedersächsische Wirtschaft“, dem Fachblatt der niedersächsischen Industrie- und Handelskammer, Nr. 13/76, erschien ein vielbeachteter Leitartikel. Die täglich erscheinende Korrespondenz für Niedersachsen „Nord Report“ verbreitete einen ausführlichen Reisebericht u. a. an alle niedersächsischen Landtags- und Bundestagsabgeordnete.

Niedersachsen – kurz und bündig

Leer/Ostfr. Für ihn gehöre es zu den eigenartigen Phänomenen, daß man in dieser Zeit leider bisher kein vernünftiges Verhältnis zum Selbstschutz habe gewinnen können, erklärte Oberkreisdirektor Peter Elster im Rahmen eines ganztägigen Informationsseminars für Hauptverwaltungsbeamte und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens des Landkreises Leer. Die Tagung – so OKD Elster – erfülle ihren Zweck, wenn das Desinteresse abgebaut werden und die Zahl der Verantwortungsträger vermehrt werden könne. In interessanten und für die Hauptverwaltungsbeamten bedeutsamen Referaten wurden die Aufgaben des Zivil- und Katastrophenschutzes, der Zivilverteidigung im Rahmen der Gesamtverteidigung und die Zusammenarbeit zwischen dem HVB und dem BVS behandelt. Ministerialrat a. D. Dedeckind appellierte am Schluß seines interessanten Referates über die Zivilverteidigung an die Kommunalvertreter, den Auftrag, den Selbstschutz als Pflichtaufgabe der Kommunen zu betrachten, ernster als bisher zu nehmen.

Salzgitter. Im kleinen Rathaus in Salzgitter-Bad eröffnete Ortsbürgermeister Gustav Flügge die vom BVS getragene Ausstellung „Hilfe durch Selbstschutz“. Zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens, darunter die Ratsherren Otto Braukmann, Gerhard Pätzold und Norbert Bürgel, waren anwesend. Die Ausstellung wurde gemeinsam mit Feuerwehr, THW, DRK, ASB, MHD und JUH gezeigt.

Osnabrück. Diedrich Schmidt-Bleeker wurde als hauptamtlicher Dienststellenleiter wegen Erreichen der Altersgrenze verabschiedet. In einer Feierstunde überreichte Landesstellenleiter Edgar Sohl eine Dankesurkunde und würdigte die zurückliegende Tätigkeit Schmidt-Bleekers. Überall habe er großes Engagement gezeigt und alle Aufgaben bestens bewältigt. Abteilungsdirektor Schierbaum von der Regierung Osnabrück bezeichnete Schmidt-Bleeker als einen hervorragenden „Verkäufer“, der es verstanden habe, „seine Ware“ den Menschen nahezubringen.

Brake. „Der Selbstschutz ist möglich und notwendig.“ Mit diesen Worten eröffnete Stadtdirektor Erfmann eine

Ausstellung des BVS, mit der die Bürger für eine Mitwirkung im Selbstschutz und Katastrophenschutz gewonnen werden sollen. Zur Eröffnung waren zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens erschienen, um die Bedeutung dieser Aufgabe zu unterstreichen.

Wiesmoor. In den Sonderräumen der Blumenhalle in Wiesmoor wurde am 11. Juni die Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ eröffnet. Zahlreiche Besucher zeigten an den ausgestellten Dokumentationen und Schautafeln reges Interesse.

Syke/Bassum – Sulingen – Stadthagen. Die Landesstelle veranstaltete gemeinsam mit den Oberkreisdirektoren in den Landkreisen Grafschaft Hoya, Grafschaft Diepholz, Nienburg und Schaumburg-Lippe Informations-tagungen für die Hauptverwaltungsbeamten und die politischen Mandatsträger der Landkreise und Gemeinden. Alle Informationstagungen haben das Ziel, die Hauptverwaltungsbeamten und die Bürgermeister gemeinsam über die Notwendigkeit des Zivilschutzes, die Zusammenhänge der zivilen Verteidigung und die Zusammenarbeit des BVS mit den Gemeinden bei Aufbau und Förderung des Selbstschutzes zu informieren. In der Info-Tagung für den Landkreis Grafschaft Hoya hob OKD Heise hervor, daß es auch in friedlichen Zeiten notwendig sei, für den Bürger Selbstschutzmaßnahmen vorzubereiten und diesem anzuempfehlen, Selbstschutz zu betreiben. Die sich häufenden Naturkatastrophen stellen auch die betroffenen Bürger vor die Notwendigkeit, bis zum Eintreffen organisierter Hilfe sich selbst helfen zu können. Insofern sei die konzentrierte Information der HVB und politischen Mandatsträger für diesen Bereich von besonderer Bedeutung.

Voltdagen. Großes Interesse fanden die Informationstagungen an der BVS-Schule für die Leiter von Krankenhausverwaltungen aus dem niedersächsischen Landesbereich. Angeregt durch einen Artikel in der Fachzeitschrift „Krankenhaus-Umschau“ waren zahlreiche Anfragen an die Landesstelle gerichtet worden. Die zusätzlich eingerichteten Informationstagungen für diesen Personenkreis waren daher schnell ausgebucht. Insbesondere interessierten die Vorträge über den Betriebselbst-

schutz und die Möglichkeit, Patienten und Mitarbeiter bei Katastrophenfällen in Krankenhäusern mit eigenen Kräften zu sichern.

Jubiläum im Gremshem

Während der Festtage aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der Freiwilligen Feuerwehr Gremshem, einem Ortsteil der Stadt Bad Gandersheim, war auch die Rundzelt-Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ aufgebaut worden. Gleichzeitig stand ein Informationsbus des BVS zur Besichtigung. Darüber hinaus beteiligte sich der Landkreis Gandersheim mit seiner Sanitätsbereitschaft. Den Besuchern wurde Gelegenheit geben, 5 Großraum-Krankenwagen zu besichtigen.

Zur Eröffnung der Ausstellung begrüßte Fachbearbeiter O. Niemann, dem in seiner Eigenschaft als Ortsbrandmeister von Gremshem die Organisation oblag, die von der Stadt eingeladenen Vertreter der Behörden und Verbände. Auf die Aufgaben

des Zivil- und Selbstschutzes wies der stellvertretende Stadtdirektor Gelück hin, der die Ausstellung eröffnete. Die Besucher erhielten Informationsmaterial ausgehändigt. BVS-Bereichsbeauftragter H. Jankowski sowie Dienststellenleiter G. Radloff führten die Teilnehmer durch die Ausstellung.

Niedersachsenschau in Hildesheim

Neun Tage lang war der Informationsstand des BVS in der Halle 1 auf der Niedersachsenschau in Hildesheim im Mai Anziehungspunkt für einige tausend interessierter Besucher. In der umgestalteten Ipa-Koje bot der BVS eine Fülle von Informationen für selbstschutzmäßiges Verhalten bei Unglücksfällen und Katastrophen an, die das rege Interesse besonders der jugendlichen Besucher fanden. Der Informationsstand informierte über den Umgang mit der Gefahr und appellierte an die Besucher, das Helfen bewußt zu erlernen,

damit „Hilfe kein Zufall bleibt“. Das stündlich durchgeführte „Ratespiel für Kluge“ zog jeden Tag immer wieder Besucher an, die bei der Beantwortung von gezielten Fragen unter Beweis stellen konnten, ob sie über die notwendigen Selbstschutzkenntnisse bei Unglücksfällen verfügen.

Der Stand wurde von vielen prominenten Besuchern aufgesucht. Besonders beeindruckt zeigte sich der Niedersächsische Minister für Bundesangelegenheiten und CDU-Landesvorsitzende Wilfried Hasselmann, der in Begleitung des Landtagsabgeordneten Anton Theyssen den Stand besuchte. Stadtdirektor Oschatz brachte im Verlauf seines Besuches Genugtuung darüber zum Ausdruck, daß die Hildesheimer Bevölkerung ein erfreulich reges Interesse an den Aufgaben des Zivilschutzes zeige. Insgesamt ließen sich rund 4200 Besucher am Stand des BVS über Selbstschutzfragen eingehend beraten. An der Verlosung „Ratespiel für Kluge“ nahmen 2905 Personen teil.

Bayern



„Tag der offenen Tür“

Neustadt a. d. Aisch ist Sitz der Verwaltung des durch die Gebietsreform neu geschaffenen Landkreises Neustadt a. d. Aisch – Bad Windsheim. Sie liegt im Mittelpunkt eines von den Städten Rothenburg o. d. Tauber, Bamberg, Nürnberg, Fürth, Erlangen und Ansbach begrenzten Quadrats. Keine dieser Städte ist weiter als 50 Kilometer von Neustadt entfernt. Größere Katastrophen haben bisher den Landkreis verschont. Aber der Aufbau des Katastrophenschutzes und die Ausbildung freiwilliger Helfer stehen bewußt mit im Vordergrund bei den Aufgaben des neuen Landkreises.

Eröffnet wurde der „Tag der offenen Tür“ vom stellvertretenden Landrat Robert Pfeifer. Besonders begrüßte er die amerikanische Abordnung aus Illesheim, die Vertreter der Bundeswehr, die BVS-Mitarbeiter, die Vertreter der Feuerwehren und des Technischen Hilfswerks sowie Bürgermeister des Landkreises und Vertreter des öffentlichen Lebens.

R. Pfeifer setzte sich mit der Frage „Warum Zivilschutz, warum Selbstschutz, warum Katastrophenschutz?“ auseinander. Aufgabe des Landkrei-

ses ist es, den Bürgern ein geordnetes Zusammenleben zu ermöglichen sowie Vorsorge für außergewöhnliche Fälle zu treffen. Darum ist der Zivilschutz zu einer Notwendigkeit unseres Zeitalters geworden. Nicht nur die Ausbildung von freiwilligen Helfern für den Katastrophenschutz muß stärker gefördert werden, auch die Aufklärung und Ausbildung der Bevölkerung über Gefahren und Schutzmaßnahmen durch den BVS muß intensiv durchgeführt werden. Zur Abwehr der alltäglich drohenden Gefahren brauche man nun einmal Helfer und Helferinnen.

Regierungsrat Bonengl, Referent für den Zivilschutz im Landkreis, und Regierungsamtmann Mühe, Katastrophenschutzsachbearbeiter, führten anschließend die Gäste und Besucher zu den verschiedenen Stationen. Alle Katastrophenschutzorganisationen hatten sich auf dem Festplatz im Viereck aufgestellt. Das Programm der Organisationen war sehr abwechslungsreich. Die THW-Helfer führten die Sauerstofflanze vor und zeigten Durchbrüche in Beton. Auf der nächsten Station wurde die technische Hilfeleistung des Brandschutzdienstes gezeigt. Ein Pkw wurde mit der Rettungsschere völlig

auseinandergeschnitten. So können eingeklemmte Verletzte ohne Anwendung von Schweißgeräten schnell befreit werden. Der ABC-Dienst führte das neue Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeug vor. Eine Übung des C-Spürtrupps mit schwerem Schutzzug fand ebenfalls großen Anklang.

Der Sanitätsdienst, der im Landkreis aus drei Sanitätszügen mit je 50 Helfern und aus dem Verbandplattzug mit 28 Helfern besteht, führte auf seiner Station Ausrüstung und Gerät vor.

Alle Gäste, Besucher und Helfer wurden vom Betreuungs- und Versorgungsdienst gepflegt. Anschließend führte der BVS in seinem Zelt Filme über die Aufgaben des Selbstschutzes und des Katastrophenschutzes vor. Die fahrbare Zivilschutzausstellung und die fahrbare Schule 1 der Landesstelle konnten während des ganzen Tages auf dem Festplatz besichtigt werden. Durch viele Gespräche mit Bürgermeistern und anderen Vertretern des öffentlichen Lebens konnte festgestellt werden, daß die Aufklärung und die Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz als dringend erforderlich angesehen wird.

Schutzwoche in Landshut

Unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Josef Deimer wird vom 6. bis 14. November im Rahmen einer Katastrophenschutzwoche am Parkplatz des Isar-Centers die Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz“ gezeigt. Diese Ausstellung demonstriert die ganze Vielseitigkeit der Aufgaben im Katastrophenschutz. Umrahmt wird sie durch Übungen der FFW, des BRK und des THW, der Wasserwacht und des Fernmeldezuges. Jede Organisation wird der Bevölkerung die Möglichkeit geben, sich über Arbeitsweise, Gerätschaften, Fahrzeuge und Einsatzbereitschaft zu informieren. Abwechselnd werden in einem Zelt Filme gezeigt, welche die Arbeit der Organisationen verdeutlichen. Zum Zweck der Vorbereitung dieser Großveranstaltung fanden im Besprechungsraum der BVS-Dienststelle und im Isar-Center die ersten koordinierenden Besprechungen statt. Dienststellenleiter Seemann konnte hierzu Herrn Stetter als persönlichen Referenten des OB, den Leiter des Amtes für Zivilschutz der Stadt, Forster, den Geschäftsführer des Kaufhauses Isar-Center, Reil, Stadtbrandrat Bauer und stellvertretenden Kommandanten Napf von der Freiwilligen Feuerwehr, Kreiskolonnenführer Wallinger vom BRK, Herrn Königbauer vom THW, Herrn Schnurrer von der Wasserwacht, Herrn Weniger vom Fernmeldezug sowie Herrn Sterr, den Leiter der Fernmeldezentrale, begrüßen.

Interesse an Ausbildung

Die BVS-Dienststelle Bad Kissingen macht in ihrem, den Großkreis umfassenden Zuständigkeitsbereich laufend die positive Erfahrung, daß sich sowohl Gemeinden als auch Behörden von sich aus um die Durchführung von Selbstschutzausbildungsvorhaben an den Verband wenden. So hatte die Gemeinde Wartmannsroth interessierte Bürger und Bürgerinnen aus den Gemeindeteilen Wartmannsroth und Völkersleier zu einem Grundlehrgang eingeladen, der vom Ausbildungspersonal der Kissinger Dienststelle an vier aufeinanderfolgenden Abenden vom 5. bis 8. April in Völkersleier durchgeführt wurde. Für das zivile Dienstpersonal der Standortverwaltung Lager Hamelnburg wurden vom 3. bis 7. Mai und vom 10. bis 14. Mai vier Ausbil-

dungsprogramme im Behördenselbstschutz durch eine fahrbare BVS-Schule aus München ermöglicht, deren zeitentsprechender Einsatz von der BVS-Dienststelle Bad Kissingen vermittelt worden war.

Preis Ausschreiben mit Realschülern

Die BVS-Dienststelle Landshut führte im Rahmen einer Gemeinschaftsausstellung mit der FFW und der Ortsgruppe des BRK in der Staatlichen Realschule in Neufahrn ein Preis Ausschreiben durch. 50 Fragen aus den Bereichen der drei beteiligten Organisationen bildeten den Katalog. Groß war das Interesse der Schülerinnen und Schüler. Strapaziös war die Auswertung für alle Beteiligten, aber die Ergebnisse belohnten jegliche Mühen.

Als Festakt besonderer Art gestaltete sich dann die Preisverleihung in der herrlich geschmückten Sporthalle der Staatlichen Realschule. Vor Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Elternbeirat, Lehrerkollegium, den Vertretern der einzelnen Organisationen und der gesamten Schülerschaft gab Direktor Schmitzer eine kurze Einführung in den Gesamtbereich dieser Veranstaltung. Sein besonderer Gruß galt Landesstellenleiter Hinderberger und Bereichsbeauftragten Zimmermann. Er würdigte die Arbeit der beteiligten Organisationen, im besonderen gesehen auf die Nützlichkeit in der Erziehungsarbeit der Schule. Er dankte Dienststellenleiter Seemann für die Initiative und die gelungene Durchführung. Freudig begrüßte er die Zusammenarbeit der einzelnen Organisationen und zeigte den Wert einer gekonnten Hilfe an verschiedenen Beispielen auf.

Jeweils vier Schülerinnen und Schüler bearbeiteten dann den Fragenkomplex der einzelnen Organisationen im gelungenen Wechselspiel. Improvisation bei der Beantwortung lockerten die Atmosphäre. Schöne Preise in Form von Reisen, Besichtigungs- und Lehrfahrten, Büchern und anderen Sachwerten, gestiftet von den beteiligten Verbänden, waren freudiger Anlaß und Dank fürs Mitmachen. Landesstellenleiter Hinderberger gab einen kurzen Einblick in Aufgaben und Arbeitsgebiete des BVS und setzte Richtlinien durch bestimmte Zielsetzungen. In einer kleinen Dankrede auf Realschuldirektor Schmitzer und Konrektor Grafwallner stellte

Hinderberger die Verdienste dieser beiden Pädagogen um Aufbau und Förderung des Selbstschutzes im Lehrbetrieb der Schule wie im Vereinsleben der Gemeinde Neufahrn heraus. Unter freudigem Beifall überreichte Hinderberger Realschuldirektor Schmitzer und Konrektor Grafwallner die Ehrennadel des BVS.

BVS-Stand auf der afa

Mit einem neugestalteten Stand warb die BVS-Dienststelle Augsburg auch in diesem Jahr wieder um das Interesse der rund 100 000 Besucher der Frühjahrsausstellung. Unter dem Motto „Zivilschutz – Katastrophenschutz – Selbstschutz“ zeigte der Stand auf anschaulichen Bildtafeln Bedrohungen, denen der Mensch



Frau Staatssekretär Dr. Berghofer-Weichner trägt sich in das BVS-Gästebuch ein; in ihrer Begleitung Frau MdL Schnell und Präsident Nill von der IHK Augsburg.

in seinem Leben – im Frieden und im Krieg – ausgesetzt ist, und gab Ratschläge, welche Vorsorgemaßnahmen getroffen werden können, um alle Lebensbereiche etwas sicherer zu machen. Am Eröffnungstag besuchte die Schirmherrin, Frau Staatssekretärin Dr. Berghofer-Weichner, in Begleitung von Frau MdL Elisabeth Schnell und des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Augsburg, Kurt Nill, den Stand und ließ sich von Fachgebietsleiter Öffentlichkeitsarbeit Fritz Polster eingehend über die Arbeit des Verbandes und die Aussage des Standes informieren.

Frauenarbeit im BVS

Zu einer fachlichen Weiterbildung im Rahmen der Frauenarbeit trafen sich 18 Mitarbeiterinnen des BVS aus den Landesstellen Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Hessen und dem Saarland in der BVS-Schule in Birkenfeld. Ziel dieses Arbeitsseminars war eine neuerliche Koordination einzelner Arbeitsvorhaben, die Erarbeitung von wichtigen Grundlagen für die kommende Arbeit im Winterhalbjahr 1976-77.

Die vormalige Sachbearbeiterin für die Frauenarbeit im BVS, Anita Darimont, und ihre Nachfolgerin im Landesstellenbereich Rheinland-Pfalz, Ingrid Perlick, gaben – nach der Begrüßung der Seminarteilnehmerinnen durch den Leiter der Schule, Willi Schnittker – einen Überblick über die im vergangenen Jahr geleistete Öffentlichkeitsarbeit im Bereich des Fachgebiets Frauenarbeit der einzelnen Landesstellen. Anschließend berichteten die Sachbearbeiterinnen der Dienststellen und rundeten damit das Gesamtbild der Frauenarbeit ab.

Von besonderem Interesse für alle war eine Kurzeinführung in die Neubearbeitung des Selbstschutzgrundlehrganges, mit dem der BVS neuerdings an die breite Öffentlichkeit treten will.

Viktor Schwarz, Fachgebietsleiter für die Öffentlichkeitsarbeit der Landesstelle Rheinland-Pfalz, sprach über die Leistungen des Verbandes

auf diesem Gebiet, wobei er das Schwergewicht seiner Aussage auf die durchgeführten und noch vorgeesehenen Ausstellungen legte. Mit lebhaftem Interesse beteiligten sich die Seminarteilnehmerinnen an den von Referent Dr. Bruno Schneider von der Bundeshauptstelle geleiteten Arbeitsgruppen für Pressearbeit. Sie waren von dieser Art der fachlichen Weiterbildung einhellig begeistert.

Bei der Schlußansprache, bei der Landesstellenleiter Heldmann zugegen war und grundsätzliche Ausführungen machte, kam man überein, auch für die kommenden Monate alles daran zu setzen, die bei diesem Arbeitsseminar gesteckten Ziele ernsthaft zu verfolgen und die Frauenarbeit im BVS noch erfolgreicher zu gestalten.

Eifelschau 76

Vom 22. bis 30. Mai fand in Mayen zum dritten Mal die alle zwei Jahre durchgeführte Eifelschau statt. Diese große regionale Leistungsschau ist für den Raum Vordereifel von außerordentlicher Bedeutung. Viele ansässige Industrie- und Gewerbebetriebe, aber auch Institutionen, Verbände und Behörden geben einen Leistungsbericht. Der Bundesverband für den Selbstschutz war auch in diesem Jahr mit einer informativen und aufklärenden Schau vertreten. Im Verlauf der neun Ausstellungstage haben 12 000 Besucher den Stand

gesehen und mit den BVS-Mitarbeitern gemeinsam interessierende Fragen ausgetauscht. Gleich zu Anfang der Ausstellung besuchte Finanzminister I. W. Gaddum, der im Namen von Ministerpräsident Dr. Kohl die Ausstellung eröffnete, mit seiner Begleitung den Stand. Außerordentlich interessiert waren die Schüler, wobei ihnen in Kurzinformationen der Sinn und die Voraussetzungen für die Selbsthilfe der Bevölkerung in Gefahrenzeiten und die Maßnahmen des Selbstschutzes erläutert wurden. Die Vorführungen des Beatmungslehrgerätes fanden besonderes Interesse. Bürgermeister Dr. Vogels registrierte die Anwesenheit des BVS auf der Eifelschau 76 mit besonderem Dank.

Ausstellungen im Kreis Cochem

Vom 30. Mai bis 25. Juni war in den Orten Ulmen, Lutzerath, Zell und Blankenrath – jeweils in den Räumen der Zweigstellen der Kreissparkasse Cochem-Zell – die Ausstellung „Zivilschutz“ der BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz zu sehen. Die Ausstellung wurde in Ulmen von dem 1. Beigeordneten der Verbandsgemeindeverwaltung, Becker, und in Zell von Bürgermeister Huwer eröffnet. Während des Einsatzzeitraumes sahen etwa 1 200 Bürger die Ausstellung. In den Schulen wurden 380 Schüler über die Aufgaben des Zivilschutzes informiert.

Hessen

Hessentag 1976

Der diesjährige Hessentag fand vom 5. bis 13. Juni in Bensheim an der Bergstraße statt. Hauptanziehungspunkt war eine große Ausstellung vor den Toren der Stadt, und es verging kein Tag, an dem die Besucherzahl nicht in die Tausende ging. Traditionsgemäß war der BVS mit seiner bekannten „Hessenkoje“ wieder dabei.

Am Eröffnungstag besuchte Ministerpräsident Osswald die Koje, wo er von Landesstellenleiter Heldmann begrüßt wurde. Sein besonderes In-

teresse fand die Darstellung des radioaktiven Niederschlags und die Schutzmöglichkeiten. Obwohl seine Zeit sehr begrenzt war, ließ er sich ausführlich über die Öffentlichkeitsarbeit informieren. Im Gefolge des Schirmherrn des Hessentages waren auch der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Schwabe aus Lindenfels, der Bürgermeister der Stadt Bensheim, Georg Stolle, sowie Magistratsmitglieder und Stadtverordnete aus Bensheim zur Information in der Koje.

Etwa 12 000 Besucher insgesamt waren zu verzeichnen, eine Vielzahl von Gesprächen wurde geführt, und

das ausgelegte Werbematerial mußte ständig ergänzt werden. Besonders die Frauen, etwa 7 000, nahmen die Broschüren gerne an und ließen sich über Vorratshaltung genau so wie über Schutzmöglichkeiten informieren. Ganze Schulklassen kamen trotz der hochsommerlichen Temperaturen. Unsere Filme „... wer hilft dann“ und „Schutzbündnis“ wurden freundlicherweise von der Polizei an deren Stand in der Halle der Staatskanzlei einigen tausend Bürgern vorgeführt. Beim nächsten Hessentag in Sprendlingen (Kreis Offenbach) vom 18.-26. 6. 1977 ist der BVS wieder dabei.

„Grüne Küste 76“

Die Wettkampfteilnehmer der Ortsverbände Meldorf und Niebüll holten sich anlässlich des diesjährigen Wettstreits um den Wanderpokal „Grüne Küste“ je eine der heißumstrittenen Siegestrophäen. Die Meldorfer siegten beim Wettkampf der Bergungsgruppen und die Niebülller konnten bei der Prüfung der Kraftfahrer-Teams ihre Konkurrenten in freundschaftlichem Wettkampf auf die Plätze verweisen.

An der Übung „Grüne Küste“, die 1969 erstmals – allerdings noch in kleinerem Rahmen – als Kraftfahrer-Übungsmarsch durchgeführt wurde, haben in diesem Jahr am 13. Juni 1976 in Tönning folgende Ortsverbände der Westküste Schleswig-Holsteins teilgenommen: OV Büsum, OV Friedrichstadt, OV Husum (nur mit Kraftfahrer-Team), OV Hochdonn-Burg, OV Meldorf und OV Niebüll.

Bis zum Übungstag mußten OB Böge und seine Männer – OV Tönning hatte die Ausrichtung der Übung übernommen – viele Freizeitstunden opfern, um alles für den Übungsablauf gut vorzubereiten.

Holz und eine Menge anderes Übungsmaterial für die vorgesehenen acht Übungsstationen mußten beschafft und herangeholt werden; der Übungsplan mußte erstellt und die Wertungsbögen für die Schiedsrichter gefertigt werden. Außerdem waren rechtzeitig Plakateindrücke für die Ankündigung der Übung zur Unterrichtung der Bevölkerung in Auftrag zu geben. Einladungen wurden verschickt und mit der örtlichen Presse und einer Anzahl von Behörden wurde Kontakt aufgenommen. Auch an die Bereitstellung von Verpflegung für die rund 200 Helfer, die erwartet wurden, und noch vieles andere mehr war zu denken.

Am Übungstag – es war nicht nur ein Sonntag, sondern auch ein Sontentag – begann der Betrieb auf dem Übungsplatz vor der Jugendherberge in Tönning bereits sehr früh. Auf dem mit THW-Flaggen geschmückten Platz ertönte aus den aufgestellten Lautsprechern fröhliche Musik und die Helferinnen des Tönninger Verpflegungstrupps waren in ihrem Küchenzelt schon geschäftig bei der Arbeit.



Eine Faschinenbank wird gebaut. Die Pfähle werden mit dem Wacker gerammt.

Gegen 6.30 Uhr trafen die ersten Ortsverbände mit ihren Helfern auf dem Wettkampfsplatz ein und fast gleichzeitig mit ihnen auch schon die ersten geladenen Gäste, unter ihnen MdB Lauritz Lauritzen, der stellvertretende Kreispräsident Gerd Krause und der Bürgervorsteher von Tönning, Horst Witte.

Da noch ein Ortsverband fehlte, mußte der Übungsbeginn etwas verschoben werden, und den Gästen wurde zur Überbrückung der Wartezeit zunächst der Film „Brücken für Tunesien“ gezeigt, durch den sie einen guten Einblick in die Auslandseinsätze des THW vermittelt bekamen.

Dann war es soweit. Nach kurzen Begrüßungsansprachen von OB Böge und Bürgervorsteher Witte, die beide der Übung einen guten Verlauf wünschten, begann an allen Stationen der Wettkampf. Unter den kritischen Augen der eingeteilten Schiedsrichter wurde überall eifrig gearbeitet.

Hier wurden Faschinen gebunden und Pfähle mit dem Wacker gerammt. An anderer Stelle wurde z. B. ein schwerer Betonklotz auf einen Lkw verladen. Hierzu mußte zunächst

eine schiefe Ebene aus Bohlen gebaut werden, bevor die Helfer mit Greifzügen den Klotz auf den Wagen ziehen konnten. Für Fehler, die gemacht wurden, gab es an allen acht Stationen Minuspunkte.

Im großen und ganzen wurde sowohl von den Wettkampfgruppen als auch von den Kraftfahrer-Teams befriedigende bis gute Arbeit geleistet.

Selbstverständlich ließ die Auswertung der Fragebögen am Schluß der Übung auch erkennen, daß in der „grauen Theorie“ noch manche Lücken vorhanden sind.

Umrahmt wurde die Übung vom THW-Musikzug des OV Sörup, der unter Leitung von Kapellmeister Pfeffer u. a. flotte Marschmusik gekonnt zu Gehör brachte.

Gegen 15.00 Uhr war auch das letzte Fahrerteam von der Orientierungs- und Übungsfahrt zurück und kurz darauf konnte zur Siegerehrung angetreten werden.

LB Meier dankte zunächst allen Helfern für die gezeigten Leistungen und dem Bürgermeister von Tönning, der sich die Übung interessiert angesehen hatte, für die dem THW seit Jahren gewährte gute Unterstützung. Danach richtete Bürgermeister Pankeweit ein kurzes Grußwort an die Helfer und würdigte dabei die Arbeit des THW, wenn es darum geht, in Notfällen der Bevölkerung zu helfen. Anschließend überreichte er dem Gruppenführer der Siegergruppe des OV Meldorf den von der Stadt Tönning gestifteten Preis, was von den Meldorfer Wettkämpfern mit großem Jubel begrüßt wurde.

Gleich große Freude herrschte bei den Niebüllern, als sie aus der Hand des Landesbeauftragten den Pokal für das beste Kraftfahrer-Team entgegennehmen konnten.

Abgesehen von kleinen Pannen, die



Nach dem Wettstreit ein Erinnerungsfoto: Die Siegergruppe Meldorf mit dem von der Stadt Tönning gestifteten Preis.

es bei jeder größeren Veranstaltung gibt, ist die Übung „Grüne Küste 76“ gut über die Bühne gegangen. Dafür sei auch an dieser Stelle noch einmal OB Böge und allen Helferinnen und Helfern, die ihm bei der Ausrichtung der Übung geholfen haben, herzlich gedankt. Voß

Technische Hilfeleistung nach Flugzeugabsturz

Vermutlich infolge eines Motorschadens stürzte ein viersitziges Sportflugzeug auf einen Acker im Ortsteil Harkmoor der Gemeinde Munkbrarup im Kreis Schleswig-Flensburg. Die

vier Insassen wurden schwerverletzt geborgen. Der 25 Jahre alte Pilot wurde mit einem Hubschrauber der Rettungswacht aus Rendsburg direkt vom Unfallort aus in eine Kieler Spezialklinik geflogen. Mit dem Notarzt- bzw. Rettungswagen wurden die drei ebenfalls schwerverletzten Passagiere in ein Flensburger Krankenhaus gebracht.

Am Tage dieses Absturzes wurde um 23.40 Uhr der Ortsverband Sörup von der zuständigen Polizeidienststelle zur Hilfeleistung angefordert. Der Ortsbeauftragte alarmierte sofort die notwendigen Einsatzkräfte. Mit 16 Helfern, die sich innerhalb einer

halben Stunde in der Ortsverbandsunterkunft eingefunden hatten, ging es dann mit 2 GKW, 1 Kombi und 1 MKW zum Einsatzort. Die abgestürzte Maschine hatte beim Aufprall Totalschaden erlitten.

Der Auftrag der eingesetzten Helfer lautete: „Tragflächen des Flugzeuges abtrennen und das Wrack transportfähig machen.“ Die Arbeiten mußten besonders vorsichtig ausgeführt werden, da in den Tragflächen der Sportmaschine dieses Typs die Treibstofftanks untergebracht sind. Gegen 3.00 Uhr war jedoch alles geschafft, und die Helfer konnten ihre nächtliche Arbeit einstellen. Voß

HAMBURG



Übung der E-Gruppen

Unter dem Motto „Rathausmarkt“ fand eine Wohltätigkeitsveranstaltung im und um das Hamburger Rathaus unter der Schirmherrschaft der Gattin des Ersten Bürgermeisters Hans-Ulrich Klose statt. Schwierigkeiten bereitete der Senatskanzlei die Stromversorgung der ambulanten Händler und Schausteller, die im und an der Vorderfront des Rathauses ihre Buden und Zelte aufgeschlagen hatten. Da die Hausanschlüsse nicht ausreichten, wurde ein 50-kVA-Notstromaggregat aufgestellt und an vier Tagen betrieben. Es gab Schwierigkeiten bei der Lastverteilung, da dem THW nur ein Verteilerkasten 380/220 Volt zur Verfügung stand. Schnell und unbürokratisch half hier das Studio Hamburg aus. An zwei Abenden bauten die Helfer aller E-Gruppen des LV Hamburg die Stromzuleitungen unter Anleitung des BB Klock und seines Sohnes und nahmen so die Ausleuchtung vor. Der BV Hamburg-Altona kümmerte sich dann an den vier Tagen um den Betrieb der E-Anlagen und sorgte für den ordnungsgemäßen Rückbau. Seitens der Senatskanzlei wurde dem THW Hamburg für den reibungslosen Einsatz gedankt und das Improvisationstalent der Helfer besonders begrüßt. H. K.

Alarmübung in Hamburg-Lohbrügge

Sirenen heulten für die Freiwillige Feuerwehr und für das THW in Hamburg-Lohbrügge, einem Ortsteil des

Bezirks Bergedorf. Das Lohbrügger Frühlingsfest, ein Volksfest, zu dem die Lohbrügger Fachgeschäfte, die Vereine und die Hilfsorganisationen des Bezirks Bergedorf eingeladen hatten, war in vollem Gang. Für das Volksfest war eigens die Alte Holstenstraße, die Hauptgeschäftsstraße, gesperrt worden. Mit Blaulicht und Einsatzhorn fuhren kurz nach Beginn des Alarms Fahrzeuge der Feuerwehr und des THW durch die Straße. Vor einem unbewohnten Haus, in dem es nur noch Läden gab, hielten die Wagen. Qualm drang aus den oberen Etagen. Menschen hingen aus den Fenstern und riefen keuchend um Hilfe. Immer noch dröhnten Explosionen im Inneren des Hauses. Unter Atemschutz drangen Feuerwehrmänner und THW-Helfer ins Haus ein, um die Menschen zu bergen und das Feuer zu bekämpfen. Vor dem Haus übernahmen DRK-Helfer die „Verletzten“, die übrigens so gut geschminkt waren, daß sie wie echte Verletzte wirkten. Längst nicht jeder Zuschauer erkannte, daß es sich um eine Übung handelte. Da angenommen wurde, daß die Treppe zum zweiten Stockwerk zerstört war, bauten die THW-Helfer des BV Hamburg-Bergedorf an der Rückfront des Hauses eine Seilbahn, um die Verletzten zu bergen. Viele Zuschauer, darunter auch mehrere Abgeordnete der Bezirksversammlung, zeigten sich beeindruckt von der Schnelligkeit und dem Geschick der Helfer. Nach wenigen Minuten konnte der erste Verletztendarsteller über die Seilbahn geborgen und dem DRK-Helfern übergeben werden.

P. v. E.



Anläßlich eines Besuches des Direktors des THW und Vizepräsidenten des BZS, Dipl.-Ing. Hans Zielinski, in Hamburg, stand auch ein Gespräch mit dem Hauptverwaltungsbeamten der Stadt auf dem Programm.

Statt in der „Amtsstube“ wurde diese Besprechung auf das Feuerlöschboot „Branddirektor Sander“ verlegt.

Das moderne Löschboot fuhr rund zwei Stunden durch den Hamburger Hafen – Zeit genug für Gespräche in Sachen THW und KatS und für Erklärungen des Löschbootführers. Eine Besichtigung des einzigen Ambulanzbootes der Welt an der Feuerwache Steinwerder wurde als Einlage durchgeführt.

Nach Beendigung der Fahrt stellten sich die Teilnehmer zum Gruppenfoto; von rechts nach links: Oberbranddirektor Gebhardt, Direktor Zielinski und der Landesbeauftragte des THW für Hamburg, LB Trautvetter.

Nicht ganz alltäglich

Dem nächtlichen Spaziergänger im Naturschutzpark Thülsfelder Talsperre wäre gewiß nicht ganz wohl gewesen: Dumpfes Hämmern, schrilles Sägen, Motorgeräusche, ab und zu menschliche Stimmen, hinter der Heide drei dunkle, nicht näher definierbare Lkw zwischen den Bäumen; Holzstapel reflektieren fahl den Mondschein. Unvermutet zerreißt hinter der Kurve im gleißenden Scheinwerferlicht ein Holzband die Dunkelheit. Freitag, 30. April 1976, Nacheinsatz des THW-Ortsverbandes Cloppenburg an der Thülsfelder Talsperre.

Sechs Monate zuvor war der „Zweckverband Thülsfelder Talsperre“ mit dem Anliegen an den OV herantreten, durch eine Fußgängerbrücke von 120 m Länge einen Ausläufer des Sees zu überspannen. Der Bau der Brücke, die – durch Wald und Heide einem historischen Treiberpfad, der „Großen Trade“ folgend – im Zuge eines Wanderweges um den See liegt, war erforderlich geworden, weil ein alter Holzsteg infolge Verrottung zusammengebrochen war. Der vom „Amt für Kreisentwicklung“ für den Zweckverband erstellte Bauplan orientierte sich an Aspekten der Landschaftsharmonie. Außerdem bot er den Helfern – bereits im Bau zweier Brücken erprobt – in seiner technischen Version eine richtungweisende Novität: Sämtliche Oberbausegmente (Rahmen mit Gehbelag und Geländer) können jederzeit einzeln vom Unterbau (Rampfpfähle und Lagerhölzer) gelöst und ausgewechselt werden. Bis auf die Nagelung des Belages und der Handläufer sind sämtliche Verbindungen geschraubt. Den Unterbau bilden wasserbeständige brasilianische Bongossistämme, während in den übrigen Bauelementen Fichten- und Lärchenholz aus örtlichem Sturmschadenbestand verwandt wurde. Diese einheimischen und leichter verrottenden Hölzer sind durch eine Druckimprägnierung mit Spezialsalzen gegen Verfall und bautechnisch mittels Dachpappe (zwischen Ramppfahl und Lagerholz) vor aufsteigender Nässe geschützt.

Dem Bau der neuen Fußgängerbrücke ging der Abriss der Überreste des alten Steges voraus. Am 4. März begannen die eigentlichen Bauarbeiten.



Hier wird die Ramme eingestellt, mit der die zum Unterbau der Brücke gehörenden wasserbeständigen brasilianischen Bongossipfähle in den Boden getrieben wurden.

ten. Als Festpunkt der Waagerechten wurde eine bestimmte Linie über Normalnull – 23,50 m – angenommen und die Trassenführung mittels eines zwischen den Ufern gespannten Drahtes festgelegt. Während dieser Nivellierungsarbeiten spitzten einige Helfer die Bongossipfähle an und bereiteten sie zum Rammen vor. Da zu diesem Zeitpunkt der Wasserspiegel der Talsperre aufgrund allgemeiner Sanierungsarbeiten in dieser „Lagune“ bis auf den Grund abgesenkt war, erübrigte sich somit der zeitraubende Bau einer besonderen Rammfahre.

Die Rammarbeiten wurden mit einer 100 kg-Delmag-Ramme („Frosch“) und dem entsprechenden Führungs-

schlitten durchgeführt. Hierin lag auch der zeitaufwendigste Bauabschnitt, da einerseits die Trassenführung wie das senkrechte Einstellen des Schlittens exaktes Arbeiten erforderte, zum anderen für 68 Bongossipfähle nur eine Ramme zur Verfügung stand. Parallel dazu wurden die Hölzer der nachfolgenden Bauteile auf Länge geschnitten – Massenanfertigung in schablonengleichen Sägeböcken – und mit dem Schrauben der Rahmen (Oberbausegmente) begonnen. So konnten die Helfer bereits am 10. April die Lagerhölzer aufsetzen und mit Hilfe der zwischengelegten Dachpappe letzte, durch das Rammen bedingte Höhenunterschiede ausnivellieren.

Obwohl wöchentlich an zwei Abenden sowie samstags gearbeitet wurde, konnte 14 Tage später erst mit dem Auflegen der inzwischen komplett vorgefertigten Rahmen begonnen werden. Ein Beispiel, wie unterschiedlich zeitintensiv einzelne Baustadien verlaufen können. Zudem war der Wasserspiegel der Talsperre wieder so weit aufgelassen worden, daß die Helfer Watstiefel tragen mußten. Das Aufnageln des Gehbelages und des Geländers ging danach planmäßig vonstatten.

Bewußt sind im obigen Bericht einige Termine herausgestellt worden, um daran den jeweiligen Zeitaufwand der Bauabschnitte und damit die Bedeutung der organisatorischen Planung zu demonstrieren. Denn im OV Cloppenburg war man recht leger in der Terminplanung vorgegangen. Zwar konnte durch Improvisation vor Ort – z. B. parallel laufende Arbeiten – wieder Zeit gewonnen



Die Brücke wächst. Durch die Verwendung von Naturhölzern paßt sie sich harmonisch an die Umgebung an.

werden, jedoch ist diese Arbeitsmethode nicht weiterzuempfehlen. Ebenfalls wird der Ortsverband in Zukunft darauf achten, die Projektleitung nicht mehr auf nur einen Gruppenführer zu konzentrieren, sondern unter den B-Zugführern die Aufgaben zu delegieren (in diesem Falle hielt sich der ZF bei Baubeginn noch in Äthiopien auf).

Auf der anderen Seite unterliefen auch dem Zweckverband in seinem Aufgabenbereich – Bauplan, Materialliste und -beschaffung – trotz Organisation einige Verzögerungen. So mußte der dem Kreisbauamt zur Genehmigung vorgelegte Plan bezüglich der statischen Berechnungen der KSB Hoya zugeleitet werden. Nach zusätzlicher Bearbeitungsdauer war danach, da die KSB aus Sicherheitsgründen eine Besäumung des Belages vorschrieb, das bereits vor Ort gelagerte einheimische Holz erneut zur Sägerei zu transportieren. Obendrein lieferte eine andere Sägerei das Bongossiholz drei Wochen zu spät aus und zu guter Letzt fehlten beim Bau aufgrund falsch berechneten Verschnitts einige Längen des Fichtenholzes.

Die Beschaffung des zur Durchführung des Auftrages fehlenden Gerätes – so der Ramme und einer 2-Mann-Motorsäge – stellte über Vermittlung des THW-Landesverbandes kein Problem dar. Gewisse Schwierigkeiten traten allerdings bei der Verfügbarkeit dringend benötigter – wenn auch samstags arbeitender – Helfer auf.

Die Verpflegung bei ganztägigen Einsätzen durch die Frauengruppe des OV klappte einwandfrei. Reine Routinearbeit war auch die Verrechnung der Einsatz- und Betriebsstunden mit dem Zweckverband, mit dem das THW ohnehin jederzeit ausgezeichnet zusammengearbeitet hat. Ein paar Worte noch zur Öffentlichkeitsarbeit. Ein solches Projekt ist natürlich bestens geeignet, die Leistungsfähigkeit eines Ortsverbandes zu veranschaulichen. Sogar die Bewilligung zusätzlicher finanzieller Mittel für das THW kann auf diesem Wege erreicht werden. Entsprechend wichtig ist daher das Zusammenwirken des „Helfers für Öffentlichkeitsarbeit“ mit den örtlichen Zeitungen. Ein Tip für Pressehelfer: Schon bei Projektbeginn eine Konzeption für den abschließenden Bericht anfertigen, da sonst umständlich (wie zu diesem Bericht) Informationen und Photos nachgetragen werden müssen.



Die Fußgängerbrücke über einen Ausläufer der Thülsfelder Talsperre hat eine Länge von 120 Metern.

Die Einweihung fand am 8. Mai in Verbindung mit einem großen Heidekonzert statt. An die 40 Gäste aus dem öffentlichen Leben sowie 20 Pressevertreter (incl. Funk und Fernsehen) hatte der Zweckverband geladen. Leider fiel der gewählte Termin unglücklicherweise in die Zeit des Druckerstreiks, so daß nur wenige Cloppenburgler der Einladung zum „Volkswandern“ folgten.

Trotz allem konnte das vorgesehene Programm durchgeführt werden. Landesbeauftragter Sahlender (Niedersachsen) unterstrich die Bedeutung des THW, Kreisbeauftragter G. Hase skizzierte die Arbeiten an dieser Brücke, die 2000 Einsatzstunden erforderten. Landrat Bührmann, Vorsitzender des „Zweckverbandes Thülsfelder Talsperre“, verwies auf die Bedeutung der Fußgängerbrücke hinsichtlich der Infrastruktur des

Landkreises Cloppenburg. Dieses Gebiet, schwach industrialisiert, lebe vorwiegend von und mit der Landwirtschaft. Dem Fremdenverkehr komme große Bedeutung zu, so daß die Erschließung der Talsperre und der umliegenden Bauernschaften durch Straßen und Wanderwege der Wirtschaftsförderung beitrage. Nur selten habe man in Norddeutschland eine so ausgeprägte Landschaft mit Wald, Heide und Wiesen, wie um diesen See im Söstetal.

Als Höhepunkt der Veranstaltung schwammen die Helfer des OV mit dem S-Boot das letzte Oberbausegment ein, das Landrat Bührmann mit dem obligaten „Goldenen Nagel“ in 19 Schlägen befestigte. Sein Ausspruch und Geleitwort hierbei: „Niemand wird so schwer geladen haben können, daß dieses Bauwerk ihn nicht mehr trägt!“



Anläßlich der Einweihungsfeier wurde in Anwesenheit zahlreicher Gäste das letzte Oberbausegment eingeschommen und vom Landrat mit dem obligaten „Goldenen Nagel“ und kräftigen Schlägen befestigt.

Berlin sagt danke

Berlin hat 1976 die Patenschaft für die ARD-Fernsehlotterie „Ein Platz an der Sonne“ übernommen und unter das Motto: „Berlin sagt danke“ gestellt.

Auch ein bekanntes Berliner Kaufhaus startete eine Spendenaktion für diesen Zweck. Dabei ging es dann auch hoch her. Rund um das Kaufhaus war Hochbetrieb. Nero Brandenburg von Radio Luxemburg mit seiner Diskothek brachte Tausende von Berlinern in Schwung. Das THW beteiligte sich an dieser Veranstaltung mit einer Gerätesonderschau und gab ca. 3000 Portionen Erbsensuppe aus. Die Verlosung von wertvollen Preisen durch den Regierenden Bürgermeister Klaus Schütz und den Bezirksbürgermeister Dr. Stücklen fand auf einem THW-Lkw statt, wo Lostrommel und Diskothek aufgebaut waren. So stand das THW im Mittelpunkt dieser Veranstaltung und fand entsprechend große Beachtung.

G. B.

Mit RIAS in die Ferien

Auf Initiative des RIAS wurde mit Genehmigung der Hausherrin des Reichstags, Frau Bundestagspräsidentin Annemarie Renger, und in ihrer Anwesenheit auf dem Freigelände des Reichstags ein Riesenvolksfest abgehalten. Das Motto entsprach dem letzten Schultag: „Mit RIAS in die Ferien“. 80 000 Berliner erlebten dann eine 5-Stunden-Live-Sendung mit, in der es vor Überraschungen nur so sprudelte. Stars von Funk und Fernsehen, Polizei- und Militärorchester, Tanzgruppen aus Frankreich, Sportvorführungen, Feuerwehr-Jubiläumsschau u. v. a. unterhielten ununterbrochen die begeisterten Besucher.

Das THW Berlin war dabei verschiedentlich direkt oder indirekt beteiligt. Neben einer großen Fahrzeug- und Geräteschau und einer humoristischen Alarmstaffel als eigenem Beitrag zum Gesamtrahmen des Festes waren wir mit einer Fülle sonstiger Aufgaben befaßt.

Mit Sondergenehmigung der Landespostdirektion durften während dieser Veranstaltung auf der THW-Exklusivfrequenz sämtliche Regieanweisungen durchgegeben werden. Die Regiezentrale befand sich demgemäß

im THW-Funkleitwagen, der sich hierbei wieder einmal vortrefflich bewährte. Verschiedene Übertragungswagen, Diskotheken und sonstige Stromabnehmer wurden von unserem 53-kVA-Notstromaggregat versorgt. Die Wasserversorgung für den Kaffeegarten und die Schausteller wurde vom I-Dienst betrieben. Tanzpodium, Fahnenmasten und Festzelt wurden von uns aufgestellt. Viel Prominenz suchten wegen der

sengenden Sonne im abgeschirmten Raum des THW-Festzeltes nach Erfrischung.

Eine solche Menschenmenge hatte das Reichstagsgebäude lange nicht mehr gesehen. Der Erfolg dieser Fete war so groß, daß der RIAS nicht ausschließt, daß dieses Fest auch künftig wieder durchgeführt werden wird. Der Unterstützung durch das THW hat man sich dabei vorsorglich schon versichert.

G. B.

Zeltlagerbau für 500 Personen

Für Berlin ist es von großer wirtschaftlicher Bedeutung, nationale und internationale Großveranstaltungen zu bekommen. Die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung der Behörden und Organisationen ist auch unter diesem Aspekt besonders intensiv und vorbildlich. So blieb die Bitte des DLRG-Landesverbandes Berlin auch nicht unverhallt, als von dem Aufbau, der Einrichtung und des Betriebs eines Zeltlagers für 500 Teilnehmer die Rede war. Obwohl ein Zeltlager in dieser Größenordnung vom THW Berlin bisher noch nicht gebaut wurde, reizte es den Zugführer Sommermeier vom BV Steglitz in besonderer Weise, sich mit diesem Problem zu befassen. Es würde den Rahmen dieses Artikels sprengen, in die Einzelheiten zu gehen. Doch soll stichwortartig ein Überblick über angefallene Arbeiten gegeben werden:

1. Aufbau und Einrichtung von 60 Zelten.
2. Beleuchtung der Zelte von innen und Beleuchtung der Lagerstraßen.
3. Bau und Einrichtung von Waschanlagen (getrennt für Männer und Frauen) für 500 Personen.
4. Installation von Toilettenwagen

mit Verlegung eines Anschlusses an die städtischen Kanalisationsanlagen.

5. Organisation des Feuereschutzes, der Müllbeseitigung und des Lagereschutzes.

6. Bau einer 5 m breiten Holzterrasse zum oberen Lagerteil.
7. Betrieb und Wartung aller Anlagen für 6 Tage.

Trotz aller guten Vorbereitungen gab es dann noch manches Unvorhergesehene. Das Schlimmste hierbei war sicherlich ein sintflutartiger Regenfall, der in wenigen Minuten das Lager tief unter Wasser setzte. Da wegen dieses Unwetters das Berliner THW von der Feuerwehr schon voralarmiert war, konnte in kürzester Zeit notwendiges Pumpengerät ins Lager gebracht werden und die Schäden waren schon wieder behoben, als die Lagerbewohner von einer Stadtrundfahrt zurückkamen. Zusammengefaßt kann gesagt werden, daß die eingesetzten Helfer sehr vieles gelernt und entsprechende Erfahrungen gesammelt haben. Bei der Siegesfeier wurde dem THW eine Erinnerungsmedaille überreicht als Dank für die vorbildlichen organisatorischen Arbeiten bei der Durchführung dieser Großveranstaltung.

B. S.



Blick auf die vom Technischen Hilfswerk errichtete DLRG-Zeltstadt beim Olympia-Stadion, Berlin.

THW-Ortsverband Hürtgenwald

Ein neuer Ortsverband des THW-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen wurde in Hürtgenwald, Ortsteil Bergstein, gegründet.

Im Beisein zahlreicher Vertreter des Kreises, der Gemeinde, der Feuerwehr, des Deutschen Roten Kreuzes sowie des Bundesverbandes für den Selbstschutz wurde Bernhard Heuser, bisher Einheitsführer bzw. Stützpunktleiter, vom Landesbeauftragten Kautzky in sein Amt als Ortsbeauftragter eingeführt.

Die Helfer traten 1974 als Mitglieder des 3. Bergungszuges des Kreises Düren geschlossen ins THW ein; der neue Stützpunkt Bergstein wurde dem THW-Ortsverband Düren zugeordnet.

Innerhalb eines Jahres stieg dann die Helferzahl auf 46.

Unter Leitung von Gruppenführer Hans Heuser und Truppführer Dietmar Bergs wurde auch eine Jugendgruppe aufgebaut. Für diese Junghelfer im Alter von 12–15 Jahren sind Stiche und Bunde längst eine Selbstverständlichkeit, und ihr Wissen über die Geräte des THW ist erstaunlich. Trotzdem kommt aber auch das Kameradschaftliche und Gesellige nicht zu kurz. So wurden unter anderem Grillabende, Wanderungen, Schwimmen und Wochenendzelten durchgeführt. Mit vier THW-Helferinnen konnte der Verpflegungstrupp verstärkt werden.

Der bisher gezeigte Eifer und Idealismus der Junghelfer und Helferinnen wurde vom Landesbeauftragten Kautzky mit dem THW-Abzeichen belohnt. Im Laufe der Gründungsfeier sprachen Kreisoberrechtsdirektor Nolden, Gemeindedirektor Scholl und Amtsbürgermeister Thomas den Dank aus für die bisherigen Leistungen – wie der hervorragende 2. Platz bei einem Kreisvergleichskampf, der schnelle und gute Einsatz bei der dramatischen Ankunft des Schriftstellers Solschenyzyin in Langenbroich im Hause von Heinrich Böll sowie die stets hilfreiche Unterstützung der Gemeinde und Vereine bei öffentlichen Veranstaltungen beweisen. Auch in der Zukunft könne sich der Ortsverband Hürtgenwald auf die Unterstützung des Kreises und der Gemeinde verlassen. Zusammenarbeit und Kameradschaft boten sämtliche Vertreter der anderen Fachdienste an.

In seiner Rede bedankte sich OB Heuser beim Kreisbeauftragten Kleene und Geschäftsführer Hoffmann für ihre wertvolle Hilfe, beginnend beim Eintritt ins THW bis zur nun erfolgten Ortsverbandsgründung. Das zu betreuende Gebiet mit den zahlreichen Campingplätzen, Stauseen und dem immer stärker werdenden Fremdenverkehr sei beim OV Hürtgenwald in guten Händen. Davon konnten sich die Gäste bei einem Diavortrag, zusammengestellt und vorgetragen von Zugführer Günther Cremer, überzeugen. H. H.

Gemeinsame Übung mit dem MHD

„Die Hilfsorganisationen müssen zusammenarbeiten“, sagten sich THW-Ortsbeauftragter Hubert Flöper und Zugführer Ulrich Schulte vom Balver Malteser-Hilfsdienst, die den ersten Schritt dazu unternahmen. Vor kurzem trafen sich die Gruppen-



Helfer des MHD lassen sich von THW-Gruppenführer Weber (kniend) das Notstrom-Aggregat und seine Funktion erklären.

führer des MHD in der Unterkunft des THW. Auf dem Programm stand die Ausbildung am Notstromaggregat. Fachkundiges Personal des THW, Zugführer Franz Tempel und Gruppenführer Josef Weber, erklärten das richtige „Anwerfen“ des Motors, Aufstellen der Beleuchtung und Behebung eventueller Defekte. Nach ein- und eineinhalb Stunden konnten die MHD-Gruppenführer sagen, daß sie etwas dazugelernt hatten und sich nun auch den Umgang mit dem Notstromaggregat zutrauen. Damit wurde eine Ausbildungsreihe, die das THW mit dem MHD ausgearbeitet hat, begonnen. So ist ein Erste-Hilfe-Kursus für die Helfer des THW geplant sowie eine gemeinschaftliche Übung. Hier soll sich dann zeigen, wie die Zusammenarbeit klappt. „Gerade im Katastrophenfall ist Teamwork und das gute Zusammenspielen der Hilfskräfte von größter Wichtigkeit“, meinte THW-Ortsbeauftragter Flöper zu dem Problem. B. F.



„Eine Idee gewinnt Freunde“: die Jugendgruppe des neuen THW-Ortsverbandes Hürtgenwald.

Werbung – einmal anders

Den Gründungstag des THW nahmen die Ortsverbände Bottrop und Glad-

beck zum Anlaß, sich in der Öffentlichkeit darzustellen. KB/OB Hrabowsky (OV Bottrop) und OB Guder (OV Gladbeck) wollten demonstrativ zeigen, mit welchem Potential der Mitbürger rechnen kann, wenn er größeren Unglücken oder gar einer Katastrophe gegenübersteht. Die beiden Ortsbeauftragten beschlossen, ein Fahrzeugkorso durch die Stadt Bottrop-Gladbeck zu veranstalten. Einfach war es nicht, denn zu diesem Zwecke mußten Straßen für den Verkehr gesperrt werden. Schließlich bestand die Kolonne aus dreißig Fahrzeugen, alle im neuen, frischen THW-Blau. Gut machten sich dabei die 60 Helfer in ihrer neuen Dienstbekleidung. Um 11 Uhr begann die Fahrt durch Gladbeck, die von 12 bis 14 Uhr für die Kfz- und Geräteschau unterbrochen wurde. Während die Bevölke-

rung interessiert die Fahrzeuge umlagerte, viele Fragen stellte und Prospektmaterial erhielt, faßten die übrigen Helfer ihre Erbsensuppe. Danach bewegte sich der Korso, wieder von der Polizei begleitet, nach Bottrop. Auf dem Berliner Platz fand eine weitere Demonstration der Fahrzeuge und Geräte statt, und wieder konnte großes Interesse bei den vielen Zuschauern festgestellt werden. KB/OB Hrabowsky hatte richtig kalkuliert: Bei einem „Tag der offenen Tür“ hätte er bei stärkstem Rühren der Werbetrommel nicht so viele Mitbürger ansprechen können. Das THW muß auch zum Bürger gehen. Denn nur auf diese Weise kann es bei ihm um das Vertrauen werben, das es verdient. Daß die in Bottrop und Gladbeck erscheinenden Zeitungen sehr positiv in Wort und Bild über Hrabowskys

neuen Einfall berichteten, zeigt eindeutig, welchen Wert auch dieser Art der Öffentlichkeitsarbeit beizumessen ist. kg

Nachruf

Am 14. Juli 1976 verstarb unerwartet und viel zu früh unser Kreisbeauftragter für Düsseldorf

Hans-Günter Deimel
Bürgermeister
der Landeshauptstadt

im Alter von 49 Jahren. In der kurzen Zeit seiner Amtsführung als Kreisbeauftragter hat er dem OV Düsseldorf schwierige Wege geebnet und sich für ihn eingesetzt, wenn es galt, für die Helferschaft optimale Hilfe zu leisten. Ihm wird ein stetes Angedenken bewahrt bleiben.

Ortsverband Düsseldorf

Saarland



Zwei Kamine gesprengt

Unter der Gesamtleitung von Sprengmeister W. Warken (OV Völklingen) und unter Mitwirkung von Sprengmeister E. Käufer (OV Ludweiler), der verantwortlichen Person nach § 16 Sprengstoffgesetz beim LV, GF Müller, und 20 Sprenghelfern aus dem gesamten Geschäftsbereich Saarbrücken wurden in einem ehemaligen Kalkwerk eines großen Stahlwerkes in Bübingen bei Saarbrücken zwei Kamine von 82 m und 90 m Höhe gesprengt. Die Vorarbeiten zur Sprengung der

beiden Kamine, die im Jahre 1904 errichtet und nach Zerstörung im 2. Weltkrieg wieder aufgebaut wurden, begann bereits zwei Monate vor dem Sprengtermin anlässlich einer KatS-Übung aller 7 Ortsverbände des Geschäftsbereichs Saarbrücken. Im Rahmen von Weiterbildungsmaßnahmen wurde anhand der vorher erstellten Berechnungen die Fallrichtung festgelegt, Untersuchungen der Kamine durchgeführt sowie Fallschlitze und Anordnung der Löcher aufgezeichnet. An den darauffolgenden Wochenenden wurden die notwendigen Arbei-

ten von den Sprenghelfern der B-Züge durchgeführt. Die Berechnungen hatten ergeben, daß bei Kamin I mit einem Durchmesser von 5,20 m und einer Trommelstärke von 1,10 m bei der Fallschlitzmethode 11 Löcher gebohrt werden mußten, bei Kamin II mit einem Durchmesser von 6,24 m und einer Trommelstärke von 1,20 m 15 Löcher. Insgesamt wurde der Bedarf von 20 kg Ammon-Gelit 3 errechnet. Da die Sprengstelle in unmittelbarer Nähe einer stark frequentierten Bundesbahnstrecke lag, mußte der Zeitpunkt der Sprengung mit der Bun-



Die zwei 82 und 90 m hohen Kamine.



Kamin I stürzt.



Kamin II stürzt.



Endphase der Sprengung.

desbahn abgesprochen werden. Umfangreiche Sicherheitsvorkehrungen, in Zusammenarbeit mit der Polizei, waren zu treffen.

Die Sprengung der beiden Kamine, in Abständen von zwei Minuten, verlief in Anwesenheit von Gästen und vielen Zuschauern reibungslos. Nach der Zündung durch Sprengmeister Warken entwickelte sich eine Staubwolke, und erst langsam und dann mit Beschleunigung, neigten sich nacheinander die beiden Kamine in die vorberechnete Fallrichtung, wobei die Kamine jeweils im oberen Drittel abrisen.

Viel Anerkennung für die Präzisionsarbeit erhielten die Sprengmeister und Sprenghelfer von den Gästen, unter ihnen LB Reimann, der für den Katastrophenschutz der Stadt Saarbrücken zuständige Beigeordnete Münster, GF Diehl, sowie Vertreter von Polizei, Bundeswehr, Gewerbeaufsichtsamt, DRK, vom Stadtverband Saarbrücken sowie Presse und Fernsehen. G. Faß

Einsatz des OV Mettlach

Schwer verletzt wurde der Fahrer eines LKW, als das mit Schotter beladene Fahrzeug bei Mettlach von einer abschüssigen Straße abkam, ein Eisengeländer durchbrach und in die Saar stürzte.

Glück im Unglück hatte der im stark beschädigten Führerhaus eingeklemmte Fahrer, da die Saar an dieser Stelle nicht sehr tief ist. Gemeinsam wurde er von einer Bergungsgruppe des THW-OV Mettlach unter der Leitung von OB G. Reinig und der Freiwilligen Feuerwehr Mettlach in mühsamer Arbeit geborgen und vom DRK, ebenfalls wie THW und Feuerwehr von der Polizei alarmiert, in ein Krankenhaus gebracht.

Die THW-Helfer bargen anschließend gemeinsam mit einer Abschleppfirma – unter Zuhilfenahme eines Kranfahrzeuges – das Unglücksfahrzeug. Nach vier Stunden waren alle Maßnahmen abgeschlossen, die Straße konnte wieder für den Verkehr freigegeben werden.

G. F.

Ausstellung in Spiesen

„Hausherr“ im Rathaus samt Vorplatz der Großgemeinde Spiesen-Elversberg war für ein Wochenende der THW-Ortsverband Spießen-Elversberg, der im Rahmen des 25jährigen Bestehens der Bundesanstalt THW die Öffentlichkeit zu einer großen Ausstellung eingeladen hatte.

Für die zweitägige Veranstaltung war ein kompletter Bergungszug aufgefahren. Laufende Vorführungen aus dem Gesamtbereich der Aufgabenstellung des THW, wie z. B. Bau von Behelfsbrücken und -stegen, Arbeit mit Sauerstofflanze, Zweimann-Motorsäge, hydraulischer Rettungsschere u. ä. sorgten für einen ständigen „Szenenwechsel“. Parallel hierzu wurden im Rathaus Filme aus der Arbeit des THW vorgeführt.

Besonders die Abschlußklassen der Hauptschule wurden hierbei zusätzlich angesprochen, da zu Beginn der Veranstaltung ein Vortrag vor diesem Personenkreis das Interesse geweckt hatte.

Unter den zahlreichen Besuchern der Veranstaltung waren auch MdL H. Becker, Bürgermeister H. Kohler, die Vertreter des Gemeinde- und Orsrates sowie Abordnungen der anderen KatS-Organisationen.

Ein Lob gehört an dieser Stelle allen Helfern des OV unter OB Meyer, die wiederum keine Mühe scheuten, der Gesamtveranstaltung die gute Resonanz zu geben. G. F.

Übung an der KSL

Optimale Bedingungen fand der Bergungszug des OV Ludweiler mit Zugführer Kuhn vor, als die Helfer an der KSL Düppenweiler eine ganztägige Übung durchführten.

Schon frühmorgens um 5.30 Uhr waren die Helfer zu einer Kolonnenfahrt gestartet, um bereits eineinhalb Stunden später mit der Bergungsübung beginnen zu können. Während eine Gruppe Abseilen mit Hilfe der Seilbahn vom Bergungsturm der Schule übte, konnten zwei weitere Gruppen die verschiedenen Phasen der Bergung proben. Im Laufe des Tages war so die Möglichkeit gegeben, die einzelnen Gruppen im Kreisverfahren optimal einzusetzen.

OB Knoblauch, der an der ganztägigen Übung teilnahm, lobte abschließend die guten Ausbildungsmöglichkeiten an der KSL und die Einsatzfreudigkeit der Helfer des OV Ludweiler.

E. K.

Für die Allgemeinheit

Gemeinsinn bewies der THW-Ortsverband Jllingen, als die Bevölkerung dazu aufgerufen wurde, sich an der Verschönerung von Wustweiler zu beteiligen. Während der Schlechtwetterperiode hatte sich an einer Brücke über die Jll ein Stau durch angeschwemmte Baumstämme und sonstiges sperriges Material gebildet. Bei weiteren starken Regenfällen hätte es zu einer Überschwemmung kommen können.

Hier wurde Abhilfe geschaffen, indem Gruppenführer H. Schorr mit einer Bergungsgruppe in einem vierstündigen Einsatz das Schwemmgut barg und abtransportierte. G. F.

RHEINLAND~PFALZ



Leistungsschau in Ahrweiler

Mit einer Informationsausstellung gab der THW-OV Ahrweiler ein eindrucksvolles Bild davon, was im Katastrophenfall zu leisten ist. Die Öffentlichkeit erlebte vielfältige Vorführungen an Geräten und Einsatzfahrzeugen und darüber hinaus plastischen Anschauungsunterricht im Informationszelt.

OB Wolfgang Klawonn begrüßte die Ehrengäste, insbesondere Landrat Dr. Christoph Stollenwerk, Bürgermeister Rudolf Weltken, Kreisfeuerwehrinspektor Achilles Mark, Stadtbrandmeister Josef Ropertz und nicht zuletzt den Landesbeauftragten des THW für Rheinland-Pfalz, Siegfried Drogies.

Und das gab es u. a. zu sehen:

einen THW-Bergungszug mit Funk-

kommandowagen, Gerätekraftwagen und drei Mannschaftsfahrzeuge; außerdem den in Kalenborn stationierten Instandsetzungszug des OV Ahrweiler mit der Elektro- und Wassergruppe sowie der Abwasser-Öl-Gruppe. Dieser Zug zeigte die eindrucksvollste Demonstration, als die Spezialisten nämlich daran gingen, einen mit Stahl armierten Betonklotz binnen Minuten zu durchbrennen. Fachleute erläuterten dem Publikum den Ein-

satz der Sauerstofflanze.

Viel Eindruck machte auch der Gerätekraftwagen. Zu ihm gehören eine mit Öldruck arbeitende Rettungsschere, ein elektrischer Gesteinsbohrhammer sowie weitere Geräte zum Greifen und Zertrennen. Der THW-OV Sinzig war mit einer Pumpengruppe vertreten und stellte außerdem ein 58-kVA-Notstromaggregat und eine Trinkwasseraufbereitungsanlage vor. Hier kam es zu einer viel beachteten Szene, als Landrat Dr. Stollenwerk ein Glas aufbereitetes Ahr-Wasser zum Munde führte. Es schmeckte, wie der Landrat versicherte, „genau so gut wie jedes andere Trinkwasser“. Das Vorbild des Landrates veranlaßte daraufhin weitere Ehrengäste, zu einem Glas Ahr-Wasser zu greifen. Meinte Bürgermeister Rudolf Weltken von Bad Neuenahr-Ahrweiler nach entsprechender Probe: „Schmeckt fast wie 'ne Trockenbeeren-Auslese...“.

Über Bedeutung und Aufgabenstellung des THW hatte Landrat Dr. Stollenwerk bei der Eröffnung dieser Informationsschau einige Worte geäußert. Er sagte, daß das THW nach dem Gesetz „einen festen Platz im Gefüge unseres Katastrophenschutzes hat“. Die bestehenden Hilfsorganisationen, so der Landrat, stehen überdies nicht in Konkurrenz zueinander, sondern sind Teile eines großen Ganzen. Er dankte dem OV Ahrweiler für Organisation und Durchführung dieser Leistungsschau, die der Bevölkerung deutlich mache, daß Vorsorge für den Ernstfall getroffen ist. Sein Dank schloß auch den THW-Musikzug aus Hermeskeil ein, der der Veranstaltung einen besonderen musikalischen Rahmen verliehen hatte.

300 Helfer bei Großübung

Ihre diesjährige Gemeinschaftsübung führten die fünf Ortsverbände des GF-Bereiches Neuwied im stillgelegten Basaltsteinbruch der Rothenbacher Lay bei Westerbürg durch. Hier probten rund 300 Helfer den Katastrophenfall und zeigten interessierten Zuschauern ihren guten Leistungsstand. Aber auch die Zusammenarbeit mehrerer Fachdienste, Schulung der Führungskräfte und die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz und der Freiwilligen Feuerwehr, wie sie bei Einsätzen immer häufiger notwendig wird, waren Ziel der ganztägigen Übung. Mit 38 Fahrzeugen rückten die Ortsverbände aus Betzdorf, Lahnstein, Montabaur, Neuwied und Westerbürg an. Nach der Frühstücksausgabe in der Unterkunft Westerbürg setzte sich die Kolonne zum vier Kilometer entfernten Übungsgelände in Marsch. Im Anschluß an die Begrüßung durch den stellvertretenden Ortsbeauftragten von Westerbürg, Dipl.-Ing. Horst Rustmeier, machten sich die Helfer an die Übungsaufgaben. 27 Einzelaufgaben mußten bewältigt werden. Bei der Bergung aus einem Wohnhaus stützten die Helfer Decken ab, legten Aussteifungen an Fenster und Türöffnungen und setzten Strebstützen an. Mit Tiefbohr- und Aufbruchhämmern wurden Löcher in Felswände getrieben. Fernmeldekabel stellten die Verbindung zwischen den einzelnen Einsatzstellen her und regelten den Durchgangsverkehr. Treppenanlagen, Schwimm- und Hängestege schufen Fußgängerüberwege und befahrbare Brücken. Rettungstaucher der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) bargen

einen Pkw. Bei dieser Aktion kamen Hydro-Pressen und Brennschneidgeräte zum Einsatz.

Die Jugendgruppe des OV Westerbürg baute einen Trümmersteg zum Passieren von unwegsamem Gelände und leuchtete den Arbeitsplatz aus. Fahrtechnische Wettbewerbe mit Reifenwechsel und Pannenhilfe hatten die Kraftfahrer bei einer Orientierungsfahrt zu bewältigen.

Neben Verbandsbürgermeister Hörster und verschiedenen Ortsbürgermeistern überzeugten sich auch CDU-Wahlkreiskandidat August Hanz und der Vorsitzende des rheinland-pfälzischen Innenausschusses, MdL Gerhard Krempel, vom Gesamtbild der Übung. Der Landesbeauftragte für Rheinland-Pfalz des THW, Drogies, erläuterte die Übungsaufgaben und verdeutlichte den Politikern die Aufgabe des THW im Katastrophenschutz.

Th. A. F.

Nachruf

Am 29. Juni 1976 verstarb völlig überraschend unser THW-Kamerad

Wolfgang Schöb

kurz nach Vollendung seines 37. Lebensjahres. Er gehörte dem Ortsverband seit dem 19. März 1958 an. Auf Grund seiner besonderen Aktivität wurde er 1964 mit dem THW-Helferzeichen in Gold ausgezeichnet. Als Zugführer des Bergungszuges hat er sich als hervorragende Führungskraft bewährt, dem die Achtung und das Vertrauen der Helfer entgegengebracht wurde. Seine Tatkraft wird uns lange fehlen.

OB und Helfer des
OV Zweibrücken

Hessen



THW-Einsatz bei Waldbränden

Infolge der lang anhaltenden Dürre kam es in Hessen verschiedentlich zu Waldbränden von zum Teil erheblichen Ausmaßen. Der größte Brand – dem ca. 70 Hektar Wald zum Opfer fielen – entstand am 1. Juli im Raum Bensheim-Einhausen (Südhessen). Bis zu 1000 Feuerwehrleute aus den umliegenden Ortschaften, unterstützt von amerikanischen und deutschen Pionieren mit schwerem Räumgerät und 115 Helfern des THW mit 13 Fahrzeugen aus den Ortsverbänden

Heppenheim, Bensheim, Lampertheim und Viernheim waren im Einsatz, um der wütenden Flammen Herr zu werden. Während die Feuerwehren sich auf das Ablöschen des Brandes konzentrierten, die Pioniere mit ihren schweren Raupen Schneisen in den Wald rodeten, um ein weiteres Ausbreiten des Bodenfeuers zu verhindern, waren die Männer des THW mit Motorsägen und Schanzzeug im Einsatz, um durch Fällen von Bäumen Brandschutzschneisen in den Wald zu schlagen. Sie leisteten außerdem Bereitschaftsdienst in einer

durch den Brand gefährdeten Ortschaft und sorgten für die Verpflegung der Einsatzkräfte. Der Einsatz endete am 3. Juli um 13.00 Uhr. In der Nähe des Autobahndreiecks Mönchhof, nahe dem Frankfurter Flughafen, entstand ebenfalls am 1. Juli ein Brand, der sich erst nach Osten ausbreitete und dann – nach Drehen des Windes – die Autobahn Mönchhofdreieck-Darmstadt übersprang und sich auf der anderen Seite weiter in den Wald hinauf fraß. Die Autobahn mußte zeitweilig gesperrt werden. Die Frankfurter Be-



Eine Planierraupe der amerikanischen Pioniereinheiten im Einsatz.



THW-Helfer schlagen Brandschneisen mit Hilfe ihrer Motorsägen.

rufsfirewehr und Freiwillige Feuerwehren aus der Umgebung waren bis in den späten Abend im Einsatz. Nach Alarmierung durch die Frankfurter Berufsfeuerwehr gingen am Morgen des 2. Juli 41 Helfer mit 13 Fahrzeugen aus den Ortsverbänden Frankfurt, Neu-Isenburg, Hofheim, Bad Homburg und Rüsselsheim mit Motorsägen daran, eine ca. 1,5 Kilometer lange und sechs bis acht Meter breite Brandschutzschneise rund um den Brandherd zu schlagen. Planierraupen eines US-Pionierbataillons räumten die Brandstelle.

Der nächste Einsatz für 89 Helfer mit 18 Fahrzeugen aus den Ortsverbänden Bad Homburg, Frankfurt und Oberursel begann am 4. Juli bei Friedrichsdorf/Taunus. Dort hatte sich – vermutlich infolge Blitzschlages – ein Großbrand entwickelt, der sich durch ständig wechselnden Wind schnell ausbreitete. Die Frankfurter Berufsfeuerwehr und Wehren aus 15 Taunusgemeinden waren zur Bekämpfung eingesetzt, von einem Hubschrauber aus geleitet. Das THW unterstützte die Feuerwehr mit Wasserrucksäcken und Schanzzeug, um Glutnester abzulöschen. Außerdem leuchteten die Helfer die Einsatzstellen für Planierraupen aus und übernahmen zeitweilig die Funkstelle der Einsatzleitung. goi

Nachruf

Am 11. Juni 1976 starb nach längerem Leiden der Ortsbeauftragte für Alsfeld

Richard Braun

Der Verstorbene gehörte seit Dezember 1959 dem THW an und wurde bald kommissarisch zum Ortsbeauftragten bestellt. Als Bauingenieur und Architekt lehrte er an einer Fachoberschule in Alsfeld und stellte ein Großteil seiner Kraft in den Dienst des Technischen Hilfswerks. Mit Umsicht und Energie baute er den dortigen Ortsverband auf und wurde im März 1962 zum OB ernannt. Richard Braun, der im 57. Lebensjahr stand, erhielt im Juni 1971 seine Berufung zum Kreisbeauftragten. Am 12. Dezember 1970 wurde er für seine Verdienste um das THW mit dem Helferzeichen in Gold ausgezeichnet. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Landesverband Hessen und die Helfer des OV Alsfeld



Eine 70 m lange und über 5 m breite Bailey-Brücke baute das THW als Behelfsübergang über die Jagst.

Bailey-Brücke über die Jagst

Seit dem 17. Jahrhundert verbindet eine einspurige Straßenbrücke über die Jagst die beiden Ortsteile Alt-Krautheim und Krautheim. Diese historische Brücke mit ihren Schutzheiligen reichte seit langem nicht mehr für den heutigen Straßenverkehr aus. Außerdem war diese Brücke baufällig



Die 103 Tonnen schwere Brücke wurde nach Fertigstellung für 16 Tonnen Nutzlast freigegeben.

geworden. Deshalb wurde eine neue, moderne Spannbetonbrücke von den Behörden in Auftrag gegeben. Für die Bauzeit von ca. einem Jahr mußte eine Übergangslösung gefunden werden, da die alte Brücke abgerissen werden sollte. Es wurde vereinbart, daß das THW eine Bailey-Brücke erstellt. Am 24. April bauten Helfer der Ortsverbände Oeberingen und Künzelsau diese Bailey-Brücke. Sie hat eine Länge von 70,164 m, eine Breite von 5,486 m und liegt auf zwei betonierten Pfeilern. Mit dieser Brücke ist ein einspuriger Straßenverkehr auf einer 3,27 m breiten Fahrspur möglich. Der Fußgängerverkehr zwischen den beiden Ortsteilen wird durch einen getrennten Fußgängersteg auf der gleichen Brücke aufrechterhalten. Die Straßenverkehrsbehörden haben die 103 Tonnen schwere Brücke für einen Verkehr bis zu 16 Tonnen Nutzlast freigegeben. H. H.

OV Singen erhält neue Unterkunft

Am 12. Juni veranstaltete der OV Singen anlässlich der offiziellen Einweihung seiner neuen Unterkunft einen „Tag der offenen Tür“. Die Unterkunft, nach den Richtlinien

für den Bau von Standardunterkünften gebaut, ist auf eine Sollstärke von einem B-Zug ausgelegt. Neben einer Fahrzeughalle und Abstellplätzen innerhalb des Geländes sind in dem Unterkunftsgebäude Räume für die Lagerung der Geräte, für Unterrichts- und Besprechungszwecke, für die Verwaltung und den OB, sanitäre Anlagen, einschließlich Duschen und einer Stiefelputzecke, enthalten. Auch eine kleine Teeküche fehlt nicht. In der Festansprache wurde von allen Rednern besonderer Wert auf die kreative Zusammenarbeit mit den anderen Hilfsorganisationen gelegt. Der Bürgermeister der Stadt Singen betonte in seiner Rede gerade die Zusammenarbeit und stellte ein Planspiel der Katastrophenschutz-Einsatzleitung für die Zukunft in Aussicht.

Der „Tag der offenen Tür“ wurde nach dem offiziellen Teil mit Vorführungen des OV und einer Tanzveranstaltung am Abend fortgesetzt. H. H.

Gefährliche Situation

Spätabends klingelte bei H. Quosbarht, OB des OV Öhringen und KB für den Hohenlohekreis, das Telefon: Alarm vom Wasserwirtschaftsamt Künzelsau. An einem Stauwehr in Zaisenhausen hatte sich der Ablaufschieber, ein elektrischer Spindelschieber, verklemmt und konnte nicht mehr geöffnet werden. Eine halbe Million Kubikmeter Wasser mit einer Wassertiefe von 18 m hatte sich zwischenzeitlich angesammelt und drohte zu einer Gefahr für das ganze Tal zu werden. Nach eingehender Erkundung der Situation durch Zugführer Guillard und Gruppenführer Müller wurden zwei Einsatzpläne durchdacht: 1. Sprengen, 2. Befestigen von zwei 3-t-Greifzügen durch einen Taucher. Die Entscheidung fiel zu Gunsten der 2. Möglichkeit, nachdem ein Mannheimer Berufstaucher für die schwierige Aufgabe gewonnen werden konnte. Zugführer Guillard leitete den folgenden Einsatz. Ihm zur Seite standen vier Gruppenführer des OV Öhringen, deren Aufgabe die Sicherung des Tauchers und die Bedienung der Greifzüge war. Trotz schwerster Arbeitsbedingungen für den Taucher (undurchsichtiges Schmutzwasser)

und die Mannschaft (Strudel) konnte der Schieber nach fünf Stunden soweit geöffnet werden, daß die gefährliche Situation als bereinigt bezeichnet werden konnte. Die Alarmbereitschaft für den OV Künzelsau des THW und die Freiwillige Feuerwehr Künzelsau konnte aufgehoben werden. W. H.

Großfeuer in Stuttgart

Einen Schaden von mehreren Millionen DM richtete ein Großbrand in einer Lack- und Farbenfabrik in Stuttgart-Feuerbach an. Haushohe Flammen und schwarze Rauchwolken waren am Abend des 8. Juli weit über Stuttgart-Feuerbach hinaus sichtbar. Die Stuttgarter Berufsfeuerwehr gab Großalarm und rückte mit allen verfügbaren Kräften aus. Die fünf verwaisten Feuerwachen wurden von Freiwilligen Feuerwehren übernommen. Neben Sanitätsorganisationen wurde auch der THW-OV Stuttgart alarmiert. Der OV setzte einen Bergungszug ein, der die Aufgabe hatte, die Feuerwehr in ihrem

Kampf gegen die Flammen zu unterstützen. So wurden u. a. weitere Schlauchleitungen verlegt und die Einsatzstelle durch zwei Beleuchtungssätze und ein Notstromaggregat 50 kVA ausgeleuchtet. Nach Mitternacht war das Feuer soweit unter Kontrolle, daß die Kräfte teilweise wieder abrücken konnten. Glücklicherweise wurde niemand ernsthaft verletzt. Es blieb bei einigen leichteren Rauchvergiftungen. H. H.

Geräteschau mit Musik

Am 12. und 13. Juni stellte der THW-OV Ulm seine Geräte und seine Helfer der Ulmer Bevölkerung vor. In Zusammenarbeit mit dem THW-Förderungsverein wurde diese Schau ein sehr großer Erfolg. Von weit her lockten die zwei hohen Spitzen der beiden I-Trupp-Zelte und die Musik von zwei Kapellen die Ulmer Bevölkerung an. Neben der Geräte-, Fahrzeug- und Informationsschau wurden viele publikumswirksame Dinge angeboten. So wurde u. a. ein Ballonwettfliegen veranstaltet.

Für den weitesten Flug hatte eine örtliche Zeitung einen Preis ausgesetzt. Weiterhin konnten die Kinder an verschiedenen Geschicklichkeitsspielen teilnehmen. Während die Jugendlichen sehr stark an den THW-Fahrzeugen interessiert waren, nahmen die Erwachsenen in und um den Zelten Platz, aßen Würstchen vom Rost, Eintopf oder belegte Brötchen und stillten ihren Durst mit Bier oder alkoholfreien Getränken. Wer von der Besichtigung der Geräte und der Fahrzeuge müde geworden war und sich gestärkt hatte, konnte sich mit einer THW-Fähre von dem Gelände in der Friedrichsau in die Stadtmitte bringen lassen. Die THW-Fähre, bestehend aus 3 LA-Pontons, war der große Anziehungspunkt. Nicht nur die Erwachsenen hatten viel Spaß an der Fähre, auch die Kinder ergriffen schnell die Möglichkeit, mit ihr transportiert zu werden. Wenn dann noch die roten Schwimmwesten angelegt werden mußten, erreichte das Vergnügen seinen Höhepunkt. Am Ende der Fährfahrt wollten die meisten Kinder dann nicht mehr ihre Schwimmwesten ablegen! H. H.

Bayern



LB Schwarz wurde 60

Der Landesbeauftragte der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk für Bayern, Dipl.-Ing. Johann Simon Schwarz, beging seinen 60. Geburtstag, zu dem ihm zahlreiche Glück- und Segenswünsche zuzingen, u. a. von Ministerpräsident Dr. Goppel, Staatsminister des Innern Dr. Merk, Präsident Dr. Kolb, Vizepräsident

Dipl.-Ing. Zielinski, von Politikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Besonders herzlich gratulierten die Ortsverbände des Technischen Hilfswerks und die hauptamtlichen Mitarbeiter des Landesverbandes. Hauptsachgebietsleiter Leikam würdigte in einer Feierstunde Leistung und Werk von Dipl.-Ing. Schwarz und überreichte anschließend ein Präsent der Mitarbeiter.



Nachruf

Der Ortsverband Amberg betrauert den Verlust seines Kameraden

Rudolf Schmid

Nachdem er noch am 26./27. Juni 1976 bei einer zweitägigen Übung der Ortsverbände Amberg und Parsberg als erfahrener Ausbilder teilgenommen hatte, wurde er überraschend für alle, die ihn kannten, am 30. Juni 1976 in seinem 51. Lebensjahr abberufen.

Als 15jähriger fand er bereits 1940 den Weg zur Technischen Nothilfe. 1962 kam er zum THW, wurde dort Gruppenführer im Bergungsdienst bis 1964 und anschließend in seinem Hausfach Gruppenführer „E“ im I-Zug.

Ob in Skopje, Banja Luka oder bei der Olympiade in München, Schmid war immer dabei.

Er war Träger des goldenen Helferzeichens mit Kranz.

Er wird seinen Kameraden und Freunden stets in treuer, ehrenvoller Erinnerung bleiben.

Ortsverband Amberg

Besuch der Artillerieschule des Heeres in Idar-Oberstein

Oberhalb der bereits in den Jahren 1320 und 1227 urkundlich genannten Orte „Idar“ und „Oberstein“, der heutigen Edelstein-Stadt Idar-Oberstein erhebt sich aus der abwechslungsreichen Landschaft des Landes Rheinland-Pfalz weithin sichtbar der „Klotzberg“ und der „Rilchenberg“. Auf der Höhe des Klotzberges wurde im Zuge des Aufbaus der Bundeswehr die Artillerieschule des Heeres gegründet und in der „Klotzbergkaserne“ untergebracht. Später wurde die Artillerieschule in eine Kasernenanlage auf dem nahen Rilchenberg verlegt. Sie ist eine der größten und wohl die modernste Ausbildungsstätte des Heeres. Zahlreiche Militärexperten der NATO und befreundeter Streitkräfte zählen zu ihren regelmäßigen Gästen.

Auch für den zivilen Warndienst ist diese bedeutende Einrichtung der Bundeswehr im Rahmen der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) von Interesse. So lag es nahe, für die Leiter der Warnämter und WD-Verbindungsstellen im Zusammenhang mit dem vom 1. bis 3. Juni beim Warnamt VII/Weinsheim stattfindenden Fortbildungslehrgang eine Besichtigung der Artillerieschule einzuplanen. Das von dem Leiter des Warnamtes VII, Dipl.-Ing. Utischill, in Zusammenarbeit mit dem Stab der Schule für den Nachmittag des 2. Juni erstellte Programm enthielt nach einem einführenden Vortrag über Gliederung und Aufgaben der Artillerieschule und einem Referat über atomare Waffen der Sowjetunion die Besichtigung der Gedenkstätte der Artillerie, die Demonstration von Waffen und Gerät der Artillerie aus Vergangenheit und Gegenwart sowie einen anschaulichen Überblick über moderne Einrichtungen und Methoden der theoretischen wie praktischen militärischen Ausbildung. Auf diese vielversprechenden Darbietungen schon „vorprogrammiert“, erreichten die Führungskräfte des Warndienstes nach einer schönen Fahrt durch das burgenreiche Tal

der Nahe die Rilchenbergkaserne. Hier wurden sie durch Oberstleutnant Gehm als Vertreter des Kommandeurs der Schule freundlich begrüßt und zunächst in das Gästezimmer des Stabsgebäudes gebeten. Von den inhaltsreichen Ausführungen über die Artillerieschule sowie über die weitere Programmfolge kann hier aus Platzgründen nur fragmentarisch berichtet werden:

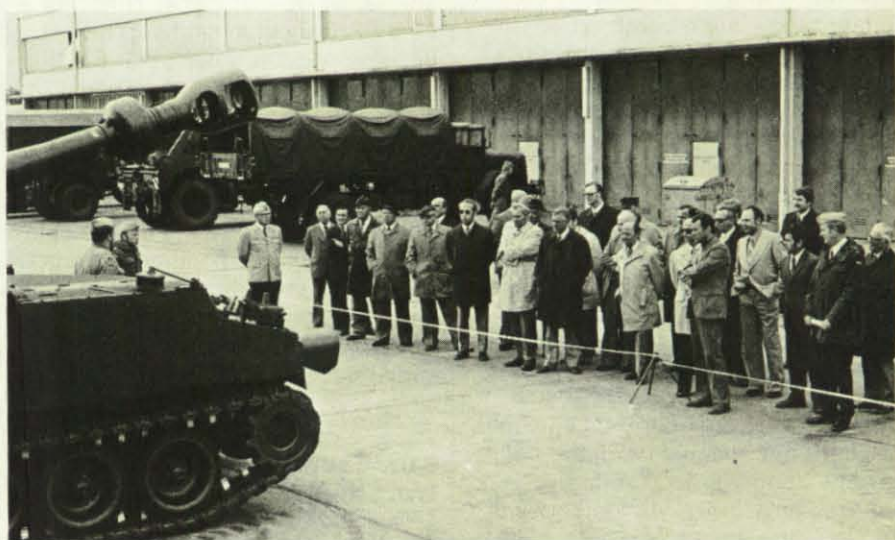
Die Artillerieschule des Heeres ist in erster Linie ein Ausbildungszentrum für die verschiedenen Zweige praktischer Artilleristik sowie des Zusammenwirkens mit anderen Waffen und Waffensystemen. Als wehrwissenschaftlicher Mittelpunkt ist sie richtungweisend für die gesamte Artillerie der Bundeswehr. Mehr als 7000 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften erhalten an ihr Jahr für Jahr in allgemeinen und fachbezogenen Lehrgängen ihre Ausbildung. Ein vergleichbares Gegenstück findet die Schule im Bereich der NATO nur in der Artillerieschule der USA in Fort Sill.

In den interessanten Ausführungen für die Gäste wurden auch Fragen der Sicherheitslage und der Verteidigungsstrategie des Atlantischen

Bündnisses unter Berücksichtigung weltpolitischer und militärgeografischer Gegebenheiten sowie das Kräfteverhältnis gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes behandelt. Solange die Genfer Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT) zu keinem befriedigendem Ergebnis geführt haben, werden auch die Ausbildung und Bewaffnung der eigenen Streitkräfte dem derzeitigen unterschiedlichen Kräfteverhältnis Rechnung tragen müssen. Den Referaten und Diskussionen folgte ein Gang der Gäste durch Hör- und Lehrsäle der Schule. Dabei fanden ein Fähnrichlehrgang in der Feuerleitausbildung und eine gut angelegte Station zur Beobachtungs- und Schießausbildung lebhaftes Interesse.

In einer historischen Waffenschau werden hier auch Original-Waffen und Geräte der Artillerie aus dem vergangenen Jahrhundert bis zum Ende des 2. Weltkrieges gezeigt. Daneben konnten auch wertvolle Eindrücke von der Artillerie des Heeres von heute gewonnen werden. Offiziere und Unteroffiziere stellten ihre Waffen vor, erklärten ihre technischen Besonderheiten und definierten ihren Auftrag.

In prägnanter Form wurden den Besuchern aus dem Warndienst auch Angaben über die Waffen-Großgeräte bis hin zum britisch-deutsch-amerikanischen Aufklärungssystem „Drohne“ gemacht. Bei diesem System wird von einem Werfer ein unbemannter Flugkörper gestartet, der



Die Besucherguppe des Warndienstes bei der Waffenschau.



Aufklärungssystem „Drohne“. Bei diesem System wird von einem Werfer ein unbemannter Flugkörper gestartet, der auf einem vorprogrammierten Kurs Luftbilder zur Aufklärung über dem Feindgebiet aufnimmt. Der Flugkörper kann während des Fluges nicht abgelenkt werden, landet am Fallschirm und ist wieder verwendbar.

auf einem vorprogrammierten Kurs Luftbilder zur Aufklärung über dem Feindgebiet aufnimmt. Der Flugkörper kann während des Fluges nicht abgelenkt werden, landet am Fallschirm und ist wieder verwendbar. Es muß davon ausgegangen werden, daß der Gegner in einem Verteidigungsfall ebenfalls mit den modernsten Waffensystemen ausgerüstet ist. Um die Bevölkerung der Bundesrepublik bei jedweder Bedrohung rechtzeitig warnen und alarmieren zu können, ist die Kenntnis der Waffenwirkung und des Ausmaßes der Gefährdung – auch durch artilleristische Waffen – von großer Wichtigkeit. So ergibt sich auch aus dieser Sicht die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen der zivilen und der militärischen Verteidigung, die nur gemeinsam die Gesamtverteidigung sicherstellen können. Die Besichtigung der Artillerieschule des Heeres in Idar-Oberstein hat dazu beigetragen, das Verständnis für die Zusammenarbeit auf beiden Seiten zu vertiefen. Bei der Verabschiedung der Besuchergruppe durch Oberstleutnant Gehm und die ihn begleitenden Offiziere bedankte sich der Leiter der Abteilung Warndienst im BZS, LtD. Baudirektor Dr. Maske, herzlich für die umfassenden und aufschlußreichen Darbietungen.

kn/ho

Dienstjubiläum im Warnamt IV

Am 15. April konnte der 1912 in Ostpreußen geborene **Regierungsamtsrat Günter Frömbling** auf eine 40jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst zurückblicken. Günter Frömbling trat 1932 in die damalige Reichswehr ein und wurde zum Berufsoffizier ausgebildet; im 2. Weltkrieg war er an verschiedenen Fronten eingesetzt, zuletzt als Major und Ausbildungskommandeur. Nach der Vertreibung aus seiner Heimat war er zunächst in der Privatwirtschaft tätig, bis er im Jahre 1959 von der Stadt Bochum wieder in den öffentlichen Dienst eingestellt wurde. Im Jahre 1964 erfolgte sein Übertritt in den Bundesdienst als Einsatzleiter im Warnamt IV – Meinerzhagen. Anlässlich des Jubiläums überreichte der Leiter des Warnamtes IV, Hans Behninger, im Auftrage des Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Kolb, dem Jubilar die Dankesurkunde der Bundesrepublik Deutschland.

Kurznachrichten aus dem Warndienst

Warnamt II/Bassum:

Der Maschinenmeister Erich Wenzig trat mit Ablauf des Monats Juli in

den Ruhestand. Der gelernte Kraftfahrzeugmeister war mehr als 15 Jahre im Warndienst tätig. Am 1. Oktober 1967 wurde ihm beim Warnamt die Stelle des Maschinenmeisters übertragen. Alle Mitarbeiter und seine Kollegen in den anderen Warnämtern wünschen ihm einen langen, gesunden und geruhsamen Lebensabend.

Warnamt IX/Ansbach:

Vor kurzem konnten fünf besonders verdiente nebenberufliche Mitarbeiter geehrt werden, die seit 15 Jahren dem Warndienst angehören: Karl Amm, Leonhard Braun, Willibald Kopp, Helmuth Knuth und Hans-Helmuth Walter.

Zum Jahresende 1975 trat Frau Brunhilde Karl nach fast 15jähriger Dienstzeit als Fernsprecherin/Fernschreiberin in den wohlverdienten Ruhestand. Ihre Stelle übernahm ab 1. April 1976 Frau Sigrid Breuer als neu eingestellte Halbtagskraft.

Fritz Frank, vormals nebenberuflicher Leiter der ABC-Auswertung, wurde am 1. Mai 1976 vom BZS als Einsatzleiter eingestellt und dem Warnamt zur Einweisung zugeteilt.

Am 1. Juni wurden beim Warnamt IX eine Klimahauptstation und eine Hilfsmeldestelle des Deutschen Wetterdienstes in Betrieb genommen. Dadurch konnte die bisherige Wetterstation des DWD in Ansbach aufgehoben werden. Ein ausführlicher Bericht über die neuen Einrichtungen des DWD beim Warnamt wird folgen.

Nachruf

Plötzlich und unerwartet verstarb der freiwillige Helfer

Rolf Wojtkowiak

im Alter von 43 Jahren. Er gehörte seit August 1970 der WD-Leitmeßstelle 34/Braunschweig an. Mit Rolf Wojtkowiak verlieren wir nicht nur einen gewissenhaften, treuen Helfer, sondern auch einen geschätzten Kameraden. Wir trauern um den Verstorbenen und werden ihn stets in guter Erinnerung behalten.

Mehr Fahrzeuge

Der ASB hat jedoch trotzdem aus eigenen Mitteln die Einsatzbereitschaft des ASB-KatS durch die Verstärkung der Fahrzeugkapazität verbessert. Gegenüber 1974: 175 Kraftfahrzeuge, stehen nun 221 Kraftfahrzeuge = + 26,2 % zur Verfügung. Durch die Fahrzeugerneuerung im Zuge des üblichen Aussonderungsverfahrens wurde darüber hinaus ein Teil der vom BZS zur Verfügung gestellten Fahrzeuge, die zum Teil über 15 Jahre alt waren, ersetzt, insgesamt 22 Ford-Viertrager-Wagen und 28 VW-Behelfskrankenwagen seit 1973.

Des weiteren stehen dem ASB zur Verfügung:

- 213 Zelte
- 76 Notstromaggregate
- 33 Feldküchen
- 13 Trinkwasseraufbereitungsanlagen
- 223 Sanitätskästen
- 316 Beatmungsgeräte.

Die KatS-Ausstattung wurde auch durch Vermittlung der Bundesgeschäftsstelle zugewiesenes aussonderungsfähiges Material aus Beständen der Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Bereitschaftspolizei der Länder vermehrt.

Die ASB-Organisationsstufen erhielten dadurch: Feldparkas, Schlafsäcke, Lastkraftwagen, Motorräder, Feldküchen, Anhänger, Decken, Kanister, Schuhe und Stiefel, Trainingsanzüge, Hosen, Hemden, Schutzmasken, Tragen, chirurgische Instrumente, Verbandmaterial, Sanitätstaschen.

Mitarbeit in Stäben

Die ASB-Organisationsstufen haben die Möglichkeit, nach § 7 KatSG in den Stäben der Hauptverwaltungsbeamten mitzuarbeiten, bzw. hierfür Berater zu benennen. Leider haben die HVB noch nicht überall solche Stäbe gebildet. Für überregionale Katastrophen und Katastrophen im Ausland arbeitet der ASB im Katastrophenstab der Bundesregierung mit.

Datenbank und Alarmkartei

Zur Einrichtung einer bundeszentralen Datenbank hat die Bundesgeschäftsstelle 1975 alle in der Bundeszentralkartei registrierten Mitglieder mit medizinischen, pflegerischen

ASB im Katastrophenschutz

Aus dem Bericht der 9. ASB-Bundeskonzferenz / Schluß

und technischen Berufen angeschrieben, um bei Katastrophen im Ausland sofort auf qualifiziertes Personal zurückgreifen zu können. Anhand der Meldungen wird eine Alarmkartei eingerichtet.

Langfristige Ziele sind die Durchführung zentraler Ausbildungsveranstaltungen zur Vorbereitung der zukünftigen Einsätze und die Ausrüstung der Helfer mit persönlicher Ausstattung.



Um das Pflegebettdefizit zu mindern, baut der ASB in Pirmasens sein Altenwohnheim an der Steinstraße um. Mit einem Kostenaufwand von rund 500 000,- DM entsteht derzeit ein sechsstöckiger Anbau mit 2 000 Kubikmetern umbauter Raum. In fünf Geschossen und zehn Zimmern werden nach Fertigstellung 20 Pflegebetten etabliert. „Die Warteliste für Pflegefälle ist groß“, betonte ASB-Vorsitzender Manfred Elig dieser Tage, als auf dem Anbau der Richtstrahl wehte.



Der Arbeiter-Samariter-Bund in Heilbronn erweiterte seinen Fahrzeugpark um einen Rettungs- und einen Krankenwagen. Damit stehen dem ASB-Heilbronn vier Kranken- und zwei Rettungswagen zur Verfügung. Im neuen Rettungswagen können die Ärzte ein Servo-card-Gerät benutzen, bei dem man über einen Monitor sofort die Herzrhythmusleistung des Patienten ablesen kann, so daß in Notfällen schnellstens an Ort und Stelle Rettungsmaßnahmen eingeleitet werden können.



Zu einer Fahrrad-Rallye hatte der Arbeiter-Samariter-Bund Ilsede alle Kinder im Alter zwischen 8 und 14 Jahren eingeladen. Und mit Erfolg. Insgesamt 45 Nachwuchs-Radsportler trafen sich, um an den Start zu gehen. Zur Auswahl standen, dem Alter und der Kondition entsprechend, zwei Strecken. Der ASB will die Rallye wiederholen.



4 Transporter mit 6 Mann Besatzung des Arbeiter-Samariter-Bundes starteten am 16. Mai in Nürnberg zu einer Hilfsfahrt nach Udine, ins norditalienische Erdbeben-Katastrophengebiet. Die ASB-Wagen trafen sich in München mit weiteren 20 Krankenwagen und Lastzügen, um noch Ausrüstung zuzuladen. Sie brachten Hilfsgüter in Form von Nahrungsmitteln, Medikamenten und Bekleidung und waren 5 Tage im Einsatz.



Vertreter aller Hilfsorganisationen, die an der größten Flutkatastrophe seit 1962 im Januar 1976 an der norddeutschen Küste im Einsatz waren, empfing Bundespräsident Walter Scheel in der Villa Hammerschmidt, seinem Dienstsitz, zu einem Gespräch und Erfahrungsaustausch. Anhand einer Karte des norddeutschen Küstengebiets mit den eingezeichneten Schadensorten kamen die Organisationen mit Kurzberichten zu ihren Einsätzen zu Wort. Für den ASB berichtete der Landesvorsitzende Richard Hinz (rechts), der zusammen mit Heinz Näfken (2. v. r.), OV Uetersen, die eingesetzten Helfer des Arbeiter-Samariter-Bundes vertrat.



Der Neubau des Ortsverbandshauses des ASB-Coburg nähert sich allmählich der Vollendung. Anlässlich des Richtfestes begrüßte der Vorsitzende Edgar Schelhorn zahlreiche Gäste, unter ihnen Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Stamberger, den Ehrenvorsitzenden des ASB-Coburg. Anton Meier von der ASB-Kontrollkommission betonte in seiner Festansprache: „Wenn eine Freude macht und zu schönen Hoffnungen berechtigt, so dies, daß sich heute mehr als je zuvor Mitmenschen bereithalten, mit uns ohne Frage nach Gewinn und Lohn zusammen im Dienst der Allgemeinheit zu arbeiten, und daß sich vorwiegend junge Menschen berufen fühlen, hier eine Aufgabe mit uns zu erfüllen.“

Erdbebenopfer in Norditalien brauchen noch viel Hilfe

Einsatzleiter Dr. von Ohlen berichtet

Chaotische Zustände: Schwierige Wasserversorgung – zu wenig Fleischkonserven – zu wenig Zelte und Decken – Familien auseinandergerissen

Am Montag, dem 10. 5., beschloß das Diakonische Werk der Ev. Kirche eine Hilfsaktion zugunsten der Erdbebenopfer in Friaul (Norditalien). Am Mittwoch, dem 12. 5., trafen die Krankenwagen, der LKW, der RTW und der Funkwagen aus Nieder-Weisel, der hessischen Ordenskomturei, ein. Dort erste Besprechung des Einsatzes und Impfen der Teilnehmer durch Dr. Mahr. Um 3 Uhr Wecken und Ausgabe der Typhoral-Tabletten, 4 Uhr Frühstück, um 5 Uhr Abfahrt nach Nürnberg. Hier erfolgte die Verpflegungsausgabe. Weitere 4 Teilnehmer wurden in die Gruppe eingereiht. Leider fiel der LKW durch Schaden an seiner Wasserpumpe aus und mußte zur Reparatur zurückgelassen werden.

Pastor Lindenmeyer als Dolmetscher der JUH

Nächster Halt am österreichischen Grenzübergang Kiefersfelden, wo schon das ZDF auf uns wartete, um einige Aufnahmen zu machen. Hier stießen auch 3 große Lastwagen mit Anhängern zu uns, die in Bremen beladen und mit uns nach Udine fahren sollten. Sie führten Kleidung und Lebensmittel sowie Zelte, Luftmatratzen und Decken mit sich, die wir im Erdbebengebiet verteilen sollten. Hier wurden wir auch von Pastor Lindenmeyer begrüßt, der uns nach Italien begleiten und als Dolmetscher helfen sollte. Er brachte auch noch einen LKW, beladen mit Spenden der Südtiroler, mit.

Am Grenzübergang Brenner gab es einen längeren Aufenthalt. Das Innenministerium in Rom war aber schon von unserer Ankunft benachrichtigt worden, so daß nach Rückfragen die Zollformalitäten schnell erledigt werden konnten. Übernachtung in Bozen auf Einladung der

Ev. Kirche Bozens im Gasthof zur Post. Hier stieß zu unser aller Freude auch der LKW wieder zu uns. Von Bozen ging es nach Trient und dann quer durch Oberitalien nach Udine. Hier Begrüßung durch Pastor Enge, den Dekan der Ev. Kirche von Italien und Lybien. Nach kurzer Rast Fahrt in das Erdbebengebiet.

Der Zeltplatz

Einige Kilometer hinter Udine überschauten wir schon das ungeheure Ausmaß des Bebens. Völlig zerstörte Häuser, daneben Hütten und Zelte, in denen die Bevölkerung hauste. Zum Glück war es an diesem Tag trocken. Wir fanden eine Halle, welche nicht zerstört war. Ein kleiner Platz daneben, nur durch einen Bach getrennt, gab uns Platz für die eigenen Wohnzelte.

Unser Palazzo Pitti

Es wurde sofort Verbindung mit dem Kommandeur der italienischen Truppe aufgenommen, der sofort Soldaten zum Abladen der LKW schickte. Wasser gab es nicht. Toiletten waren auch nicht vorhanden. Also, an die Arbeit. Eine Brücke wurde über den Bach gebaut, die Zelte wurden aufgestellt und die Grube für eine Hocklatrine ausgeschachtet. Chlorkalk und das französische Becken hatte uns der Kommandeur zur Verfügung gestellt. Für die Brücke und das Zeltlager wurde schnell ein Name gefunden: Ponte Vechhi und Palazzo Pitti.

Kleidung in Ballen gepreßt

Am nächsten Morgen begannen wir mit unserer Arbeit. Drei Schwerpunkte wurden gesetzt. Der Pastor

übernahm die Versorgung der Bevölkerung mit all den Dingen, die wir mitgebracht hatten. Ihm stand der LKW zur Verfügung. Die Firma Quelle hatte Waren im Werte von 176 000 DM gestiftet. Diese zu verteilen war kein Problem. Die Menschen kannten ihre Größen und danach wurden Kleider und Schuhe ausgegeben. Die getragenen Sachen bargen Probleme in sich. Es mußte vieles anprobiert werden, die Bekleidung war unansehnlich, weil sie in Ballen zusammengepreßt gewesen war. Es war nicht möglich, alles vorher zu bügeln. Die Enttäuschung auf den Gesichtern war groß, wenn wir den Leuten nicht das geben konnten, was sie sich vorgestellt hatten.

Täglich Beben und Regen

Zu meinem Kummer kam der Wagen oft sehr spät in der Dunkelheit heim. Durch die täglichen Beben und die Regengüsse waren Berghänge mit den Straßen heruntergerissen worden. Andere Straßen zeigten tiefe Risse oder waren nur noch auf einem kleinen Rand passierbar. Ich war froh, wenn am Abend alle Wagen mit den Leuten wieder im Lager waren.

Der RTW stand im Zentrallager. Kleinere Operationen konnte vorgenommen werden, schwierige Transporte konnten durchgeführt werden. Bei unserem Eintreffen war die ärztliche Versorgung der vielen Lager, die wir versorgen sollten, noch nicht gewährleistet. So fuhr ein Arzt mit einem Wagen in Begleitung einer Schwester die Lager ab, untersuchte Kranke und gab Medikamente aus. Fehlende Dinge wurden bei der nächsten Fahrt oder durch Boten ausgegeben.

Beruhigungsmittel gewünscht

Decken, Luftmatratzen und Zelte konnten, soweit vorhanden, ausgegeben werden. Nach Erledigung der ärztlichen Aufgaben wurden alle verfügbaren Wagen zur Versorgung der Bevölkerung eingesetzt. Nach Zelten und Decken wurde am meisten gefragt. Ganz groß war auch die Nachfrage nach Beruhigungsmitteln. Diese waren nach kürzester Zeit vergriffen.

Südtiroler half beim Funk

Durch Verbindungsaufnahmen mit der italienischen Truppe, der zentralen Verpflegungsstelle und dem leitenden Arzt konnte eine optimale Zusammenarbeit möglich gemacht werden. Nach Übernahme eines militärischen Funkgerätes konnten wir dann auch an das allgemeine Funknetz angeschlossen werden. Zum Glück hatte sich uns ein Südtiroler zur Verfügung gestellt, der als Leiter des Weißen Kreuzes perfekt in allen Funkfragen zuständig war. Der Funkruf „terre uno von terre due“ klingt mir heute noch in den Ohren. Nun konnte auch das Krankentransportwesen zentral von Gemona gesteuert werden. Die Post stellte uns alle Telefonverbindungen kostenlos zur Verfügung, so daß Anforderungen nach Deutschland sofort telefonisch weitergeleitet werden konnten.

Nur Narkosegeräte erhalten

Die Fassade des Krankenhauses in Gemona war stehengeblieben. Innen aber waren alle Stockwerke zusammengebrochen, und die Einrichtung war zertrümmert worden. Nur die Narkosegeräte waren wie durch ein Wunder noch erhalten. Ein einstöckiger Schulneubau hatte alle Erdstöße gut überstanden und sollte nun als Notkrankenhaus eingerichtet werden. Nach Rücksprache wurde vom Diakonischen Werk die Einrichtung eines Krankenhauses mit Operationsmöglichkeiten zugesagt und auch gleich in Marsch gesetzt.

Österreicher halfen auch

Die Bevölkerung konnte nun auch langsam zentral gepflegt werden. Aber es gab immer wieder Pannen. In einem Lager verschimmelte das Brot, im anderen hatten sie keines. Aber erst dann, wenn in den Lagern bei den kleinsten Dörfern Feldküchen des österreichischen Roten Kreuzes oder des italienischen Militärs aufgestellt waren, konnte die Versorgung als einigermaßen gesichert gelten. Wasser gab es in der ersten Zeit nicht, später übernahm die österreichische Feuerwehr die Versorgung so lange, bis auch die Tankwagen der italienischen Truppe die Men-

schen versorgen konnte. Zum Schluß kamen zweimal täglich die Wagen in unser Lager.

Nach einigen Tagen kamen auch freiwillige italienische Ärzte in das Katastrophengebiet und übernahmen die Versorgung der Lager. Das karitative Problem trat immer mehr in den Vordergrund. Wir hatten tonnenweise Hipp-Nahrung mitgenommen und begannen nun mit der Versorgung der Kinderlager. Monsignore Frezza hatte in Gemona einen Kindergarten mit 150 Kindern errichtet, die nun von uns gepflegt wurden. Auch die Teigwaren wurden nun voll ausgegeben. Aber was uns fehlte und was dringend benötigt wurde und wird, das waren Fleischkonserven jeglicher Art. Bei dieser Arbeit wurden wir auch in die Familienzusammenführung eingeschaltet.

Im Wasser im Lager 4

Nach einigen Sonnentagen regnete es unaufhörlich, und das Elend nahm kaum vorstellbare Maße an. Nach schwersten Gewittergüssen stand das Lager 4 einen Meter unter Wasser, weil durch die Verschiebung der Berge und die ständigen Beben alle Kanalisationsröhren zerbrochen waren. Der Sturm und der Regen wollten kein Ende nehmen.

In nassen Kleidern geschlafen

Die Kleider waren naß und feucht. Der Wind blies den Regen in die Zelte, und das Wasser floß von unten hinein. Die Menschen und auch wir haben uns zur Nacht nicht mehr ausgezogen, wir haben in den feuchten Kleidern geschlafen, weil es so wenigstens noch etwas warm war. Die Bevölkerung hatte keine Gummistiefel und auch keine wasserdichte Bekleidung. Die Menschen waren aber auch nicht zu bewegen, aus ihren Dörfern fortzugehen. Die Liebe zum heimatlichen Geburtsort ließ sie alles Ungemach ertragen. Bei meiner letzten Besprechung zum Wochenende gab man mir einen langen Wunschzettel mit.

Familien zerrissen

Die Hilfe ist groß, aber noch immer nicht groß genug. Es fehlen Zelte und Notunterkünfte. Zwanzig und

mehr Menschen leben oft in einem Zelt. Die Familien sind zerrissen. Die Kinder können nicht zurückkommen, weil die Unterbringung und die Versorgung nicht gewährleistet ist. Aber die Zelte sind auch nur etwas für die ersten Tage. Holzhäuser müssen errichtet und die noch bewohnbaren Häuser müssen repariert werden. Es fehlt an Geld. Es darf aber nicht in die Hände derer kommen, die es veruntreuen könnten. Die Dörfer müssen wieder aufgebaut werden.

Komitees sollten arbeiten

Wir haben Anregungen gegeben, für jedes Dorf ein Komitee zu gründen, dem der Priester, ein Bankfachmann, ein Architekt, der Bürgermeister und eine Person vom Gemeinderat angehören. Diese sollten gemeinsam beraten und gemeinsam das Geld verwalten. Wir sollten weiter helfen. Wir sollten Organisationen oder Städte bitten, die Patenschaft für ein Dorf zu übernehmen, um es beim Wiederaufbau zu unterstützen. Die notwendigste Arbeit wollen die Friauler selbst machen, aber sie brauchen Werkzeuge und Baumaterial, vor allem Bauholz. Ein reicher Amerikaner hat die Unterstützung für das Dorf Montanaris übernommen. Aber viele Dorfbewohner streckten uns noch ihre Hände entgegen und baten uns zu helfen. Versucht diese Hände zu füllen! Wir kamen zwar nicht am ersten Tage nach dem Beben dort an. Ich glaube aber doch, sagen zu können, daß unser Einsatz eine große Hilfe für Friaul war.

Von der JUH-Einsatzgruppe wurden an die italienische Bevölkerung im Erdbebengebiet rund 100 Tonnen verteilt, darunter:

- 20 t Kindernahrung, gestiftet von der Firma Hipp
- 3 t Trockenmilch, gestiftet von der Firma Hipp
- 100 Ballen getragene Kleidung, gestiftet vom Diakonischen Werk
- 30 Ballen Woldecken
- 1000 Luftmatratzen
- neue Kleidung und Schuhe im Wert von 176 000 DM, gestiftet von der Firma Quelle.

Nach Beendigung des Einsatzes wurden außerdem noch medizinische Geräte für das Krankenhaus Gemona im Werte von 120 000 DM überbracht. Spender: Das Diakonische Werk.

MHD-Landesschule Nordrhein-Westfalen

Malteser bezogen neues Dienstgebäude in Köln

Der Malteser-Hilfsdienst (MHD) ist derzeit mit rund 4 400 Mitgliedern in 53 Stützpunkten des Erzbistums Köln vertreten. In 23 Jahren seines Wirkens im Diözesenbereich wurden 281 811 Personen in Erster Hilfe und 141 231 Fahrschüler in den Sofortmaßnahmen am Unfallort ausgebildet. Mit durchschnittlich 23 100 Kranken-

transporten und Rettungsdienstfahrten und etwa 6500 Erste-Hilfe-Einsätzen jährlich kann der MHD darüber hinaus eine durchaus stolze Bilanz seines Wirkens in der Erzdiözese Köln vorweisen.

Am 11. Juni 1976 konnte der MHD in Köln, Brüsseler-Straße 26, ein neues Dienstgebäude in Betrieb nehmen.



Blick auf die neue Landesschule und Geschäftsstelle des MHD in Köln, Brüsseler Straße 26.

Das neue Dienstgebäude, Sitz der Verwaltung des MHD in der Erzdiözese und der Kölner Bereitschaft einschließlich des Rettungs- und Krankentransportdienstes, verfügt über alle erforderlichen Diensträume und die notwendigen technischen Einrichtungen für Rettungsdienst und Katastrophenschutz. Zu Ausbildungszwecken stehen zwei große Schulungsräume und 20 Einzelzimmer zur Verfügung. Auf dem Innenhof befinden sich eine Großgarage für Katastrophenschutzfahrzeuge und Krankenwagen und eine eigene Tankstelle. Das jetzt durch den Kölner Erzbischof Josef Kardinal Höffner geweihte neue Dienstgebäude entstand aus dem Umbau eines vormaligen Altenheimes und wurde mit einem Kostenaufwand von 1,2 Millionen DM aus Zuschüssen des Landes Nordrhein-Westfalen, der Stadt Köln, des Deutschen Caritasverbandes Freiburg, des Erzbistums Köln und des MHD-Fördererkreises finanziert. Ein keineswegs geringer Kostenanteil konnte durch Hilfe der MHD-Mitglieder beim Umbau und Umzug aufgefangen werden.

Anlässlich der Weihefeierlichkeiten äußerte Kardinal Höffner die Bitte um eine Verstärkung der Impulse zum Dienst am Nächsten und bestätigte dem MHD „die in der heutigen Gesellschaft besonders wichtige Gabe, immer auch neue, versteckte Notsituationen zu sehen“. In der ganz persönlichen Einsatzbereitschaft jedes einzelnen MHD-Mitgliedes und dem Zusammenwirken in der Gemeinschaft einerseits sowie in der weltweiten Solidargemeinschaft andererseits ist nach Meinung des Kardinals jenes Spannungsverhältnis begründet, das den MHD in großartigster Weise auszeichne.

Der nordrhein-westfälische Landtagspräsident Dr. Wilhelm Lenz bezeichnete den MHD als eine der wenigen Organisationen, die im Dienst am Nächsten und in der selbstverständlichen Hilfe an schwachen und notleidenden Menschen ein vorbildliches Zeugnis der christlichen Nächstenliebe ablege. Das sei besonders bemerkenswert in einer nachgerade unchristlichen Zeit, einer Zeit des ständig zunehmenden Inhumanismus.

Mit über 20 Prozent Anteil an den Katastropheneinsätzen des Jahres 1975 gehört der MHD zu den großen Katastrophenschutzorganisationen. Dabei waren die Anfänge des MHD



Das neue Dienstgebäude, in dem sich der Sitz der Verwaltung des MHD in der Erzdiözese, die Kölner Bereitschaft einschließlich des Rettungs- und Krankentransportdienstes sowie alle erforderlichen Diensträume und die notwendigen technischen Einrichtungen für Rettungsdienst und Katastrophenschutz befinden, wurde durch den Kölner Erzbischof Josef Kardinal Höffner in Anwesenheit zahlreicher prominenter Gäste geweiht. Unser Bild zeigt bei der Besichtigung der Fahrzeughalle (vordere Reihe v. r. n. l.): Kardinal Höffner, Generalsekretär von Truszczyński, Landtagspräsident Dr. Lenz, Ministerialdirektor Burger, Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz Dr. Kolb, Ministerialdirigent Knop und Leiter des MHD Graf Landsberg-Vehlen.

im Erzbistum und der Stadt Köln der Ausweitung der Organisation in den ersten Jahren eher hinderlich. Am 24. Mai 1954 stand dem MHD lediglich ein Zimmer in der Dominikaner-Niederlassung an der Lindenstraße 45 als Verwaltungs- und Einsatzzentrale zur Verfügung. Erst vier Jahre später konnte die zwischenzeitlich recht ansehnlich gewachsene Organisation im Wege der Zwangsversteigerung ein Wohngrundstück in der Kyffhäuserstraße 27 erwerben. Auf diesem Grundstück wurde dann ein den damaligen Ansprüchen durchaus gemäßes Dienstgebäude und eine Garage für genau zehn Kraftfahrzeuge errichtet.

Das immer stärker werdende Anwachsen des MHD mit seinen gegenwärtig 4400 Mitgliedern und rund 200 Fahrzeugen stellte neue Anforderungen an die Verwaltung.

Der Leiter des MHD in der Bundesre-

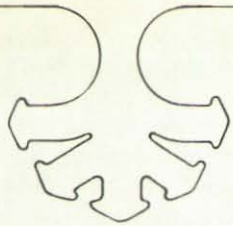
publik Deutschland, Dieter Graf Landsberg-Vehlen, sieht denn auch in dem neuen Dienstgebäude einen Meilenstein der Leistungen des MHD repräsentiert, Ausdruck eines unerschütterlichen Willens, der nunmehr stolze Realität geworden sei.

Das neue Dienstgebäude biete geradezu optimal all das, was die Organisation zur Durchführung ihrer Aufgaben benötige, betonte Graf Landsberg-Vehlen anlässlich der Feierstunde. „Vergessen wir gleichwohl nie den Weg von der Dachkammer in der Lindenstraße bis zu diesem Gebäude.“ Daß der MHD im Erzbistum und in der Stadt Köln neben seinen vielfältigen Einsätzen und Initiativen auch zahlreiche humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland entscheidend mitgetragen hat, unterstrich Konsul von Truszczyński dankbar gegenüber allen seinen Mitarbeitern. Als Beispiele dieses weltweiten Engagements nannte

von Truszczyński die Vorbereitung und Mitwirkung bei Katastropheneinsätzen in Ungarn, Sizilien, Rumänien, Vietnam, Pakistan, Peru, Indien, Äthiopien, Portugal und gegenwärtig in Oberitalien. Angesichts dieser Einsatzbereitschaft sei in Dankbarkeit zu vermerken, „daß es noch eine Jugend gibt, die zum Helfen bereit ist und diese Bereitschaft auch praktiziert“, erklärte der Konsul.

Im Anschluß an die Feierstunde zeichnete der Leiter des Malteser-Hilfsdienstes, Graf Landsberg-Vehlen, verdiente Mitarbeiter und Förderer im Namen des Souveränen-Malteser-Ritterordens aus.

Zu den hochdekorierten Persönlichkeiten zählten: der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Kolb, Ministerialdirigent Fuchs, Bundesministerium des Innern, und Ministerialdirigent Knop, Innenministerium Nordrhein-Westfalen.



Presseschau des Inlands

Informationen für Betriebe

Dr. Hans E. Landwers, Beigeordneter der Stadt Düsseldorf, hat die Betriebe der Landeshauptstadt aufgefordert, den Selbstschutz in den Betrieben zu fördern. Es sei zwar bequem, den Staat für alles verantwortlich zu machen und die Bürger auch ohne deren persönliches Zutun von allen Risiken freizuhalten, doch könnten staatliche und kommunale organisierte Hilfe nur eine Ergänzung der individuellen Schutzmaßnahmen sein.

Im Kammerbezirk Düsseldorf stehen rund 6000 Helfer des öffentlichen Rettungsdienstes – ihr Einsatz in einem Ernstfall ist der Leitung durch Oberstadtdirektor oder Oberkreisdirektor unterstellt – zur Verfügung. Für den Schutz und die Sicherheit der in den verschiedenen Betrieben Beschäftigten sind aufgrund gesetzlicher Bestimmungen die Unternehmens-, Werks- und Betriebsleitungen verantwortlich.

Vor allem Großbetriebe haben darüber hinaus bereits freiwillig andere betriebliche Hilfsdienste und Einrichtungen geschaffen. Die Landeshauptstadt Düsseldorf nimmt die Förderung des Selbstschutzes in den Betrieben ernst. Sie hat schon vor geraumer Zeit einen Förderkreis „Betrieblicher Katastrophenschutz“ gegründet, dem neben Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden die Industrie- und Handelskammer und die Handwerksorganisationen angehören.

Im Förderkreis werden die Werbeaktionen für den Gedanken des Selbstschutzes und die sonstigen Maßnahmen abgestimmt. Von besonderer Bedeutung für die Betriebe sind die kostenlosen, eintägigen Informationsveranstaltungen „Sicherheitskräfte Düsseldorf Arbeitsstätten mit 50 und mehr Beschäftigten“. In diesen Veranstaltungen werden weitere Förderungsmaßnahmen der Stadt vorgestellt.

(Unsere Wirtschaft, Düsseldorf)

Gaffer sollen Sandsäcke schleppen

Die Katastrophenabwehr, die bislang nur durch „Richtlinien“ geregelt war, soll in Nordrhein-Westfalen eine unumstrittene gesetzliche Grundlage erhalten. Damit soll dem bundesweiten Schock, der anlässlich der katastrophalen Waldbrände in Niedersachsen infolge der damaligen Kompetenzschwierigkeiten aufgetreten ist, ein Ende bereitet werden. Neu für die Städte und Gemeinden und auch für die Rettungsorganisationen ist ein im Gesetz fixiertes Weisungsrecht des Innenministers.

Neugierige Zuschauer bei Katastrophen sollen demnächst gesetzlich gezwungen werden können, bei Rettungsarbeiten mitzuhelfen; etwa Sandsäcke zu schleppen oder Hindernisse wegzuräumen. Gaffer, die nicht gebraucht werden, hätten gemäß dem Entwurf kein Recht mehr auf garantierte körperliche Unversehrtheit. Sie können „mit Gewalt“ – nicht nur von Polizisten, sondern auch von Feuerwehrleuten oder anderen Einsatzkräften – von der Einsatzstelle entfernt werden.

Nach dem Gesetzentwurf soll es möglich sein, jedermann zur Hilfe zu verpflichten; in erster Linie ist dabei an handwerklich geschulte Leute gedacht.

Um jedes Kompetenzgerangel auszuschließen, soll von den Gemeinden über die Kreise und Regierungspräsidenten bis hinauf zu den Ministerien jede „übergeordnete Stelle“ das Recht haben, die Einsatzleitung sofort ansichzuziehen. Das Gesetz soll helfen, das Potential von 100 000 Feuerwehrleuten, 66 000 Freiwilligen beim DRK, bei Maltesern, Johannitern, Samaritern und 20 000 Kräften des THW schlagkräftig einzusetzen.

(Der Tagesspiegel, Berlin)

Internationale Zusammenarbeit

Eine österreichische Zivilschutz-Ausstellung wurde in Bayern und in Nordrhein-Westfalen gezeigt; in Flensburg veranstalteten der deutsche Bundesverband für den Selbstschutz und der dänische Zivilschutzverband eine gemeinsame Ausstellung. Der Erfahrungsaustausch über nationale Grenzen hinweg hat sich in der Vergangenheit als durchaus nützlich erwiesen und sollte für die Zukunft noch verbessert werden.

Mit ihrem Stand auf der „Internord“ verbinden die Landesstelle Schleswig-Holstein des Bundesverbandes für den Selbstschutz und „Civilforsvars Forbundet“ die Hoffnung auf die Möglichkeit einer künftigen engeren Zusammenarbeit. Ein Erfahrungsaustausch über die Grenze hinweg besteht bereits seit längerer Zeit. Der Messestand zeigt die gleichen Bemühungen der Organisationen um den Schutz der Zivilbevölkerung im Katastrophenfall, gleichzeitig aber auch die unterschiedliche Organisationsform diesseits und jenseits der Grenze. Während im BVS in Schleswig-Holstein 58 hauptamtliche und 275 nebenamtliche Kräfte tätig sind, stehen der dänischen Zivilschutzorganisation 9000 Wehrpflichtige und Freiwillige mit technischem Gerät zur Verfügung.

Die Sonderschau soll insbesondere die deutsche und die dänische Bevölkerung zur Mitarbeit im Zivil- und Selbstschutz anregen.

(Flensburg Avis)

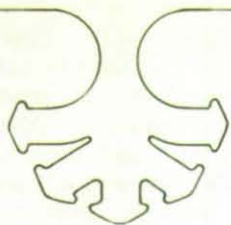
Sicherheitsnetz gegen totalen Stromausfall

Bei den Münchener Elektrizitätswerken wird an einem Konzept gearbeitet, welches für die Zukunft einen Totalausfall der Elektrizität im Stadtgebiet ausschließen soll. Im April dieses Jahres war es infolge eines totalen Stromausfalles zu einem Chaos gekommen – Münchens Verbundnetz war damals zwei Stunden lang ohne Strom.

Der technische Direktor des Münchener Elektrizitätswerkes, G. Püttner, bezeichnete es als Hauptaufgabe seines Bereiches, die Energieversorgung für die Landeshauptstadt so auszubauen, daß München durch ein unabhängiges Versorgungsnetz gesichert sei. Von den täglich benötigten 700 Megawatt würden bereits jetzt 550 Megawatt vom Münchener E.-Werk selbst erzeugt, der Rest würde von den Bayernwerken bezogen.

Der Stromausfall im April konnte nur deshalb nicht schnell genug abgefangen werden, weil er die Stadt „völlig unvorbereitet“ getroffen und der Kurzschluß im Verbundnetz zu starken Leistungspendelungen geführt habe. Für die Zukunft sei man nun aber gewappnet. Technisch sei eine solche Sicherung durchaus möglich.

(Süddeutsche Zeitung, München)



Presseschau des Auslands

Gefährden Schädlingsbekämpfungsmittel Menschen?

euroforum

Kürzlich wurde durch das amerikanische Umweltschutzamt die Verwendung der Insektenvernichtungsmittel Heptachlore und Chlordane in den USA verboten. Die Mittel waren in den Verdacht geraten, beim Menschen Krebs hervorzurufen. In der Europäischen Gemeinschaft ist die Verwendung der beiden Insektizide in der Landwirtschaft und in Hausgärten in den meisten Mitgliedstaaten bereits eingestellt oder verboten worden. Nur noch in wenigen Fällen, in denen kein befriedigender Ersatz gefunden werden konnte, ist ihre Verwendung noch erlaubt; die verwendeten Mengen sind gering. Die Frage, ob die beiden Mittel Krebs hervorrufen können, ist zur Zeit noch nicht eindeutig zu beantworten. Die EG-Kommission wird in Kürze eine objektive Beurteilung der Gesundheitsgefährdung durch organochlore Verbindungen – zu denen Heptachlore und Chlordane gehören – vorlegen.

(Brüssel, Nr. 12/1976)

Katastrophenhilfskorps kam nicht zum Einsatz

DIE WELTWOCH

„Schweizer Katastrophenhelfer stürzen in Genf und in Kloten in die mit laufenden Motoren bereitstehenden Flugzeuge, werden ins Katastrophengebiet geflogen und greifen dort helfend ein.“ So möchte der Schweizer sein Katastrophenhilfskorps sehen – nicht wesentlich anders dürften sich

auch die geistigen Väter der Truppe den Ernstfall-Einsatz vorgestellt haben.

Doch bis jetzt hat es nicht sein sollen. Im italienischen Friaul ereignete sich eine Katastrophe wie nach dem Lehrbuch. In Guatemala geschah vor einigen Monaten das gleiche – in beiden Fällen blieb das Katastrophenhilfskorps zu Hause.

In Guatemala war die Distanz für einen Einsatz zu groß, in Friaul ist operative Hilfe nicht gefragt. Bei anderen Gelegenheiten spielte nationaler Stolz des betroffenen Landes mit. In Anatolien z. B. konnten ein paar Baufachleute beim Wiederaufbau eingesetzt werden – Katastrophenhilfe war auch das nicht. Es ist zu vermuten, daß diese Modellfälle – zu große Distanz, kein personeller Bedarf wegen des Vorhandenseins eigener Hilfskräfte, nationaler Stolz – den Einsatz des Korps überhaupt illusorisch machen.

So wäre es wohl vernünftiger, die Experimentierphase abubrechen, den unglücklichen Namen zu vergessen und das Korps zu dem zu machen, auf was es sich schon lange hinbewegt: zu einer Entwicklungs- und Wiederaufbauorganisation.

(Bern, 12. Mai 1976)

Generalplan der Zivilverteidigung



CIVILT FÖRSVAR

Aus dem Generalplan des Reichsamtes für Zivilverteidigung, der am 31. Oktober 1975 dem schwedischen Verteidigungsminister übergeben wurde, geht hervor, daß das Reichsamt den Bau von Schutzräumen in gleichem Umfange wie bisher fortsetzen und die Möglichkeiten des Vorwarnsystems verbessern will. Den sogenannten Voralarm, d. h. die Alarmierung bei bevorstehenden Luftangriffen, erhält die Zivilverteidigung über das militärische Stril-System (stril = stridsledning och luftbevakning / Kampfleitung und Luftüberwachung).

Dieses System ist in erster Linie so ausgestaltet, daß es den Anforderungen der Luftwaffe entspricht. Die Erfordernisse der Zivilbevölkerung und staatlicher Stellen auf dem Ge-

biet der Vorwarnung und Alarmierung werden gemeinsam mit dem Führungsstab der Luftwaffe untersucht. Das Stril-System muß dem Bedarf der Gesamtverteidigung angepaßt werden, damit eine annehmbare Flächendeckung auf dem Gebiet der Vorwarnung und des Alarms sichergestellt bleibt.

Das Reichsamt hat vier verschiedene Schutzraumprogramme alternativ ausgewählt:

- 150 000 Schutzplätze pro Jahr in Küsten- und Grenzgebieten;
- 200 000 Schutzplätze pro Jahr gemäß dem jetzigen Schutzverzeichnis;
- 250 000 Schutzplätze pro Jahr in dichtbesiedelten Orten;
- 300 000 Schutzplätze in dichtbesiedelten Orten zur Deckung des Fehlbestandes in Einfamilienhaus-siedlungen und in neuen, dichtbesiedelten Orten.

(Stockholm, Nr. 9/10 1975)

Grundausbildung im Brandschutz

Civiltforsvars Bladet



Der Zivilschutz in Dänemark hat eine weitere Aufgabe übernommen, die bereits im Frieden der Industrie und der Zivilbevölkerung zugute kommt. In Zusammenarbeit mit der Staatlichen Feuerweherschule hat das Zentrale Amt für Zivilverteidigung rund 50 Fachlehrern an 25 dänischen Facharbeiterschulen eine Schulung als Ausbilder in elementarer Brandbekämpfung vermittelt. Diese Ausbilder werden nun an ihren Schulen dieses Wissen in der elementaren Brandbekämpfung weitergeben. Etwa 10 000 Facharbeiter absolvieren jährlich die erweiterten Lehrgänge der Facharbeiterschulen. Wegen dieser großen Zahl wollte man nicht auf die Zivilschutzlehrer zurückgreifen. Es hätten sich zu große praktische Schwierigkeiten ergeben, wenn man für jeden einzelnen Lehrgang Ausbilder des Zivilschutzes als Gastlehrer verpflichtet hätte. Nach den gemachten Erfahrungen kommen die eigenen Lehrkräfte an den Facharbeiterschulen auch besser mit den Schülern aus.

(Kopenhagen, Nr. 5/1975)

Notrufsystem 73

Von den etwa 200 000 Menschen, die alljährlich in der Bundesrepublik Deutschland an den Folgen von Notfällen sterben, könnten nach Ansicht von Fachleuten mindestens 20 000 noch leben, wenn rechtzeitig Hilfe zur Stelle gewesen wäre. Eine wesentliche Verbesserung dieser Situation wird das „Notrufsystem 73“ bringen, das die Deutsche Bundespost derzeit in ihrem Fernsprechnetz einführt. Bei diesem für Europa beispielhaften Notrufdienst ist die Polizei als „Notrufträger“ bundeseinheitlich über die einprägsame Rufnummer 110 zu erreichen (für die Feuerwehr bleibt es bei der vielerorts schon eingeführten Rufnummer 112). Zur Entgegennahme und zur schnellen Weiterleitung von Hilferufen an die jeweils zuständige Rettungsstelle wurde die Abfrageeinrichtung ESK 300 E entwickelt. Die ersten dieser von der Bundespost genehmigten Notruf-Zentralen wurden im Juni/Juli 1976 in Darmstadt, Dieburg und Wiesbaden in Betrieb genommen.

Als „Roter Draht“ zum Roten Kreuz, zum Krankenhaus, Gaswerk, Abschleppdienst und zu anderen bei Unfall und Gefahr hilfreichen Institutionen wartet die neue Abfrageeinrichtung mit einer Reihe von zusätzlichen Leistungsmerkmalen gegenüber einem normalen Telefonanschluß auf. So kann der Beamte am polizeilichen Einsatzleitplatz ankommende Hilferufe durch einfachen Tastendruck direkt zu den angeschlossenen Hilfsdiensten weiterleiten, selbst wenn sich diese in anderen Ortsnetzen befinden. Handelt es sich um einen Anruf von einem öffentlichen Fernsprecher aus, der bereits durch einen speziellen münzfreien Notrufmelder ergänzt ist, so

zeigen im Abfragegerät eingebaute Leuchtziffern automatisch den Standort des Hilfesuchenden an. Die optisch und akustisch signalisierten Notrufe werden grundsätzlich „gefangen“, damit sich im Bedarfsfall zurückverfolgen läßt, woher sie kamen. Wird bei einer Verbindung nach Gesprächsende der Hörer nicht aufgelegt, dann ist die dadurch entstandene, selbstständig angezeigte Blockade mit Tastendruck zu beheben. Eine Zusatzeinrichtung erkennt und unterdrückt Anrufe, bei denen nach 110 weitergewählt oder innerhalb von drei Sekunden wieder eingehängt wurde; Belästigungen durch versehentliche Fehlanrufe bleiben der Notruf-Zentrale dadurch weitgehend erspart.

Ein neuer, wirkungsvoller Autolöcher-Typ

Jeder Autofahrer weiß, daß nicht nur Unfälle, sondern auch defekte Benzin- und elektrische Leitungen die Ursachen von Fahrzeugbränden sind, die häufig zu Toten und Verletzten führen. Dabei brauchte es soweit erst gar nicht zu kommen, wäre sofort ein wirkungsvoller Autolöcher zur Hand.

Brandschutzexperten stellen immer wieder fest, daß der richtige, massive Einsatz von 2-kg-Feuerlöschern in vielen Fällen geholfen hätte, Menschenleben zu retten und Sachwerte zu schützen.

Um Autofahrern mehr Sicherheit und Feuerschutz zu geben, wurde ein neuer Autolöcher-Typ entwickelt. Mit seinen 2 kg Hochleistungslöschpulver bekämpft er in Sekunden-

Kunststoff-Folie hält Wärme ab

Die Erwärmung von Räumen durch Sonneneinstrahlung läßt sich mit einer neu entwickelten Wärmeschutzfolie wesentlich reduzieren. Die 0,01 bis 0,05 Millimeter dicke Polypropylenfolie, die mit einer 30 Angström dicken Aluminiumschicht bedampft ist, kann in einer oder mehreren Lagen auf die Fensterscheiben geklebt werden. Im Gegensatz zu normalem Glas, das den Wärmeanteil des Sonnenlichts nahezu ungehindert durchläßt, reflektiert diese Folie etwa 70 Prozent der Infrarotstrahlung. Ebenso wird im Winter die Abstrahlung nach draußen weitgehend unterbunden.

schnelle Entstehungsbrände am Motor und Vergaser sowie an brennenden festen Stoffen, wie Reifen oder Polstern.

Der neue Feuerlöcher löst schon mit einem Handdruck (Einhandbedienung) einen weitreichenden, großvolumigen Löschpulverstrahl aus. Ein schlagartiger, dreidimensional wirksamer Löscheffekt, der jeden Entstehungsbrand am Fahrzeug zunichte macht. Darüber hinaus bietet er eine Menge weiterer Vorteile, wie sie die Fachwelt (Feuerwehren und Automobilclubs) seit langem fordert. Er läßt sich im Fahrzeug anbringen, verfügt über eine stabile Halterung und einen eingebauten Manometer zur Druckkontrolle. Es gibt keine scharfen oder hervorstehenden Kanten, die den Autofahrer behindern.





neue BÜCHER

Organisatorische und praktische Erfahrungen des Notarztdienstes

Herausgegeben von Karl Bihler
Georg Thieme Verlag, Stuttgart

Das Bändchen beinhaltet Beiträge von Referenten des 2. Ingolstädter Symposions, welches im Juli 1975 stattgefunden hat, über Erfahrungen im Rettungswesen.

Vor zwei Jahren fand die erste Zusammenkunft von Ärzten und Sanitätern aus Bayern und anderen Bundesländern, die am Rettungsdienst interessiert waren und ihre Erfahrungen austauschen wollten, statt.

Die Beiträge stammen aus der Feder namhafter Mediziner oder Organisationsleiter. Zehn Fachaufsätze werden geboten, ein Sachverzeichnis rundet ab.

Die Themen:

Notarztdienst an einer Universitätsklinik; Notarztdienst an einem städtischen Krankenhaus; Notarztdienst an einem Kreis Krankenhaus; Organisation des Rettungsdienstes in Bayern; Rechtliche und organisatorische Probleme beim Betrieb von Notarztwagen; Technische Probleme bei der Rettung eingeklemmter Unfallverletzter; Aufgaben des Notarztes bei der Rettung eingeklemmter Verletzter; Die Versorgung von Polytraumatisierten; Beitrag der Bundeswehr zum allgemeinen Rettungswesen; Lufttransport von Verletzten und Kranken als Aufgabe der Deutschen Rettungsflugwacht e. V.

Ärztliche Hilfe am Unfallort

Von Frank Freytag
Urban & Schwarzenberg, Verlag für Medizin und Naturwissenschaften München

Im Verlaufe der vergangenen 7 Jahre hat sich im Unfallrettungsdienst ein erheblicher Wandel vollzogen. Früher waren alle Hilfs- und Rettungsorganisationen darauf bedacht, Unfallopfer oder Verletzte so schnell wie möglich

in ein Krankenhaus zu bringen. Heute steht jedoch die Versorgung der Patienten am Notfallort im Vordergrund. Das heißt, daß der Patient erst nach einer entsprechenden Behandlung durch einen Notarzt in ein Krankenhaus gebracht wird. Es kommt also der Arzt zum Patienten am Notfallort und sieht sich mit einer Reihe von speziellen Fragen konfrontiert. Daraus ergibt sich für den Notfallarzt auch eine besondere Verantwortung – zumal die erste ärztliche Hilfe am Unfallort entscheidend für das Leben des Patienten sein kann. Das reichbebilderte Büchlein schließt eine Lücke, weil in ihm – selbst für einen erfahrenen Rettungsarzt – noch einmal alles aufgeführt ist, was die erste Hilfe vom Arzt verlangt.

Die Sieben Schwestern

Von Anthony Sampson
Aus dem Englischen übertragen von Irene Ohlendorff und Jürgen Abel
Rowohlt Verlag GmbH, Reinbeck bei Hamburg

Anthony Sampson schildert in seinem Buch die Geschichte der Weltgesellschaften, die bis in die siebziger Jahre hinein den lebenswichtigsten Rohstoff unserer Zeit – das Öl – kontrollierten: den unaufhaltsamen Aufstieg der „Sieben Schwestern“. Er beschreibt den Weg der Familie Rockefeller von der Gründung der Standard Oil bis zur Kontrolle über die Chase Manhattan Bank, zeigt, wie sich die „Sieben Schwestern“ in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen in geheimen Abkommen die Erde aufteilten.

Internationale Zusammenhänge politischer Geschehnisse werden sichtbar – es wird die Frage nach der nationalstaatlichen Loyalität und damit auch der Kontrolle über solche Mammutgesellschaften aufgeworfen. Höhepunkt der Geschichte der Sieben Schwestern: ihre Konfrontation und spätere Kooperation mit dem neuen Ölkartell, der OPEC. Der Verfasser war selbst bei verschiedenen Sitzungen der OPEC anwesend und kommt zu dem Schluß, daß der Rohstoff Erdöl immer wieder zur Kartellbildung und damit zu einer den freien Markt ausschaltenden, weltumspannenden Preispolitik führt. Die Zeichen einer neuerlichen Verflechtung des Kartells der Erzeuger mit dem Kartell der Ölgesellschaften sind nicht zu übersehen.

Vom Kriegsbild

Von Ferdinand Otto Miksche
Seewald Verlag, Stuttgart

Der Verfasser ist ein anerkannter Militärexperte, der in seinem Buch nachzuweisen versucht, daß heute ein Krieg nicht mehr „ein Mittel der Politik“ darstellt, sondern es eher so ist, daß die Kriegstechnik ihre eigenen Kinder frißt. Von den Anfängen einer organisierten Kriegsführung ausgehend, verfolgt Miksche die Entwicklung der Kriegsbilder und der zunächst noch vom Menschen beherrschten Technik. Kriege blieben demzufolge im Sinne des menschlichen Willens überschaubar.

Kriege waren damals tatsächlich noch die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. – Doch das ist heute Vergangenheit, behauptet Miksche. Er weist an Hand unwiderlegbarer Zahlen und Texte nach, daß die technische Revolution von heute – in der atomaren Vernichtungskraft gipfelnd – dem Menschen die Kontrolle über das Kriegsgeschehen aus der Hand nimmt. Krieg ist heute das Ende jeder Außenpolitik. Hinzu kommt die geradezu wahnwitzige Kostenexplosion der Vernichtungsmittel und Geräte, die in keiner Relation mehr zur Effizienz der Streitkräfte steht. Vietnam ist ein Beispiel für die – nach Miksche – „unvermeidliche politische und moralische Niederlage der Übertechnisierung gegen den zähen Willen zum Kampf“. Miksche hat sein Buch sicher auch als eine Herausforderung geschrieben, an der breiten Tatsachensammlung kommt man nicht vorbei. Mit der beeindruckenden Nüchternheit und Logik wird man sich auseinandersetzen müssen.

Empfehlenswerte Hand- und Sachbücher

Druckgase – Loseblattsammlung
Rolf-Heinz Müller
2. ergänzte und verbesserte Auflage
17. Ergänzungslieferung
Deutscher Fachschriften-Verlag
Braun & Co. KG, Mainz – Wiesbaden

Notstandsrecht der
Bundesrepublik Deutschland
Töpfer / Lind
27. Ergänzungslieferung
Verlag R. S. Schulz, Percha am
Starnberger See

Helmut Freutel

Das Minimagazin

In diesem Monat: Gefahren durch Wärmeübertragung

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . die bei jeder Verbrennung freierwerdende Wärme verschiedene Eigenschaften besitzt, die bei der Brandbekämpfung eine wichtige Rolle spielen? Es liegt in der Natur der Wärme, daß sie sich auf ihre Umgebung überträgt. Im allgemeinen Sprachgebrauch spricht man von Wärmeleitung, Wärmeströmung und Wärmestrahlung.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . die beste Wärmeleitfähigkeit von Metallen bei Silber und Kupfer liegt? Die Intensität und Schnelligkeit der Wärmeleitung ist je nach Material verschieden. Während z. B. Holz, Gummi, Leder und Textilien schlechte Wärmeleiter sind, gehören Metalle zu den guten Leitern. Je größer die elektrische Leitfähigkeit des Materials ist, desto besser ist auch seine Wärmeleitung.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . die Eigenschaft der Wärmeströmung sich im Strömen von Flüssigkeiten, Gasen und Dämpfen bemerkbar macht? Die rasch in die Atmosphäre aufsteigende Rauchwolke bei einem Brand kennzeichnet den Vorgang. Zu unserem Vorteil wird die Wärmeströmung bei zentralen Warmwasser- oder Dampfanlagen zur Heizung von Räumen und Gebäuden ausgenutzt. Die Strömung entsteht, weil die erwärmten Flüssigkeiten, Dämpfe oder Gase spezifisch leichter sind als abgekühlte, wodurch in der Anlage ein natürlicher Kreislauf entsteht.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . die Wärmestrahlung im Gegensatz zur Wärmeleitung und Wärmeströmung nicht an Stoffe gebunden ist? Sie ist in der Tat eine massenlose elektromagnetische Form der Energieübertragung, für die die gleichen Gesetze gelten wie für Lichtstrahlen. Wärmestrahlung läßt sich auch nicht durch Wind ablenken oder vermindern, sondern nur durch optisch dichte Stoffe oder Körper, d. h. durch Materie, durch die man auch nicht hindurchsehen kann.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . gerade die Wärmestrahlung erhebliche Abstände überbrücken kann, was oft zur Zündung brennbaren Materials führt? Bei Großbränden sind Zündungen durch strahlende Wärme auf Entfernungen bis zu 40 Metern beobachtet worden. Mit steigender Temperatur des strahlenden Körpers nimmt auch die Intensität der Wärmestrahlung stark zu.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . eine der physikalischen Wirkungen der Wärme die Wärmeausdehnung ist, die bei der Brandbekämpfung größter Beachtung bedarf, da sie enorme Gefahren hervorruft? Ein Eisenträger von 100 Metern Länge dehnt sich bei einer Erwärmung auf 700° C um etwa 10 cm aus. In Häusern eingebaute Eisenträger, die bei einem Großbrand derart erwärmt werden, können durch ihre Ausdehnung Mauern verschieben und Gebäude zum Einsturz bringen. Auch flüssige Stoffe vergrößern bei Erwärmung ihr Volumen. So dehnt sich beispielsweise 1 Liter Wasser von + 4° C bei Erwärmung auf 100° C um 43 cm³ aus. Gasförmige Stoffe dehnen sich bei Temperaturerhöhungen von 0° C auf 273° C auf das Doppelte, von 0° C auf 546° C auf das Dreifache aus. Befinden sich die flüssigen oder gasförmigen Stoffe in geschlossenen Behältern, steigt der Druck entsprechend an, wodurch größte Explosionsgefahr hervorgerufen wird.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . sich die Festigkeitswerte fester Körper bei einer Erwärmung verändern, wodurch weitere Gefahren entstehen? Eisen hat beispielsweise bei einer Erwärmung auf 500° C nur noch die Hälfte, bei 600° C nur noch ein Drittel seiner Tragfähigkeit. Kalksteine des Mauerwerks werden durch Brandwärme gebrannt und verändern sich so, daß sie unter der Einwirkung des Löschwassers zerfallen können. Wegen ihres niedrigen Schmelzpunk-

tes besonders empfindlich gegen Verbrennungswärme sind Kunststoffe. So können z. B. bei elektrischen Leitungen, deren Isolationsmaterial ausschließlich aus Kunststoff besteht, schon bald nach Brandzündung infolge des Schmelzens der Isolation Kurzschlüsse entstehen.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . durch nicht fortgeleitete, fortgeströmte oder ausgestrahlte Wärme gefährliche Wärmestaus entstehen können? Immer dann, wenn mehr Wärme entsteht oder zugeführt wird als abwandern kann, steigt die Temperatur der umliegenden Stoffe. Bereits das Einbetten einer Glühlampe in wärmeisolierendes Material verursacht in relativ kurzer Zeit einen Glimmbrand, dessen weitere Entwicklung im wesentlichen von der Sauerstoffzufuhr abhängt. Gerade der Wärmestau ist eine häufige Zündursache. Er ist nicht nur Vorbedingung für die Entstehung eines Brandes, sondern auch für seine Erhaltung und Weiterverbreitung. Darum muß auch bei der Gestaltung wärmeabgebender Anlagen oder Einrichtungen darauf geachtet werden, daß um sie herum keine bedenklichen Wärmestaus entstehen können. Übrigens beruht ein Prinzip des Löschens darauf, daß der Verbrennungszone schneller Wärme entzogen als nachgeliefert wird, wodurch die Verbrennung aufhören muß.

Wußten Sie schon, daß . . .

. . . sich ein Brandgeschehen überwiegend aus physikalisch-chemischen Vorgängen zusammensetzt? Wärmeleitung, Wärmeströmung, Wärmestrahlung, Wärmeausdehnung, Veränderung des Aggregatzustandes und Wärmestau sind einige der dabei auftretenden physikalisch-chemischen Vorgänge, die Löschkräfte kennen müssen, damit sie sich bei Löscheinätzen entsprechend den aus diesen Vorgängen resultierenden Gefahren taktisch richtig verhalten und diese Gefahren mildern oder ausschalten.

Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt
Vertrieb: A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Vertriebskennzahl G 2766 EX

ABC-Auswertung im Warndienst



Im Verteidigungsfall haben die Warnämter die Aufgabe, die Bevölkerung nicht nur bei drohenden Luftangriffen, sondern auch bei Gefahr durch radioaktive Niederschläge, biologische oder chemische Kampfmittel zu warnen und zu alarmieren. Aus einem das gesamte Bundesgebiet überdeckenden Netz von Meßstellen erhält der Warndienst bei einem Angriff eines Gegners mit A-, B- oder C-Waffen grundlegende Meldungen und Informationen, um danach die zunächst betroffenen Gebiete rasch warnen bzw. alarmieren zu können. Zur Auswertung der Meldungen werden u. a. meteorologische Daten des Deutschen Wetterdienstes benötigt, für deren unmittelbare Übermittlung an den Warndienst besondere Fernmeldeverbindungen zur Verfügung stehen. Unsere Bilder zeigen Ausschnitte aus den bei den Warnämtern angewandten Arbeitsverfahren zur Auswertung der eingehenden Meldungen und Informationen: Oben links: Bestimmung des Ortes einer Kernwaffendetonation auf der ABC-Lagekarte. Oben rechts: Arbeiten mit der Vorhersageschablone zur Bestimmung eines voraussichtlich durch radioaktiven Niederschlag gefährdeten Gebietes. Links: Darstellung eines von radioaktivem Niederschlag betroffenen Gebietes. Unser Titelbild zeigt das Eintragen der von den Meßstellen gemeldeten Daten in die Lagekarte.